diskus

Nr. 1.02 · Mai 2002 · 51. Jhg.

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

kontrolle

was anderes

heftinhalt

es dreht sich doch um _

editorial →

grüne karte, rote karte
subjektivität & die liebe zur arbeit → 5

In den Produktionshallen
der Differenz → 12

Der Schleier vor den Augen
Feministische Analysen und
die Konstruktion des Fremden
im Diskurs um den 11. 9. → 17

Zur Krisensituation der
arabischen Gesellschaften → 21

Schuld sind immer
die Amerikaner
Antiamerikanismus und
Antiemanzipation → 27

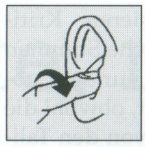
agent_smith service pack
Politik an der Grenze zum Empire II → 33

»Nachhaltige Globalisierung«?
Sustainable Development als Kitt
des neoliberalen Scherbenhaufens → 38

forschung und alltag
am institut für
vergleichende irrelevanz → 43

garip dünya → 48

impressum → 55



editorial

Wer sich in Richtung Genua begibt, die Hand ausstreckt nach der darin aufgespeicherten Erfahrung, rennt unwillkürlich gegen diese zwei Türme, die es doch eigentlich nicht mehr gibt. Die Fassade des WTC hat sich in eine Leinwand verwandelt, auf der immer wieder das gleiche Bild spielt, in einer Endlosschlaufe gefangen. Bis jemand den Fernseher erlöst. Aus, Ruhe, endlich. Wurde auch Zeit, der ganz normale Alltag hatte schon mehrmals an die Tür gekloppt. Das Leben geht weiter. Wie, alles soll nun anders sein? Na, wär ja schön!

Das laute Schweigen nach den Anschlägen im September ist einem schnellen Stimmengewirr gewichen. Auf dem Wissensmarkt preisen VekäuferInnen hinter ihren Ständen ihre Sicht der Dinge an. Nur wer eine Antwort hat, wird bemerkt. Einiges hört sich bekannt an. Wer kriegt die längste Sendezeit? Ein paar sind auch schon des Marktes verwiesen worden. Sie haben sich nicht an die Spielregeln gehalten. Die Spielregeln, die alle zu kennen vorgeben, die aber immer erst nach dem Übertreten sichtbar werden.

Viele Stimmen sprechen von einer Zäsur. Was soll sich verändert haben und was bringt die Änderung hervor? Sind es die Anschläge vom elften Neunten, die einen Raum für Neues geöffnet haben; als das Unplausible möglich wurde und das Plausible ins Wanken gebracht wurde? Ist es die Reaktion der Bush- und Schröder-Administration, die mit Kriegen ihre Stärke unter Beweis zu stellen versuchen und mit ihrer »Terrorbekämpfung« erst das bedrohen, was bedroht sein soll: Das vielfältige Leben in den Metropolen, die Lebensweise einer Multitude? Oder sind es die zahllosen Deutungen der Ereignisse auch von linker Seite, die erst die Welt mitkonstituieren, die sie vorgeben zu beschreiben?

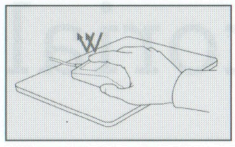
Was sich durch die globalisierungskritische Bewegung schon angedeutet hat, wird nun unübersehbar. Es gilt, in der eigenen radikalen Kritik die Welt als Ganze wieder mitzudenken. Damit setzt eine Umorientierung bei Teilen der Linken ein, die sich zu Beginn der 90er Jahren verstärkt dem Antirassismus zugewandt hatten. Die eigenen Verstrickungen in eine rassistische Dominanzkultur (vor der auch die internationalistische Bewegung nicht unberührt blieb) ernst nehmend, konzentrierten sie sich zunehmend auf den nationalen Kontext. Nun hat die Welt ihre Aufmerksamkeit zurück gefordert.

Auf der Suche nach einer neuen internationalistischen Politik traten einige eine Zeitreise an, die weit hinter Genua und Seattle zurück bis in die 1960er / 1970er Jahr ging (*diskus* 3.01). Damals, als – noch im Abklang der Befreiungsbewegung – Antiimperialismus in aller Munde war. Als die Krise des festen Wechselkurses die Finanzmärkte durcheinander wirbelte, als der hohe Ölpreis die Industrieländer an ihre Abhängigkeit erinnerte. In einer Zeit, als der Internationalismus hier von der Solidarität mit den revolutionären Subjekten im Trikont getragen wurde. Leider hielten sich manche dieser Subjekte nicht an die Idealbilder, die von ihnen gemacht wurden, sondern schrieben sich in die heterosexuelle Matrix kriegerischer Männlichkeit ein, bedienten sich Rassismen und Antisemitismen. Aber trotzdem konnten ihre Mängel an ihren eigenen politischen Forderungen gemessen werden. Die archäologische Spurensuche verweilte in den 1980er Jahren, als die neuen sozialen Bewegungen ihren eigenen Internationalismus formulierten, der in den 1990er Jahren zunehmend einer NGO-isierung zum Opfer fiel; mit willigen HelferInnen beim Aufbau einer neuen Weltordnung. Doch der Aufbruch nach 1989 in die neue Ordnung hatte nicht alle mitgenommen. Die Reaktionen auf den Elften Neunten in den verschiedenen Ländern haben dies nochmals deutlich gemacht. Sind wir in einem neuen Zeitalter des Imperialismus angekommen? Ist der Begriff überhaupt noch angemessen? Und wer sind die gesellschaftsverändernden Subjekte, die eine Weltgerechtigkeit einfordern? Die Multitude, die in Seattle, Genua, Porto Alegre, Barcelona zusammen strömte? Oder sind es gar fundamentalistische Kräfte, die sich in der islamistischen Variante als Al Qaeda einen Namen geschaffen haben? Gibt es nur noch »reaktionäre« Antiimperialisten?

Heute, mit einem gewissen zeitlichen Abstand zu den Ereignissen im Herbst, als »Terrorbekämpfung« und Kriegsandrohungen scheinbar zum politischen Alltag geworden sind, kristallisieren sich aus den kritischen Suchbewegungen einzelne Analysen heraus. Es gibt keinen Konsens. Auch in unseren Redaktionssitzungen haben wir uns oft gestritten, manchmal in hypostasierter Abgrenzung von anderen Positionen, um die eigenen zu konturieren.

Diese Kontroversen und Widersprüche finden sich in den Texten wieder, die sich in ihren Brüchen zu einem oszillierenden Mosaik zusammensetzen. Vielleicht sind es gerade die Brüche und Risse, die es ermöglichen, die Ewigschlaufen scheinbar determinierter Diskurse zu unterlaufen; die Diskurse, die immer schon gewusst haben, was die Welt zusammenhält.

Auffallend an den Analysen seit September ist die männliche Dominanz der Kommentatoren. Ein Vergleich der Print- und Massenmedien vor und nach dem Elften Neunten zeigt einen drastischen Rückgang der Anzahl der Frauen, die als Autorinnen oder in Diskussionsrunden und Talkshows die politischen Entwick-



lungen analysieren. Kritische feministische Stimmen meldeten sich nur sehr zögerlich zu Wort, obwohl die Metapher der von den Taliban unterdrückten Frauen als Kriegslegitimation herhalten musste. Oder ist es gerade diese Vereinnahmung einer Sexismus-Kritik, die die eigene feministische Kriegskritik lähmte?

Nicht allen war diese Vereinnahmung unangenehm, wie die feministische Auseinandersetzung mit dem Mainstream-Feminismus à la *Emma* deutlich macht. Anhand der »Kopftuchdebatte« verweist sie auf die Kontinuität, mit der das eigene Verwobensein in die Dominanzkultur ausgeblendet und in Abgrenzung zum »Anderen« das eigene Selbst konstituiert wird (vgl. *Der Schleier vor den Augen*). Diese Selbstpraxis in der Tradition des Orientalismus hat mit dem Auftreten von Al Qaeda unübersehbar an Konjunktur gewonnen. Schließlich steht nichts Geringeres auf dem Spiel als die Neukonstitution der »Friedensmission« westlicher Mächte, die deren Interventionen in andere Länder legitimieren soll. Gerade die Regierungen des EU-Europa setzen sich hierfür besonders ein.

Mit dem Auftreten von Al Qaeda ist aber auch ein Konflikt innerhalb von arabischen Ländern in den westlichen Metropolen angekommen, der durch die medialen Stereotype in den hiesigen Medien meist verdeckt bleibt. Auch linke Kritik am islamischen Fundamentalismus ist vor dieser Stereotypisierungsgefahr nicht gefeit. Dieser Simplifizierung und Kulturalisierung setzt der Text *Zur Krisensituation der arabischen Gesellschaften* eine Analyse der Machtverhältnisse entgegen, die sich in der Anrufung des Islams in den arabischen Ländern formieren. Ohne einen Blick auf die arabischen Länder bleiben auch viele Dimensionen des gegenwärtig eskalierenden Palästina-Israel-Konflikts ausgeblendet.

Der Antiamerikanismus scheint weltweit zum gemeinsamen Nenner zu mutieren, sowohl bei reaktionären als auch bei progressiven Kräften, so der Text *Schuld sind immer die Amerikaner* zu den Reaktionen auf den elften Neunten. Damit wird der Blick auf die komplexen Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse verstellt. Manch reaktionäre Gruppe kann sich so im Windschatten des Antiamerikanismus gegen Kritik immunisieren und als sinnvolle Alternative präsentieren. Der damit einhergehende Antisemitismus bleibt auch von kritischen Stimmen oftmals unbemerkt, oder wird zu einem »Nebenwiderspruch« degradiert.

Der Antiamerikanismus, der sich auf die US-Regierung konzentriert, übersieht ein weiteres Problem. Was, wenn der kritisierte Staat längst kein Souverän mehr im Sinne des klassischen Nationalstaates ist? Dann bringt sich die klassische Antiimperialismus-Kritik in die paradoxe Situation, ihren Gegner als mächtiger zu stilisieren, als er ist. Denn die USA ist trotz militärischer Überlegenheit nur Teil eines viel komplexeren Gebildes, des *Empire*, in dem es kein Außerhalb gibt (vgl. *agent_smith Service Pack*).

Der Anschlag auf New York ist somit ein Angriff auf uns alle in den Metropolen, die sich über den Globus verteilen. Es ist ein Angriff auf eine Lebensweise, deren Herstellungsbedingungen selbst die Ursache für die weltweiten Konflikte sind. Diese Lebensweise ist aber nicht ohne Ambivalenzen, wie die beiden Texte zu Arbeitsbedingungen in der »Kreativindustrie« verdeutlichen (vgl. *grüne karte, rote karte* und *In den Produktionshallen der Differenz*). Sie ermöglicht als hipper, popkultureller, oft auch subversiver Lifestyle aus der Zwangsuniform fordistischer Disziplinierung auszubrechen – auf der Suche nach selbstbestimmten Arbeitsverhältnissen. Doch gerade diese neuen Aneignungspraxen stellen Bedingungen her, die für das globale Kapital profitabel sind. Gleichzeitig ist es das Versprechen einer postfordistischen Alternative, das uns die neuen Ausbeutungsverhältnisse aus den Augen verlieren lässt: Sowohl die eigenen, als auch diejenigen in den Weltfabriken im Osten und Süden, in denen insbesondere Frauen unsere Konsumgüter herstellen.

Dieser Lebensstil, der nur durch Unterdrückungsverhältnisse und hohen Ressourcenverschleiß aufrechterhalten werden kann, so *no spoon*, steht mit den Anschlägen auf dem Spiel. Das Spiel ist aber nicht, da irrt die Kriegsmaschinerie, durch Verteidigen dieses Lebensstils zu gewinnen, sondern nur durch dessen Überwindung. Die Eine Welt würde eine Universalisierung des metropolitanen Lifestyles nicht überleben. Diese Position greift *indirekt* auf eine Einsicht zurück, die mit dem ersten Bericht des *Club of Rome* an Öffentlichkeit gewann und die einen zentralen Fokus der sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren bildete. Ein Produkt dieser fundamentalen Kritik am westlichen Industriemodell war die UN-Konferenz in Rio 1992 und das weltweite Netz von Nichtregierungsorganisationen. Die Umweltzerstörung machte die Immanenz der Einen Welt deutlich, wo sich weder Probleme noch deren Lösungen an nationalstaatlichen Konturen orientieren. Liegt in der ökologischen Krise der Grundstein für das Wissen um ein *Empire*?

Paradoxerweise ist es gerade dieses Feld, in dem sich die Bush-Administration dem internationalen Regelwerk zu entziehen versucht, um zu einer Politik der Stärke zurückzukehren, wie der Text *»Nachhaltige Globalisierung?«* zur Nachhaltigkeitsdebatte im Vorfeld der UN-Konferenz Rio+10 deutlich macht. Deutet sich hier ein Ausstieg aus einer Globalisierungspolitik an, die selbst zentraler Motor jener weltweiten Interdependenz war? Sind wir vielleicht an der Schwelle zu einem neuen *Empire*, bei dem sich einige Staaten wieder als egoistische Souveräne darstellen dürfen und können? Deuten sich die ersten Konturen eines neuen Roms im Imperium ab?

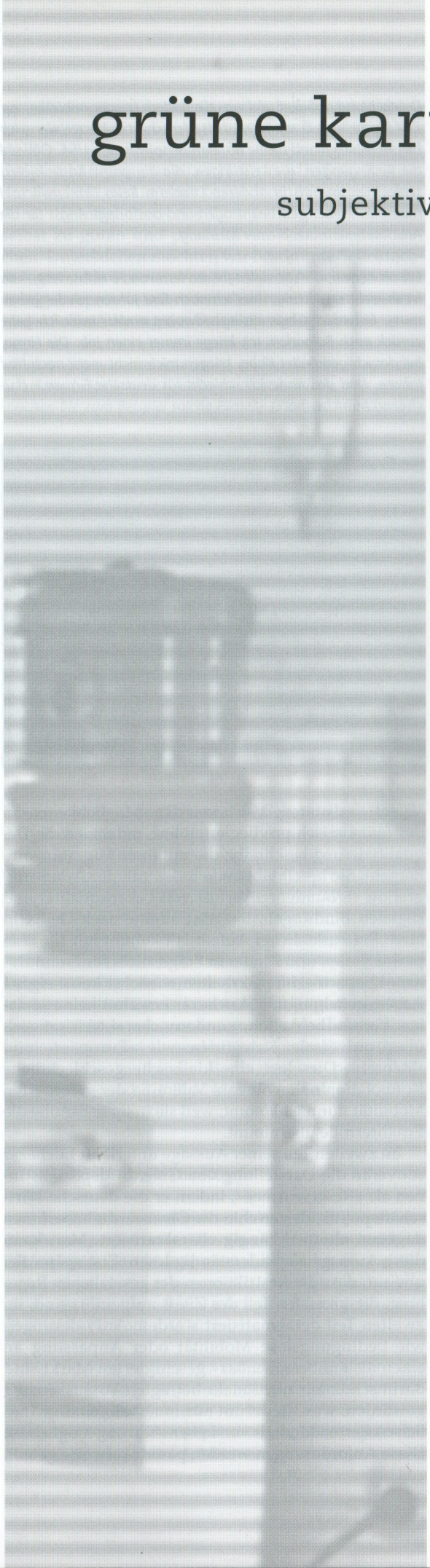
Dieses Heft soll mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben – wir hoffen, damit zu einer Diskussion beizutragen. Einer solchen ist auch der Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) gewidmet, der dieses Jahr vom 9.–12. Mai in Frankfurt stattfindet.

Redaktion diskus

Wir laden ein zu Diskussion und Heftkritik am Mittwoch, dem 29. Mai 2002 um 20 Uhr im diskus-*Büro (Studierendenhaus Jügelstraße, Eingang KOZ, Raum 106).*

grüne karte, rote karte

subjektivität & die liebe zur arbeit



Mini-disc an, Taste record. Pauline trifft sich mit Valentina im Münchener Café Arkaden. Beide bedauern, dass ihre Verständigung in Deutsch schwierig ist. Valentina, seit zwei Monaten in München, ist eine nahe Freundin von Paulines Verwandten in Varna, Bulgarien.

Drei Tage später besuchen wir Luchezar in einem Münchener Start-Up Unternehmen; die Adresse erhielten wir über das lokale Arbeitsamt. Da wir drei Frauen sind, mit dem Plan eine Dokumentation zu drehen, läuft in der Firma eine Wette, ob wir von Mona Lisa, dem Mainstream-Frauenmagazin des ZDF kommen.

»Ich habe mir gedacht: ich hab richtig gut gelernt, jetzt muss ich richtig auch arbeiten, damit ich die Leistungen nutzen kann. Was fasziniert mich noch?

Ich komme immer um 8. Ich bin der zweite hier, weil ich Frühaufsteher bin. Ich mache meinen Rechner an und gucke, was ich heute machen muss. Natürlich kann man etwas oft nicht an einem Tag schaffen und man muss so rechnen, dass man eine Stelle erreicht, wo man am nächsten Tag wieder anfangen kann. Und manchmal kann ich meine Arbeit nicht zurücklassen am Abend und ich bleibe, bis ich diese Stelle gefunden hab.

Dann gehe ich nach Hause. Also ungefähr um fünf, sechs (pause) sieben, acht.

Unsere Arbeit ist nicht von der Zeit abhängig, sondern von den Ergebnissen. Und wenn du etwas nicht leicht machen kannst, musst du es schwer machen. Das braucht natürlich mehr Zeit.

Man versucht immer, zu Hause nicht an die Arbeit zu denken. Und das geht nicht, weil du den ganzen Tag, zehn Stunden, an etwas gedacht hast. Plötzlich kommst du von der Arbeit nach Hause und du kannst nicht aufhören. Und das bringt natürlich Ärger. Von der Freundin oder Frau oder von den Kindern, wenn du Kinder hast. Also ich kann es nicht schaffen, das in Ordnung zu bringen. Ich kann für mich sagen, dass ich das zu 80% schaffe, aber niemand ist super. Niemand kann sagen, dass er das 100% schafft.« (Luchezar, München)

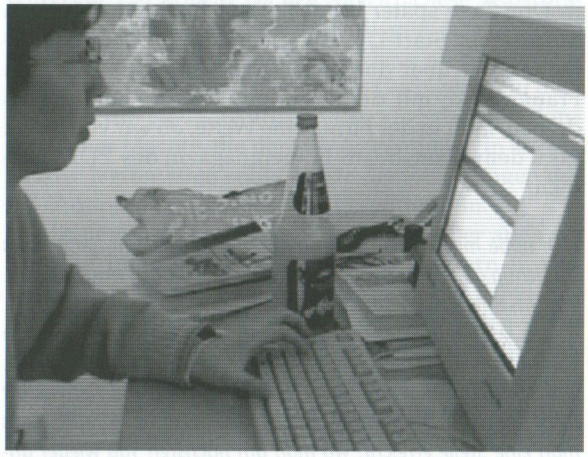
Greencard & Kritik

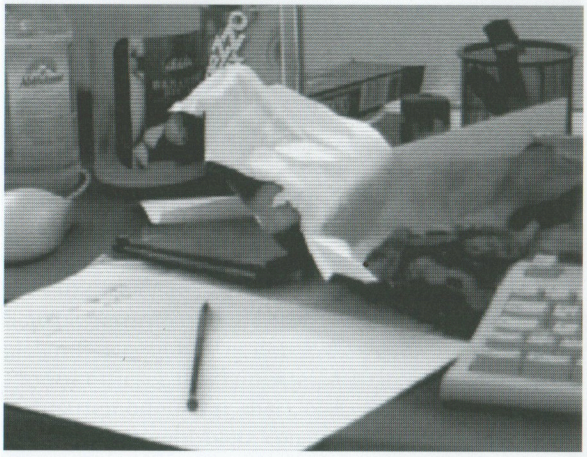
Die Videobilder, die wir selbst beim ersten Besuch eines IT-start-up Unternehmens festhalten konnten, geben mehr oder weniger das Image einer fortschrittlich besetzten Internationalität von IT-Arbeit wieder, wie es in den Medien geprägt wird.[1]

Mit der Einführung der Greencard war seit Beginn des Anwerbestops von ArbeitsmigrantInnen 1973 die erste medial und parlamentarisch breit geführte Diskussion um Einwanderung in die brd verbunden, die positiv

besetzt war. Die antirassistische Kritik an dieser Diskussion setzte zu Recht bei der Differenzierung in hohe und niedrige Bewertung von Einwanderung an, die sie zu zementieren schien: Die Greencard als hochbewertete und »nützliche« Arbeitsmigration, so die Argumentation, biete ein weiteres Mittel, um Asyl und andere Migrationsformen als nicht nützlich, als Belastung anzugreifen.

Die kritische Perspektive, die wir hier verfolgen möchten, kann jedoch allein durch eine Thematisierung dieser Spaltung nicht erfasst werden: es interessiert uns, wie die materiellen Bedingungen um die Greencard – sowohl die Migrationsgesetzgebung als auch die spezifischen Arbeitsbedingungen in der IT-Branche – dazu beitragen, soziale Normen hinsichtlich





von Mobilität, langen Arbeitstagen und deregulierten Arbeitsbedingungen zu etablieren und zu festigen. Wir gehen davon aus, dass an den Arbeitsplätzen in der IT-Branche neben Konsumartikeln wie Chipdesign und Softwarelösungen auch Subjektpositionen, ›Arbeitssubjekte‹, produziert werden, die einen möglichen / erzwungenen Bezugspunkt für uns alle, nicht allein für IT-SpezialistInnen erzeugen.

Arbeitssubjektivitäten

»Ich könnte jetzt ganz persönlich und offen sagen, dass der Grund für meine Auswanderung Geld war. Mein Mann arbeitet seit 6 oder 7 Jahren nicht. Er ist arbeitslos. Meine Tochter studiert hier. Und mit meinem Gehalt als Professorin in Bulgarien kann ich überhaupt nicht alles bezahlen. Ich kann meine Familie nicht normal unterstützen. Das ist das wichtigste, das Geld. Es tut mir leid, es klingt sehr schlecht. Und ich mag es überhaupt nicht, über Geld zu sprechen, aber das ist die Wahrheit. Es ist komisch, das ich hier – man kann sagen, dass ich sehr hoch qualifiziert bin – und hier arbeite ich als Softwarentwicklerin und das ist nicht eine tolle Klasse für mich. Aber ich verdiene so viel Geld. Was ich hier in einem Monat verdiene, ist vielleicht so viel wie in einem Jahr in Bulgarien. So ist das. Und deshalb habe ich mich entschieden und habe mir die Mühe gemacht, alles in Bulgarien zurückzulassen, meine Freunde, meine Position an der Universität, die sehr hoch war.« (Valentina, München)

»Ich habe eine Woche lang überlegt und mich entschieden für die grüne Karte. Wenn man also die Bedingungen sieht, was Deutschland anbietet und was die andern Länder anbieten: zur Zeit für mich als Europäer und als Mensch ist es besser, wenn ich hier in Deutschland bleibe als zum Beispiel in den USA. Obwohl die Bedingungen, die Leistungen, die die grüne Karte bietet, schlechter sind als in anderen Ländern. Beim Firmenwechsel musst du immer neu beantragen und das bringt Angst für die Arbeitnehmer nach meiner Meinung.

(...)

Ich als Person, die seit vielen Jahren fern von zu Hause lebt, – da ist es nicht so wichtig, dass ich nach fünf Jahren wieder gehen muss. Entweder fliege ich irgendwohin anders oder ich gehe zurück nach Bulgarien. Ich kriege immer einen Job. Die Firma, bei der ich gearbeitet habe, kriegen mich nicht mehr nach fünf Jahren. Und das finde ich schlecht für deutsche Firmen.« (Luchezar, München)

Valentina distanziert sich von den ›Möglichkeiten‹ in der ökonomisch privilegierten brd, indem sie die Dequalifizierung beschreibt, die mit ihrer Migration einhergeht. Sie beschreibt zudem den mit der Arbeitsmigration verbundenen Verlust von Lebensqualität und sozialen Bindungen. Sie reist alleine nach Deutschland: Ein zusätzlicher Aufenthalt kommt nur für EhepartnerInnen und Kinder in Frage, nicht für FreundInnen. EhepartnerInnen erhalten zunächst keine eigene Arbeitsgenehmigung. Luchezar erwähnt keine sozialen Verbindlichkeiten, sondern charakterisiert sich über universale Kategorien wie ›Europäer‹ und ›Mensch‹. Dies legt eine klassische geschlechtliche Konnotation nahe, obwohl Valentina der geforderten Mobilität nur nachkommt, weil sie in ihrer Familie die Ernährerrolle übernimmt.

Im zweiten Teil seiner Aussage unterläuft Luchezar souverän die Darstellung von GreencardspezialistInnen als »Reservearmee«, indem er die deutsche Wirtschaftspolitik als verfehlt, die GreencardinhaberInnen dagegen als unabhängig charakterisiert. Man kann diese Aussage als widerständig lesen. Erst später fiel uns auf, dass die Restriktionen der gesetzlichen Regelung, die im ersten Teil des Zitats aufgeführt sind, im zweiten Teil dethematisiert werden: Anforderungen wie bedingungslose Mobilität oder Anpassung an einen als »unberechenbar« geschilderten Markt sind darin schon zur nicht mehr befragten Voraussetzung geworden, was wiederum nur innerhalb eines männlich codierten Modells von Lebensführung möglich ist. Diese Anforderungen werden paradoxerweise geteilt,

gerade um gegenüber den gesetzlichen Einschränkungen eine persönliche Autonomie zu bewahren. Wir stellten uns die Frage, ob in der Arbeitsmigration und der Beschäftigung in einer IT-Firma die Subjektivität der Beschäftigten in einer besonderen Weise adressiert wird, die möglicherweise dazu beiträgt, dass sie sich selbst zu guten und produktiven Beschäftigten machen. Untersuchen möchten wir bestimmte Selbsttechnologien, d.h. Formen von Macht am Arbeitsplatz, die weniger repressiv oder formalisiert auftreten, sondern in die Selbstführung der Subjekte verlegt sind.

»Warum liegen meine Interessen im Bereich der integrierten Schaltung? Das kann ich vielleicht nicht erklären, aber warum machen Sie zum Beispiel solche Filme?« (Plamen, München)

Um uns im Feld der Greencard-Migration und der IT-Arbeit orientieren zu können, führten wir in München einige erste Videointerviews mit InhaberInnen von Greencards. Später setzten wir die Gespräche mit IT-Spezialistinnen in Sofia, Bulgarien, fort. Weil wir uns mit den Frauen dort häufiger treffen konnten, ergab sich eher als in München ein Projektcharakter und Austausch, in dessen Rahmen wir auch unsere eigene Lebensführung und unsere politischen Vorstellungen stärker thematisieren konnten. Entlang dieser Aussagen möchten wir aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln zunächst thesenhaft und probehalber untersuchen, wie materielle Bedingungen, persönliche Verhältnisse und die Produktion von Subjektivität an diesen Arbeitsplätzen zusammenhängen.

[A] Die Fabrik im Kopf

»Die Verhältnisse in der Firma sind sehr toll. Das ganze Team besteht aus jungen Leuten. Das Durchschnittsalter ist 33. Ich fürchtete mich, dass ich mich unter diesen Leuten sehr viel älter fühlen würde, aber es ist nicht so. Ich bin natürlich auch wieder die einzige Frau. Und alle sind sehr nett. Ich habe keine Arbeitsprobleme.« (Valentina, München)

»Mein Computer ist ganz klar männlichen Geschlechts. Und wenn jemand anders die Tastatur oder Maus berührt hat - beispielsweise die Putzfrau oder so. Das ist mir unangenehm. Wenn ich morgens zum Computer komme, dann begrüsse ich ihn – ›Hallo, wie geht es dir? Was werden wir heute tun?‹ Für mich ist es ganz klar, dass es nicht nur ein Objekt ist, sondern irgendwie ein beseeltes Objekt, und wenn ich das nicht so sähe, dann würde ich wahrscheinlich verrückt. Mein Computer heisst Leon, nach einem Film mit Jean Renault.« (Kalina, Sofia)

Anders als bei der klassischen Maschine in der Fabrik, bei deren Bedienung körperliche und mechanische Aspekte im Vordergrund stehen, verlangt der Arbeitsplatz Computer den Einsatz des Geistes. Körper würden dazu nicht unbedingt gebraucht; oder nur soweit sie »wesentlich Nahrungszuträger für den Kopf [sind], ausserdem hängen die Hände dran«. (Schachtner, S. 168)

Ähnlich wie Schachtner ihre Interviews mit ProgrammiererInnen interpretierte, drängte sich auch uns in München und Sofia der Eindruck auf, am Computer würde ein für wissenschaftliche Objektivierbarkeit und universelle Rationalität typischer Dualismus zwischen Geist und Körper forciert. Der Körper wird ruhiggestellt, er soll verschwinden. In paradoxer Weise entstehen dabei Anforderungen an einen dienstbaren Körper, unauffällig und unmarkiert, so, als wäre er eigentlich nicht da: weiss, gesund und möglichst ohne Geschlecht, jung oder alterslos, asexuell. Entgegen solchen dualistischen Beschreibungen erzwingt der Körper gelegentlich vehemente Aufmerksamkeit, etwa an der Grenze seiner Belastbarkeit, indem er dem arbeitenden Kopf durch brüchige Gesundheit oder störende Schmerzen entsteht.

Ein anderes Argument gegen eine scharfe Hierarchie zwischen eigenständiger Kopfarbeit und einem ›dressierten‹ Körper formuliert Bettina Heintz entlang der Frage, inwiefern Kopfarbeit selbst Rationalisierungsprozessen unterworfen werden kann: Während Turing 1936 das theoretische Modell des Computers als abstrakte Maschine entwarf, materialisierte Emil Post dieselbe Idee erstaunlicherweise als Fabrik. Die Mechanisierung von Rechenabläufen war bei Post durch einen Fließbandarbeiter verkörpert. (Heintz, S. 166 ff.) Erst die kulturelle Re-Konstruktion des Computers als eine symbolverarbeitende Universalmaschine, die nicht nur rechnet, sondern eine Vielzahl von Aufgaben erfüllen kann, setzte jedoch, so Bettina Heintz, seit den 50er Jahren veränderte Vorstellungen über das Denken selbst in Gang. Das ›Fliessband im Gehirn‹, interpretiert Denken als einen gleichfalls rationalisierbaren Prozess, bei dem der Unterschied zwischen simplem und genialem Gedanken aufgehoben ist, da beide sich in dasselbe Muster einfacher mechanischer Operationen zerlegen lassen. So »wird Taylor selbst zum Opfer seiner eigenen Theorie. Taylor hatte sich und seinen Kopf noch ins Planungsbüro gerettet. Dort meinte er, vor seinem eigenen Programm in Sicherheit zu sein.« (Heintz, S. 174)

Entsprechend vermuteten wir zunächst, dass die Arbeit per Greencard sich möglicherweise in der Kontinuität der Arbeitsmigration der 60er Jahre lesen lassen würde. Entgegen dem standortpolitisch geprägten Image hochbewerteter MigrantInnen an individualisierten Arbeitsplätzen würde sich die Programmierarbeit in der Migration als austauschbare und rationalisierbare geistige Arbeit kritisieren lassen. Ähnlich wie die Arbeitskräfte in deutschen Fabriken auf die Verlängerung mechanischer Apparate reduziert wurden,

schienen die stereotypen medialen Abbildungen von GreencardinhaberInnen – Portraits am Rechner, so als wäre dieser ein Körperteil – darauf hinzuweisen.

Im Verlauf der Gespräche erhielten wir jedoch schnell den Eindruck, dass das, was die Subjekte einerseits reduziert – ein Denken gemäß formaler Logik und Regelhaftigkeit – andererseits ein kreatives Subjekt zu erfordern scheint: Es macht Spaß, innerhalb dieser Grenzen an der bestmöglichen Lösung zu tüfteln; man muss mit den Trends auf dem Laufenden bleiben; ein eleganter Code lebt von den besonderen Einfällen seiner ProgrammiererIn. Genossen wird auch ein Abstand zwischen der abstrakten Zeichenhaftigkeit der Programmiersprache und der erwarteten Stofflichkeit des Endproduktes (vgl. Geene, S. 51), welches gerade über seine Materialität und Funktionalität nicht nur die eigene Kreativität, sondern auch die Kontrollposition bestätigt.

Sherry Turkle zitiert eine 13-jährige Interviewpartnerin mit der Aussage, wenn man einen Computer programmiere, entäußere man sich ein kleines Stück seiner selbst, das so zu einem kleinen Stück des Computers und auf diese Weise für einen selbst sichtbar werde. (Turkle, zit. nach Geene, S. 45) Offenbar gibt es eine Verbindung zwischen Computer und Selbst, im Sinne einer Selbstreflexion, aber auch im Sinne eines ›möglichen Selbst‹, der Vorstellung, dass die universellen Einsatzmöglichkeiten des Gerätes die eigenen potentiellen Möglichkeiten beschreiben und erweitern. Bei unseren Gesprächen fiel uns auf, dass die ProgrammiererInnen die Interaktion am Computer sogar als eine »Zusammenarbeit« charakterisieren. Sie richten auf den Computer Zärtlichkeit, Zuwendung und konfliktuöse Besitzansprüche wie auf eine Person; – eine soziale Disposition von ›Selbst‹, die sich in ihrem Selbstbezug eben nur berühren kann, wenn sie ihr eigenes Ich zum Gegenüber macht. Auffallend ist dabei, dass diese Subjektivierung des Rechners – wie es im Zitat Kalinas deutlich wird – oft einer heterosexuellen Logik folgt.

Folgt man diesen Aussagen und fasst die Beziehung zwischen Computer und ProgrammiererIn als interaktives Verhältnis, so lässt sich die Subjektivität der ProgrammiererInnen nicht allein von der Objektivität der Maschine her verstehen. Mit ›Rationalität‹, als einem Begriff des abendländischen Denkens, der das Subjektive, das Materielle und den Körper ausschließt, ist die Produktion und Reflexion von Subjektivität am Computer also kaum zu fassen. Unsere Überlegung ist, ob gerade indem am Rechner nicht nur Codes sondern auch in besonderem Masse Subjektivität produziert wird, das formale Arbeitsverhältnis, die ökonomische Rationalität, im Auftrag eines Chefs zu handeln, bis zu einem gewissen Grade verdeckt sind. Da Arbeitsbefehle und Rückmeldungen des Computers wie ›der Code war erfolgreich‹ unabhängig von Dritten zwischen dem Rechner und der ProgrammiererIn zirkulieren und direkt als Zuwachs an Subjektivität erfahren werden können, erscheint die Arbeit in unmittelbarer Weise so, als würde ein eigenes Interesse verfolgt. Die formalen Arbeitszeiten etwa gelangen für unsere GesprächspartnerInnen meist dann in das Bewusstsein, wenn sich der Körper mit Schmerzen meldet oder wenn andere Ansprüche, Wünsche dagegenstehen, wie es Luchezar im Eingangszitat mit der prozentualen Aufteilung seiner Aufmerksamkeit zwischen Arbeitsplatz und Zuhause beschreibt. Da zudem ein wichtiges Produktionsmittel – der Kopf – überall hin mitgenommen wird (Schachtner, S. 105), ist es möglich, die Arbeit auch weit über die eigentlichen Arbeitsstunden hinaus auszudehnen (auch wenn dieses Produktionsmittel manchmal stört – durch Gedanken die nicht dazu gehören). Plamen, den wir in seinem Münchner Einzimmerapartment trafen, schilderte uns seine langen Arbeitstage vor dem Hintergrund seiner individualisierten Arbeitsmigration: da er zu Hause wenig zu tun habe, denke er auch dort häufig über seine Arbeit nach. Lieber sei er jedoch in der Firma, wo er KollegInnen treffen könne, denn er habe in München bisher keine richtigen Freunde.

[B] sexuell arbeiten

»Gibt es auch Frauen in Ihrem Team?« — »Als Programmierer gibts keine Frauen – noch. Das ganze Team will natürlich eine Frau haben. Ah, doch, wir haben eine. Sie ist Chinesin und ich finde sie sehr nett. Sehr gut als Programmiererin.« (Luchezar, München)

»Es ist tatsächlich so, dass es Tricks gibt. Also wenn ein Kollege schlecht aufgelegt ist und ich habe eine Frage an ihn, dann werde ich die Frage nicht gerade dann stellen. Wenn er ein bischen besser aufgelegt ist, dann gehe ich zu ihm. Ich bin eine Person, die ziemlich stark auftritt, aber das mache ich dann eben nicht, ich trete dann so auf, ich zeige Schwäche, rede leise und sanft, und dann, wenn ich das habe, was ich wollte, dann trete ich wieder stark auf. (...)

Als ich angefangen habe, dort zu arbeiten, haben sie mir gesagt, ich soll keine Röcke anziehen, das würde sie dann dekonzentrieren. Ich hab mich damals aufgeregt darüber und im Sommer bin ich mal mit einem Rock gekommen, und sie haben alle gelacht und gefunden, es steht mir eigentlich gut. Ich mag eigentlich nicht mit Rock gehen, aber es war eine Ehrensache, das zu tun. Sie haben damals kommentiert, als ich mit dem Rock gekommen bin, dass ich bis dahin eigentlich einfach ein Typ war.« (Kalina, Sofia)

Der Arbeitsplatz Kalinas in Sofia ist nach ihrer Beschreibung vorwiegend männlich und heterosexuell besetzt und unterscheidet sich darin nicht von den Arbeitsplätzen, die wir in München vorgefunden haben. (Hetero-) sexuelle Anspielungen sind alltäglich, eine Äußerung wie der Vorschlag des Chefs, (weiblichen) Striptease zu bestellen, um die erschöpften Mitarbeiter(Innen) nach einem langen Arbeitstag bei der Stange zu halten, scheint eher die Ausnahme.

Innerhalb dieser Umgebung verfolgt Kalina eine Arbeits*ethik* – den Wunsch, ein guter Programmierer sein und im Sinne des ›universellen‹ Arbeitsplatzes als gleich anerkannt zu werden – und eine sexuelle *Ethik*, den Wunsch, die Unterordnung als Frau und die alltägliche Sexualisierung zurückzuweisen. In unseren Beschreibungen ›sexueller Arbeit‹ sind wir bisher davon ausgegangen, dass am Arbeitsplatz heterosexuelle Normen re/produziert und eingeübt werden. (vgl. Boudry / Kuster / Lorenz 1999; Kuster / Lorenz 2001) Diese Darstellung hat jedoch den Nachteil, dass sie

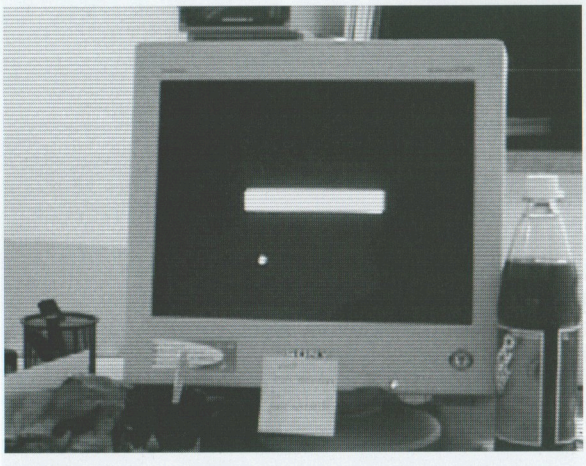
nicht unterscheidet zwischen den formalen und informellen Regeln und Werten am Arbeitsplatz, dem tatsächlichen Verhalten der Subjekte, die dort arbeiten und ihrem Selbstverhältnis. Auf diese Weise lässt sich nur ungenügend formulieren, wie heterosexuelle Normen nicht nur wiederholt, sondern auch verschoben, umgearbeitet werden oder wie sich – daher der Begriff der Ethik – Handeln und Selbst der unterschiedlichen Subjekte innerhalb der (Selbst-) Reflexion verändern.

An Kalinas Computerarbeitsplatz sind die Körper der »guten Programmierer« unmarkiert und ausgeblendet. Markiert wird nur der weibliche Körper, im Alltag der Firma durch Bemerkungen der Männer über den Körper und die Kleidung von Frauen oder durch sexuelle Anspielungen. Diese Markierung »als

Frau« setzt die »Gleichheit« unter Männern aufs Spiel. Zudem wird in ihr vorausgesetzt, dass es sich bei Kalina um eine heterosexuelle Frau handelt, die für das sexuelle Interesse der Männer potentiell empfänglich ist. Wäre sie nicht die einzige Frau in der Firma, würden solche Bemerkungen auch dazu beitragen, abgestufte Differenzen unter Frauen gemäss ihrer Attraktivität (Jugend, Herkunft, konventionelle Weiblichkeit) aus der Pespektive dieser Männer zu produzieren und damit eine Normalisierung im Sinne gesellschaftlich dominanter Normen herzustellen. Man könnte sagen, die Bedingungen der Greencard in Deutschland, die eine Beschränkung des Aufenthalts auf fünf Jahre vorsehen und durch die Bindung des Aufenthaltstitels an den Arbeitsplatz eine höchst prekäre Lebenssituation herstellen, stützen die dominant männliche Besetzung der IT-Arbeitsplätze zusätzlich ab, weil sie einem universalen Bild von Männlichkeit – jung und ungebunden – entsprechen.

Kalinas Versuch, Sexualisierung und die zugewiesene untergeordnete Position in der heterosexuellen Ordnung nicht anzunehmen, obwohl sie sich einer Markierung ›als Frau‹ nicht entziehen kann, hatte für sie zu Beginn ihrer Tätigkeit in dieser Firma praktische Konsequenzen: die Männer behandelten sie nicht als eine im Team, sie weigerten sich, Unterstützung zu geben. Kalina kann demnach nur ein »guter Programmierer« sein, indem sie Strategien entwickelt, ihre Performanz von Sexualität im Verhältnis zu ihrer Weiblichkeit beweglich zu halten: sie bestätigt den männlichen Kollegen, wenn er sich als Mann zu ihr als Frau verhält, um ihn im nächsten Moment in seinen Erwartungen auflaufen zu lassen. Sie redet leise, wirkt hilflos etc., um dann wieder stark aufzutreten. Erfolg haben, heisst hier, die Regeln der Heterosexualität besonders gut zu beherrschen, sich den Regeln zu unterwerfen, um dann wieder Distanz zu ihnen aufzubauen, sich zu »disidentifizieren«. Indem sie sich dem heterosexualisierten Verhältnis wieder entzieht, verändert sie auch das, was an ihrem Arbeitsplatz als »weibliches« Verhalten vorausgesetzt wird. Möglich ist ihr diese Verschiebung jedoch nur, weil sie überhaupt in der Lage ist, das Image weißer, heterosexueller Weiblichkeit überzeugend zu verkörpern.

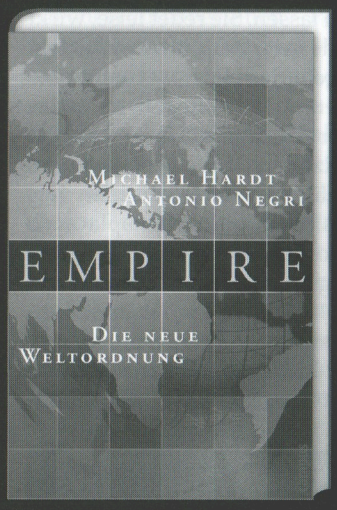
Einmal kommt sie im Rock, obwohl die Männer sagten, sie solle das nicht tun, es würde sie »dekon-



zentrieren«. Man könnte sagen, es handele sich hier um eine Art sexueller Gewalt der Männer, nämlich, wie Butler es formuliert, der »vorgängigen Kennzeichnung« einer Handlung (Butler 1993, S. 111), die in einem heterosexuellen Verhältnis Bedeutung übernehmen wird: Wenn sie einen Rock trägt, produziert sie gemäss dieser Anordnung den Blick der Männer, ist verantwortlich für mögliche sexuelle / verbale Übergriffe und damit verbunden für eine Störung der Arbeitsabläufe. Paradoxerweise kann sich Kalina nur dadurch einen Handlungsspielraum erkämpfen, indem sie besonders feminin auftritt und dem projizierten Bild attraktiver Weiblichkeit, wenn auch nur für einen Tag, perfekt entspricht. Die vorgängige Kennzeichnung kann sie auf diese Weise thematisieren, jedoch nicht ungeschehen machen.

Deutlich wird an diesen Beispielen, dass es für eine Diskussion »sexueller Arbeit« notwendig ist, eine begriffliche Unterscheidung zwischen Geschlecht und Sexualität zu treffen, gerade um ihre unterschiedlichen spezifischen Verbindungen untersuchen zu können. Anders als für ihre männlichen Kollegen gibt für Kalina keine Möglichkeit, alle geforderten Positionen – in ihrem Fall Programmierer, Frau und heterosexuelles Gegenüber – zugleich zu besetzen. Sie muss die unterschiedlichen Erwartungen gegen einander verhandeln.

Die Beherrschung der Regeln und ihre Distanzierung erfordern eine besondere Befähigung und eine sexuelle Mehrarbeit, die es Kalina überhaupt erlauben, sich als Frau an diesem Arbeitsplatz aufzuhalten. Dies



AUSFÜHRLICHE LESEPROBE UND UNSER DISKUSSIONS-FORUM ZU EMPIRE FINDEN SIE AUF WWW.CAMPUS.DE

campus
Frankfurt / New York

»Negri/Hardt. Das hört sich an wie Deleuze/Guattari, Lennon/McCartney, Adorno/Horkheimer oder wie – sagen wir es doch gleich – Marx/Engels.« **JUNGLE WORLD**

»Die Autoren wollen nichts weniger als Marx' Erzählung der Weltgeschichte fortsetzen und auf den neuesten Stand bringen. Das ist ihnen so gut gelungen, dass es auch einen überzeugten Nichtmarxisten erfreut, zumal der Versuch handwerklich hervorragend gearbeitet ist.« **FRANKFURTER ALLGEMEINE**

»EMPIRE ist epochal im Anspruch, furios im Stil, hellsichtig im Urteil.« **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**

»Was Hardt und Negri hier vorlegen, ist nichts weniger als ein ›Kommunistisches Manifest‹ für unsere Zeit: EMPIRE legt schlüssig dar, wie der globale Kapitalismus Widersprüche generiert, die schließlich zu seinem Ende führen.« **SLAVOJ ZIZEK**

»Ein tiefenscharfer Panoramablick auf eine so noch nie gesehene, überwältigende politische Landschaft.« **FR**

»Bevor hierzulande überhaupt jemand darin gelesen hat, hat sich EMPIRE als der heißeste Scheiß auf dem Theoriesektor durchgesetzt.« **BERLINER ZEITUNG**

»Es ist nicht übertrieben, EMPIRE eine grandiose Gesellschaftsanalyse zu nennen, die unser Unbehagen bündelt und konzentriert.« **DIE ZEIT**

»Nicht allen wird bewusst werden, dass sie soeben auf sanfte Weise zur Weltrevolution aufgerufen worden sind.« **FALTER**

»Eine Theorie-Bibel der Globalisierungskritik, die unter Jungakademikern kultische Verehrung genießt.« **DIE WELT**

»Mit ihrer Arbeitsweise reihen sich Hardt/Negri selbstbewusst in die Ahnengalerie der Theorieproduktionspaare ein: Marx/Engels, Adorno/Horkheimer und Deleuze/Guattari.« **TAZ**

»Vor über 25 Jahren rief Jean-Francois Lyotard das Ende aller umfassenden Weltdeutungen aus. Doch mit EMPIRE kehrt die Großtheorie zurück.« **FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND**

Hardt/Negri: EMPIRE · 2002 · 461 Seiten · Gebunden · EUR 34,90

trägt auf der anderen Seite unmittelbar zu ihrem Erfolg am Arbeitsplatz bei und ermöglicht ihr, die Arbeitsanforderungen an eine Programmiererin besonders gut zu erfüllen. Wir sprechen von »sexueller Arbeit«, um zu betonen, dass die Arbeitsanforderungen ein sorgfältiges Management von Geschlecht und Heterosexualität einschliessen und dass eine begriffliche Trennung von »Arbeit« und »Sexualität« nicht möglich ist. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Beherrschung dieser sexuellen Regeln und den besonders langen Arbeitstagen, die Kalina – auch auf eigenen Wunsch – ableistet? Ansetzen ließe sich hier bei der Überlegung, dass die Sexualisierung des Arbeitsplatzes besonders in einer Firma Bedeutung erhält, in der Gespräche, gemeinsames Essen, Ausflüge im Team gegenüber der eher einsamen Tätigkeit am Computer eine wichtige Rolle für die Bildung von Arbeitsteams und für die Identifikation mit dem Arbeitsplatz übernehmen.

[C] Normalität & Differenz

»Als ich hier angekommen bin, war von meinem Chef der erste Satz, dass in der Firma kein Ausländer schlecht angesprochen wird, also die Firma unterstützt die Arbeitsleistung und nicht Bürgerschaft oder Herkunft. Das gab mir sogar ein bisschen das Gefühl in die Richtung, dass ich in dieser Firma bleiben will.« (Luchezar, München)

»Ich fühle mich wie ein Kind, ich rede momentan so einfach wie ein fünf-jähriges Kind, und manchmal fühle ich mich so schlecht: Ich spreche in Gedanken mit den Kollegen in der Firma und ich sage ihnen, sehen Sie, ich bin nicht nur das, was sie kennen. Aber ich kann mich nicht zeigen, denn ich kann mich nicht ausdrücken und deshalb muss ich immer aufpassen. Das ist der Preis den man auch zahlen muss: sich zwar im Beruf zu beweisen aber nicht als Persönlichkeit.« (Valentina, München)

Sowohl die Mitarbeiterinnen als auch der Chef in Luchezars Firma betonen die nette Stimmung, die internationale Atmosphäre. Der Arbeitsplatz bestätigt zunächst den medial erweckten Eindruck, als würden soziale Unterschiede zwischen den Angestellten in Bezug auf Geschlecht oder Herkunft in der Firma keine Rolle spielen. Im beiläufigen Gespräch mit uns kennzeichnete der Firmeninhaber allerdings Differenzen nicht als neutral, sondern als eine Bereicherung, die durch die Vielzahl der in der Firma gesprochenen Sprachen entstehe oder daraus, dass »eine Mitarbeiterin aus China gelegentlich chinesisches Essen für alle kocht«. In welchem Verhältnis steht diese positiv besetzte Markierung zu der andererseits proklamierten Universalität? Sie rückt die Kultur der IT-Firma in die Nähe des gesellschaftlichen Konzepts von Multitkulturalismus, wie es in Deutschland ab den 80er Jahren aufgekommen ist. Dem praktizierten Assimilationszwang sollte eine Anerkennung von Differenz entgegengehalten werden, die jedoch vor allem als Erweiterung der Produktpalette sichtbar wurde.

In der IT-Firma werden allerdings keine Produkte hergestellt, deren Produktion von der angesprochenen Differenzierung abhinge: Um einE guteR ProgrammiererIn zu sein, sind Kompetenzen erforderlich, die

sich eher durch ›Universalität‹ denn durch kulturelle Partikularität auszeichen – z.B. werden weltweit dieselben Computersprachen benutzt.

Wie in Teil A argumentiert, bietet paradoxerweise gerade der als universal gekennzeichnete Computerarbeitsplatz die Möglichkeit, die eigene Individualität als Besondere und tendenziell Unbegrenzte zu erfahren, nicht zuletzt, weil die sozialen Differenzen – in Bezug auf Alter, Herkunft, Geschlecht – sich dort weitgehend ausblenden lassen. Die sozialen Kontakte in der IT-Firma unter den MitarbeiterInnen verschiedener Herkunftsländer stehen dazu offenbar nicht selten in krassem Gegensatz. Wie Valentina uns schilderte, fühlt sie sich in der Firma sprachlich auf dem Niveau einer Fünfjährigen. Dass sie ihre Erfahrungen im Herkunftsland und an ihrem früheren Arbeitsplatz nicht teilen kann, wird vermutlich zusätzlich durch die hohe Konzentration der Gespräche im Team auf die Programmierarbeit noch abgestützt; ihre sozialen Kompetenzen – sie schildert das am Beispiel ihres trockenen Humors, der hier nicht verstanden wird – greifen nicht. Um das erste Beispiel wieder aufzunehmen, könnte man mit Bezug auf den von Encarnacion Gutiérrez Rodríguez beschriebenen Prozess der »Selbstethnisierung« vielleicht sagen, dass auch die Programmiererin, die kocht, durch die Übernahme der hier als »weiblich« und als »chinesisch« konnotierten Rolle einerseits überhaupt die Möglichkeit erhält, innerhalb der Firma eine Sichtbarkeit zu inszenieren. Andererseits reproduziert sie jedoch bei diesem Versuch den zugeschriebenen performativen Rahmen (Gutiérrez Rodríguez, S. 173) und integriert erstaunlich stereotype Merkmale von »Weiblichkeit« und »chinesischer Herkunft sein« in ihr Selbstbild. Gutiérrez Rodríguez spricht im Kontext der Migration von einer »zweiten Vergeschlechtlichung«, in diesem Fall, als »chinesische Frau«, bei der kulturelle Differenzen affirmiert werden, die im Herkunftsland möglicherweise keine Rolle gespielt haben. In diesem Prozess mögen auch die in der IT-Branche dominanten westlichen Fortschrittsvorstellungen, die sich auf Rationalität und Aufklärung beziehen, von Bedeutung sein. Nicht-westlichen Kontexten kann dann im Umkehrschluss die Rolle der Immanenz zugewiesen werden, die mit besonders traditionellen Bildern von Weiblichkeit, Geschlechterdifferenz und Heterosexualität besetzt wird.

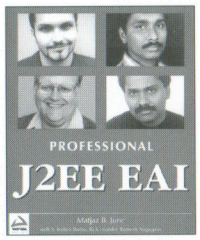
Wie Valentina uns berichtete, ist es dennoch möglich, auch komplexere Erfahrungen aus dem bisherigen sozialen Kontext in das neue Arbeitsumfeld hineinzutragen, der Preis sei jedoch, eine zusätzliche Arbeit in solche Veränderungen zu investieren. Ohne bisher genaueres Material zum Zusammenhang von Geschlecht und Ethnisierung zu haben, gehen wir davon aus, dass auch hier eine sexuelle Arbeit nötig ist, in der die vorgängige Markierung als ethnisierte Frau aufgegriffen und verhandelt, angeeignet oder abgewiesen wird. Valentina beschreibt, dass sie einerseits »Bulgarin« sein, andererseits zunächst »fremden« Erfahrungen aufgeschlossen gegenübertreten möchte, ohne die eigene Persönlichkeit zu verlieren. Eine Arbeit, die nicht in der Produktivität der Firma aufgeht, dieser aber dennoch zuarbeitet: Die Arbeit als Programmiererin »gut« machen zu können, erfordert deutlich auch andere Qualitäten als einfach diejenige, elegante Codes zu schreiben.

Während Gutiérrez Rodríguez untersucht, wie Ethnisierungsprozesse Gemeinschaft unter MigrantInnen herstellen, erweckt die Betonung von Differenz in der besuchten IT-Firma den Eindruck, dass dort nicht eine Formierung ethnischer Gruppen, sondern eine Individualisierung der MitarbeiterInnen produziert wird. Man könnte sagen, dass die Programmiererin hier auf eine Weise ins Team integriert wird, die ihr Besonderes, »chinesisch zu kochen«, als Teil der international ausgerichteten Firmenkultur etabliert. Die Verhältnisse im Team werden über die Betonung der verschiedenen Differenzen organisiert. Da die Arbeitsverhältnisse in der IT-Firma besonders für Greencard-Arbeitskräfte sehr prekär sind, kann über die Firmenhierarchie zugleich verwaltet werden, welche Differenzen gestattet bzw. erwünscht sind. Wir gehen davon aus, dass die Betonung kultureller Differenzen in der Firma zudem Normen re/produziert, die im Firmenalltag nicht markiert werden.

Die Kulturalisierung von Differenz arbeitet daran, die Betriebshierarchie unsichtbar zu machen und blendet Forderungen nach Arbeitsrechten und gleicher politischer Repräsentanz aus. Sie dethematisiert etwa, dass es zwischen Deutschen, EU-BürgerInnenn, und MigrantInnen aus anderen Ländern aufgrund der deutschen Ausländergesetzgebung und dem Staatsbürgerschaftsrecht eine abgestufte Asymmetrie gibt. Einem Gesprächspartner fiel erst auf, dass eine gewerkschaftliche Vertretung in der Firma fehlt, als einer Kollegin ohne ersichtlichen Grund von einem Tag auf den anderen gekündigt wurde und ein gemeinsames Vorgehen der anderen MitarbeiterInnen gegen diese Kündigung nicht recht in Gang kam.

Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate Lorenz

1 — Die hier (modifiziert) abgebildeten Stills stammen aus diesem Video-Projekt.



[txt]
¬ Boudry / Kuster / Lorenz: I cook for sex – Einführung, in: Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit & Zuhause, Berlin 1999
¬ Judith Butler: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a.M. 2001
¬ Judith Butler: Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der ›Postmoderne‹, in: Der Streit um Differenz, Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt a.M. 1993
¬ Stephan Geene: money aided ich-design. techno/logie · subjektivität · geld. Berlin 1998
¬ Bettina Heintz: Die Herrschaft der Regel. Zur Grundlagengeschichte des Computers, Frankfurt a.M. / New York 1993
¬ Kuster / Lorenz: Das Insourcing des Zuhause, in *Widersprüche* (Heft 78), Bielefeld 2000
¬ Encarnación Gutiérrez Rodríguez: Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter der Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsfeld von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung, Opladen 1999
¬ Christel Schachtner: Geistmaschine. Faszination und Provokation am Computer, Frankfurt a.M. 1993

In den Produktionshallen der Differenz

Kultureller Kapitalismus

Seit der großen Ressourcen- und Technologiekrise in den 70er Jahren und der zunehmenden Sättigung der nationalen Märkte mit standardisierten Produkten, ist in den Ländern des Westens der Ort der industriellen Produktion mehr und mehr durch den Ort der Konsumtion von diversifizierten Waren, der Informationsindustrie, Imageproduktion und dem Management (Controlling) ersetzt worden. Mit diesen Verschiebungen eng verbunden ist die Entwicklung jener internationalen Arbeitsorganisation, die mit einer Spaltung zwischen hochqualifizierten und meist weißen, männlichen WissensträgerInnen und den gering qualifizierten meist weiblichen Arbeitskräften des globalen Südens operiert. Dieser vergeschlechtlichten und zeiträumlich gespaltenen Arbeitsorganisation zwischen Symbol- und Wissensproduktion im Westen und Warenproduktion im Süden wurde von feministischer Seite in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Gleichzeitig siedelte sich aber auch in den westlichen Metropolen eine Hinterhofproduktion an, in deren räumlicher Nähe auch kleinteilig organisierte ImageproduzentInnen zu finden sind. Wie die Arbeitsverhältnisse in die aktuellen sozio-ökonomischen Bedingungen kulturell und strukturell eingebettet sind, werde ich im Folgenden zu skizzieren versuche.

Der britische Soziologe und Kulturwissenschaftler Stuart Hall beschrieb bereits Anfang der 80er Jahre die Transformation in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens am Ende des 20. Jahrhunderts als ökonomischen und deutlich kulturellen Wandel. Grosse Bereiche der Wirtschaft werden heute von multinationalen Firmen des Westens dominiert. Im Unterschied zum Fordismus handelt es sich bei den neuen »Weltmarktfabriken« jedoch nicht um große Werkshallen mit zentralisierter Massenproduktion. Vielmehr basiert die Globalisierung der Produktion multinationaler Konzerne auf »Subunternehmen«, die netzwerkförmig über den Globus verteilt sind. In Mittelamerika, Teilen von Nord-Afrika, Afrika, Ost-Asien und nach 1989 ebenfalls vermehrt in Osteuropa hat die Dezentralisierungsstrategie transnationaler Unternehmen diese exportorientierten »Weltmarktfabriken« gefördert. Die transnationalen Konzerne zum Beispiel in der Bekleidungs-, Schuhindustrie und im Elektroniksektor setzen dabei auf billige, unorganisierte junge weibliche Arbeitskräfte. Auch in den Grenzregionen

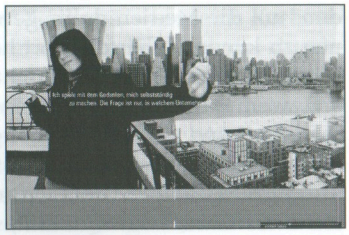
der Festung Europa wird in den ehemaligen Fabriken des Staatssozialismus nun für 100 Euro im Monat EU-Markenware produziert – vor allem von Frauen, die doppelt unterbezahlt sind. In den meisten Fabriken sind Gewerkschaften verboten. Derartige Niedriglohnstandorte werden dabei als Investoren- und EU-freundliches Klima verkauft und von den PolitikerInnen der zentral- und südosteuropäischen Länder durchgewunken.

In den westlichen Gesellschaften übernimmt heute demgegenüber die Konsumtion eine führende Rolle für die Mehrwertgenerierung. Auswahl und Produktdifferenzierung, Vermarktung, Verpackung und Design, die Orientierung auf Zielgruppen von KonsumentInnen nach den Kriterien von Lebensstil, Geschmack und Kultur sind zum wachsenden Wirtschaftssektor geworden. Dabei ist die Diversifizierung vom Produkt (industriell gefertigte Massenware) zum Brand (zum kulturell aufgeladenen Markenartikel) ein zentrales Kennzeichen der heutigen Verschiebung in den Kapitalverhältnissen, die auch einen deutlichen Effekt auf die Arbeitsorganisation im Westen und im globalen Süden hat. Über diesen ökonomischen Aspekt hinaus stellt die Betonung des Konsums neue Identifikations- und Disidentifikationsmöglichkeiten bereit, die Subjektivität und Kollektivität nicht nur im Westen neu ordnet. In den aktuellen Globalisierungsprozessen kommt Konsum zudem eine zentrale Bedeutung zu, da durch ihn visuelle Kulturen transportiert werden, die hybride lokale Ausformungen finden. In dieser Aneignung wird aber, so meine These, die Bedingung hergestellt, die für das global agierende Kapital produktiv wird.

Im Gesamten haben die neuen globalen Kapitalverhältnisse zu einem »Melt Down« der öffentlichen Institutionen und des politischen Diskurses geführt; doch haben auch hier populäre und theoretische Diskurse sowie Bild- und Symbolproduktionen auf das Marketing, die politische Debatte und ökonomische Entscheidungen maßgeblich Einfluss gewonnen. Einerseits für die Durchsetzung neuer ökonomischer Trends, andererseits für die Verschleierung der Bedingungen unter denen diese Ökonomie aufrechterhalten wird. Zeitgenössische TheoretikerInnen sprechen daher bereits vom »Cultural Capitalism«. Der französische Ökonom Yann Moulier Boutang formte den Begriff des »kognitiven Kapitalismus«.

Imagepolitiken

Obwohl die Terrains Konsumtion / KonsumentIn und Produktion / ProduzentIn ganz offensichtlich ineinander greifen, werden sie in unserem Alltag in den Metropolen des Westens, unserem Erfahrungs- und Erlebnisraum jedoch weiterhin als autonome Zonen inszeniert. Die damit einhergehende symbolische Ordnung reguliert unsere Wahrnehmung und damit die Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Ungleichheitsverhältnissen, Emanzipationsbewegungen und deren Zusammenhänge. Der Ort der Produktion von Waren scheint in unseren westlichen Gesellschaften kaum noch erfahrbar, während der Handel mit Waren sehr offensichtlich im Vordergrund steht. Geographisch ausgelagert in die Länder des Südens und Ostens können wir die dort stattfindenden Arbeitsverhältnisse nur noch erahnen. Wir sind nun bereits davon überzeugt nicht mehr selbst betroffen zu sein. Die neuen Formen der Produktion von Informationen und Bildern scheinen uns die Perspektive zu verstellen, dass die Symbolproduktion ebenfalls eine Industrie ist, die auf Ungleichheit basiert. Ferner fällt aus dem Blickfeld, dass die verbleibende manuelle Produktion von der Hausarbeit bis hin zu den neuen Hinterhofproduktionen auch in den westlichen Metropolen brutal ethnisiert hierarchisiert ist.

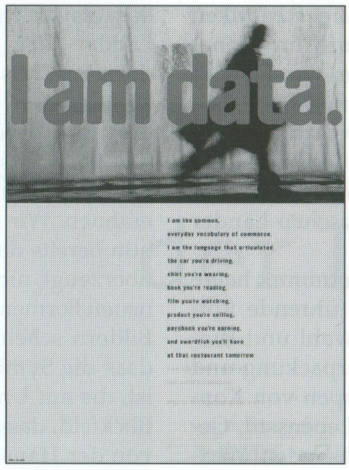


Die informell strukturierten Produktionszweige, die vor allem auf weibliche und migrantische Arbeitskräfte zurückgreifen, siedeln sich nicht mehr nur in den klassischen Billiglohnländern an, sondern verstärkt wieder in den westlichen Industriestaaten. Die restriktiven Zuwanderungs- und Asylgesetzgebungen in EU-Europa unterstützen diese Entwicklung. In Belgien hat beispielsweise die Verweigerung des juristischen Status für MigrantInnen, Asylsuchende und sog. GastarbeiterInnen dazu geführt, dass um den »Gare du Midi« in Brüssel ein neues Viertel entstehen konnte, das »Bermuda Dreieck« der Textilindustrie genannt wird. Hier arbeiten Menschen ohne Papiere, die ein, zwei oder gar dreißig Jahre in Belgien leben, für Dumpinglöhne (zwei Euro die Stunde). Diese kleinteiligen Produktions- und Zulieferbetriebe stehen mit einer europäischen Politik in Zusammenhang, die zwar keine Papiere, aber prekäre Beschäftigung – sprich »Sweatshops« – zulässt.

Daher scheint es zunehmend wichtig, den Zusammenhang zwischen Symbol- und Warenproduzierender Industrie zu betonen, um den ethnisch hierarchisierten Charakter nicht nur als Teilaspekt der neuen Kapitaltverhältnisse begreifen zu können. Denn die Zunahme prekärer Beschäftigung in unseren Städten scheint weiterhin der allgemeinen Wahrnehmung entzogen zu sein, bzw. wird über das neoliberale Versprechen des individuellen Entscheidungsprozesses und dem scheinbar uneingeschränkten Zugriff auf Waren und Lebensstile verschleiert.

Auf den unauflöslichen Zusammenhang von neuer lokaler und globaler Arbeitsorganisation und emotionaler Bindung an Marken verweist auch der Gewerkschaftsvertreter der GBI Schweiz, Mehmet Akiol, im Zusammenhang mit der Textilherstellerin Calida. Akiol weist darauf hin, dass die in der Schweiz verbleibende Textilindustrie heute vor allem auf Migrantinnen zurückgreift. Auf diese Weise könnte der Produktionsdruck erhöht, neue Arbeitsorganisationsformen (Lean Production, Just in Time, Gruppenarbeit) und Niedriglöhne durchgesetzt werden. Akiol ist der Auffassung, dass sich die mangelnde Öffentlichkeit für die Kämpfe der Arbeiterinnen in der Schweiz nicht ausschließlich mit rassistischem und sexistischem Konsens erklären lasse. Die Traditionsmarke Calida sei zu sehr mit positiven Bedeutungen aufgela-

den, um die Medien dafür gewinnen zu können, über die dort herrschenden Verhältnisse zu berichten, z.B. wenn sie den für verbesserte Arbeits- und Lohnbedingungen eintretenden Arbeiterinnen sofort kündige: »Made in Switzerland« stehe als Garant für Qualität, mit der sich auch Auslagerungen der Produktion nach Ungarn und nach Tschechien verschleiern ließen.



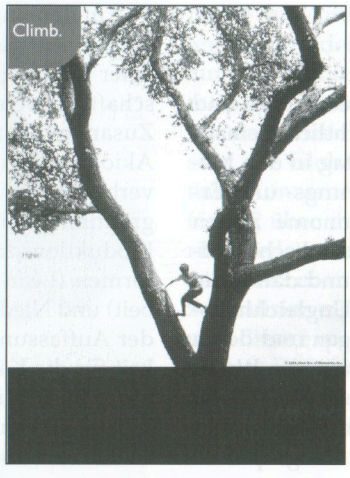
Der Subjektive Faktor

Images, Geschmackswerte, Lifestyle-Konzepte und Ideen sind zu einem Rohstoff geworden. Firmen wie Nike stehen symbolisch für diese Transformation von einem Turnschuhhersteller zum mythisch aufgeladenem Label. Mit unterschiedlichen kulturellen Strategien, dem Involvieren von AkteurInnen in Subszenen, der Kreation von Labelwelten und trendigen Subjektvorstellungen baut die neue Ökonomie nicht mehr so sehr auf technische Innovation, um neue Absatzmärkte zu schaffen, als vielmehr auf die entsprechende Vermarktung und Kreation einer Glaubensgemeinschaft. Schaut man sich die Investitionen genauer an, mit denen beispielsweise Nike, Adidas, Gap ihre Waren produzieren lassen, so kommt man auf eine Gewinnabschöpfung von 400 % allein durch das Subcontracting. Diese Gewinne, durch Outsourcing (und die Verknechtung von Frauen weltweit) erwirtschaftet, finden sich in den Bilanzen jener Ausgaben wieder, die in die Imageindustrie in den westlichen Metropolen investiert werden, um den Mythos der Marke zu kreieren.

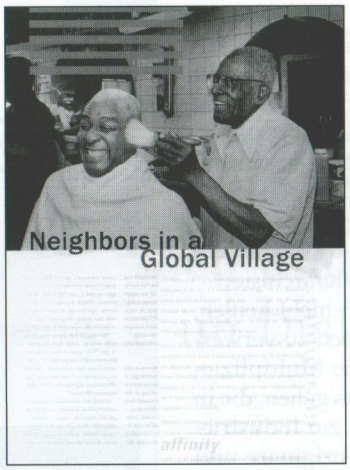
Marketingstrategien sind zu wesentlichen Akteurinnen geworden, wenn es um die Gestaltung unseres kulturellen Umfeldes, von Lifestyles und der Definition dessen geht, wie sich eine Gesellschaft beschreibt, fühlt und aussieht. Auf der anderen Seite kann dieser Mehrwert nicht ohne die aktive Partizipation der KonsumentInnen entstehen. So handelt es sich bei der Werbung und ihrer Wirkung nicht einfach um eine behavioristische 1:1 Kommunikation. Vielmehr sind kulturelle Produktionen und Geschmackswerte auf viel komplexere Art mit den Entscheidungen der KonsumentInnen verhangen. Einerseits werden Wissen und Geschmackswerte bereits vorausgesetzt, andererseits versuchen Kampagnen die KonsumentIn in vielfacher Weise zum Handeln zu bewegen, ohne dies im Sinne der Disziplin zu tun, sondern durch die Produktion von spezifischen Begehren.

Am Beispiel der Turnschuhhersteller Adidas und Nike wird deutlich, dass das Sichtbarwerden minoritärer Gruppen für den Spätkapitalismus produktiv geworden ist. Sportswear feiert seine größten Erfolge in den Jugendkulturen, im Hip Hop, der Technoszene, in der MigrantInnenkultur. Dies nicht allein deswegen, weil die Werbeagenturen so geschickt agieren, sondern weil die Codes und Bedeutungen der vorhandenen Konsumgüter von den unterschiedlichen Gruppierungen überarbeitet und umgedeutet werden. Die britische Soziologin Marie Gillespie untersucht eine solche Aneignungspraxis am Beispiel indisch-britischer MigrantInnenkultur, in der durch die Kombination verschiedener »traditioneller« und »modischer« Kleidungsformen neue politische Artikulationsformen für junge Frauen und Männer entstehen können. Den Jugendlichen erscheint die eigene altersspezifische Kultur als eine kosmopolitische, im Gegensatz zur als konservativ, lokal definierten Kultur der Erwachsenen. Das Aneignen von vorhandenen Kulturgütern produziert so Bedeutungsverschiebungen in der bürgerlichen Ikonografie. Das was als Begehren produktiv wird, sind (auf der Zeichenebene) keine natürlichen Körper, keine traditionellen Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit, nicht Herkunft oder Schönheit, vielmehr der breite Wunsch nach Nicht-Authentizität, das eigene Dorf, die lokalen Limitierungen hinter sich zu lassen, überall Metropole sein zu können, Nicht-nur–man-selber-sein zu wollen. Spezifische Subjektivierungsprozesse spielen daher eine aktive Rolle innerhalb der Mehrwertproduktion, die mit dem Konsum von Waren und deren De-codierung in Zusammenhang stehen.

Identitätspolitische Brechungen sind so für die heutige Mehrwertgenerierung wie auch für neue Subjektivierungsformen »produktiv« geworden und zu einer neuen Form der Arbeit (am Selbst) transformiert, die auch auf dem Markt veräußert werden kann. Das Ökonomische hat sich radikal in die informellen Terrains des Sozialen und in die Subjektivierungsprozesse selbst verschoben. Das, was in der klassischen Ökonomie als das »Soziale und Kulturelle« galt, kann nun Teil des monetarisierten Wirtschaftens sein oder dieses antreiben. So wie jedeR UserIn durch seine subjektiv motivierte Teilnahme am IT-Hype, vergleichbar mit Einschaltquoten im Fernsehen, das neue Business mitproduziert, so sind die Bedeutungsverschiebungen in der bürgerlichen Ikonografie (des neuzeitlichen Pop-Subjekts) ein willkommenes Partizipationsmodell der New Economy und ihrer Bilderwelten. Dieser kulturellen oder sozialen Seite der Mehrwertproduktion im Spätkapitalismus wird jedoch immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sie in direktem Verhältnis zu den Ausbeutungsverhältnissen im Tri-



kont und der Feminisierung der Güterproduktion steht.



Hinterhof, 2. OG, rechts

In den westlichen Metropolen hat sich durch die Betonung des Konsums eine expandierende »Kreativindustrie« und eine neue Generation von Freelancern formiert, die Bilderwelten kreieren. In dieser meist selbstorganisierten Beschäftigungsform, die in loser Abhängigkeit rund um die Imageproduktion der Werbe- und Multimediaagenturen situiert ist, vermischen sich Arbeit, Freizeit, Lifestyle, Leistung und Selbst-Motivation.

Nicht nur das Selbstverständnis dieser Tätigkeit, das sich im bohemeistischen Lebenstil den Vorstellungen eines KünstlerInnenlebens annähert, ist dabei bemerkenswert. Auch die Verschiebungen und Verunsicherungen, die diese neuen hochmotivierten KreativarbeiterInnen in die klassische Arbeits- und Ausbeutungsbegrifflichkeit einbringen, sind betonenswert. KreativarbeiterInnen arbeiten selbständig und organisieren sich für Aufträge unterschiedlichster Kunden in kleinen und kleinsten Einheiten, häufig auch nur als Einzelperson. Die Zusammenarbeit mit anderen ProduzentInnen (beispielsweise Sound, Illustration) existiert in diesen Ad-hoc-Projekten gegebenenfalls nur für die Dauer des bestimmten Vorhabens. Sobald der »Job« erledigt ist, löst sich der Zusammenhang auf in jene Netzwerke von Freundschaften und Beziehungsgeflechten, die für den nächsten Auftrag als »Vermögen« genutzt werden können. Nicht nur die eigene Auftragsorganisation und das eigene Lebensmanagement vermischen sich hier, Arbeit und Leben fallen in eins und Freundschaften werden zu Arbeitsbeziehungen. Auch in diesem Sinne wird das Soziale ökonomisiert und wirtschaftstauglich.

Prekäre Beschäftigung, Hyperausbeutung, hohe Mobilität und hierarchische Abhängigkeiten vom Auftraggeber bis hin zur Sub-MitarbeiterIn kennzeichnen diese Form metropolitaner »immaterieller« Arbeit. Dabei wird das Ad-hoc Verhältnis zu einem Kunden oftmals zu einem identitären Projekt. Einen coolen Auftraggeber mit einem interessanten Projekt zu haben, steht für die Entscheidung und Identifikation mit der zu leistenden Arbeit an erster Stelle, denn hier lässt sich »kultureller Mehrwert« generieren. Die hohe Identifikation mit der temporären Tätigkeit, die auch Überstunden und Nachtarbeit vergessen lassen, helfen so auch in den westlichen Metropolen Lohndumping in der Szene und die eigene Position in den globalen Produktionsbedingungen zu verschleiern. Multimedia- und Grafikjobs können allerdings, wie meine Recherche in diesem Feld zeigen, durchaus einen Klassensprung ermöglichen. Sie weisen aber, selbst wenn dies immer wieder angenommen wird, noch keine nennbare transgressive Geschlechterdynamik auf. Dies hat zum großen Teil mit der auf Computertechnologie basierenden Form der Arbeit und dem traditionellen Verhältnis von Männern und Frauen zur Technik zu tun, welches auch in dem informellen Feld weiter wirkt.

Das Erscheinungsbild der WissensträgerInnen des Westens hat sich – traut man den Zahlen der statistischen Bundesämter – schleichend vom Bild des erfolgreichen Bankangestellten hin zum freelancenden Computernerd und Multimediadesigner verschoben. Er stellt in hohem Masse die Imageproduktion für das globale Kapital bereit und lebt seine anti-bürgerlichen Motive über temporären Geldbesitz, sowie freiberufliche Produktionsverhältnisse aus. In den Standortmarketingetagen der Metropolen (Berlin, London) steht heute diese sog. »Kreativindustrie« an oberster Stelle der Inszenierung eines jugendlich innovativen Stadtbilds und eines ökonomisch zukunftsträchtigen Trends. Eine Gesellschaft, deren Wirtschaft Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert, greift so auf jene neue (Image-)ArbeiterInnenklasse zurück, deren Motivation sich gerade gegen das alte geschlechterdichotomische Arbeitsregime der »9 to 5« Jobs der Disziplinarzeit auflehnte, ohne in entsprechende Ausbildungswege investiert zu haben oder temporäre Einkommenslosigkeit auch nur anzuerkennen. Erwerbsloses Einkommen, Sozialleistungen, wie etwa Mutterschutz, sind im Feld der Freelancer Fremdwörter. Betrachtet man aktuelle Zahlen im deutschsprachigen Raum, zeichnet sich die Tendenz ab, dass selbstständige Tätigkeiten und das damit verbundene Selbstmanagement bereits zum Normalarbeitsverhältnis geworden sind. Die »ArbeitskraftunternehmerIn« steht als Leitbild für eine Workfaregesellschaft, in der sich alle selbst um ihre Beschäftigung zu kümmern haben, statt weniger Lohnarbeit und Umverteilung von Reichtum einzufordern.

Eine genauere Analyse des Kulturellen Kapitalismus und der Kulturgesellschaft eröffnet so auch neue Fragen an zukünftige Politisierungsformen.

Der avancierte Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts ist einerseits in seiner globalen Dynamik im Kontext der sich verschiebenden Praxis und Bedeutung von Konsumtion und Produktion zu verstehen. Andererseits ist postmodernes Konsumverhalten der Versuch, etwas anderem ähnlich zu werden; das Begehren nach einem »Kosmopolitischen Lebensstil«, der mit pop- und subkulturellen Versatz-

stücken aufgeladen ist und sich auch in den neuen selbstbestimmten Arbeitsverhältnissen der »Kreativindustrie« als Antriebskraft verorten lässt. So schafft das neue »Empire«, wie Toni Negri und Michael Hardt es bezeichnen, Hegemonie nicht über Universalität, sondern über Differenz, über die Subjektivierung selbst und errichtet seinen ökonomischen Anspruch über die Partikularität spezifischer Begehren. Gleichzeitig sind weltweit Arbeitsverhältnisse zunehmend geschlechtlich segregiert und ethnisch hierarchisiert.

Diese Erkenntnis kann aber dennoch nicht heißen, Partikularität und Subjektivierung einfach zu verwerfen. Vielmehr könnte es gerade um die Multiplizierung und Diversifizierung des Begehrens gehen, die in der Konsumgesellschaft – im Gegensatz zur Industriegesellschaft – angelegt sind, die nicht-originäre und nicht-normative Subjektpositionen entfaltet und nicht mehr der traditionellen heterosexuellen Dichotomie in ihrer eurozentrischen Ausformung entsprechen. Ohne eine Mobilisierung der in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten und ohne eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Marginalisierung, Repräsentation und Ausbeutung wird sich in diesem Zusammenhang jedoch keine politische Bewegung etablieren können. Hierzu gilt es, eine dezidierte Kritik gegen die Staatspolitik der Illegalisierung von Papierlosen und eine klare Position für die Bürgerrechte von MigrantInnen einzunehmen.

Radikal verabschieden sollten wir uns von jener Moral der Lohnarbeit, in der Geldbesitz und Konsum immer an die Zurichtung und Kontrolle der Subjekte im Sinne einer weissen Normgesellschaft und deren »privates« Eigentum geknüpft ist. Neue Formen der Kollektivität und eines nicht heteronormativen Zusammenlebens sind heute mehr denn je erstrebenswert, ebenso wie eine radikale Kritik an der Kommodifizierung lebensweltlicher, sozialer und intellektueller Artikulation durch die neue Dynamik des Kapitals.

Marion von Osten

Die Abbildungen stammen aus dem Projekt *e-distrust.net* von Peter Spillmann, Zürich 2000: www.e-distrust.net/edentities.html

[txt]

¬ Hall, Stuart (1989 / 2000): Die Bedeutung der Neuen Zeiten. In: Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt, Hamburg

Hardt, Michael / Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge Ma.

¬ McRobbie, Angela (1999): Kunst, Mode und Musik in der Kulturgesellschaft. In: Das Phantom sucht seinen Mörder: Ein Reader zur Kulturalisierung der Ökonomie (Hrsg. Justin Hoffman, Marion von Osten), Berlin.

¬ Talpade Mohanty, Chandra (1998): Arbeiterinnen und die globale Ordnung des Kapitalismus: Herschaftsideologien, gemeinsame Interessen und Strategien der Solidarität. In: Globalisierung aus Frauensicht, Bilanzen und Visionen (Hrsg. Ruth Klingebiel , Shalini Randeria), Bonn,

¬ Musiolek, Bettina (1998): Ich bin chic, und Du musst schuften. Frauenarbeit auf dem globalen Modemarkt, Frankfurt a. M.

Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion

Kopier Werk
FRANKFURT

Alles andere sind nur Kopien!

Buchkopien
Einzugskopien
Digitalkopien
Farblaserkopien
Overheadfolien
Farbfolien

Leimbindung
Spiralbindung
Wire-O-Bindung
Bucheinband
Bindematerial
Laminierungen
Mousepads

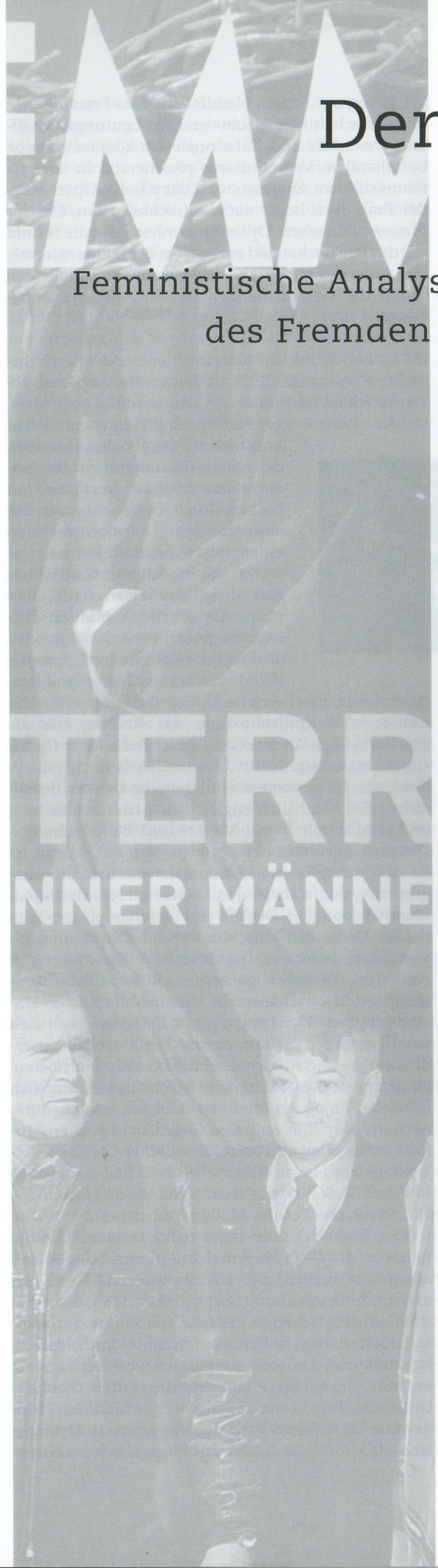
Wir vervielfältigen und binden auch Eure Diplomarbeiten und Dissertationen in überzeugender Qualität zu fairen Preisen. Holt Euch ein Angebot ein.

Kopierwerk GmbH
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069 / 707 607 44
Fax: 069 / 707 607 45

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.30 - 20.00 Uhr
Sa 9.00 - 14.00 Uhr

FRAUENLESBEN
KNEIPENABEND

DONNERSTAGS
VON 20.00 BIS 24.00 UHR
IM CAFÉ EXZESS,
LEIPZIGER STR. 91



Der Schleier vor den Augen

Feministische Analysen und die Konstruktion des Fremden im Diskurs um den 11.9.

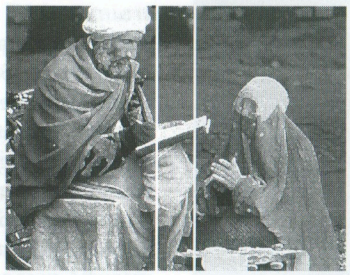
I.

In der Auseinandersetzung um die Anschläge auf das WTC am 11. September haben sich die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Linken als unvereinbar gezeigt und stehen sich in ihren Analysen als gefestigte Pole gegenüber. Dabei wurden unterschiedlichste Weltbilder der AntiimperialistInnen, Antideutschen, WertkritikerInnen, FriedensaktivistInnen usw. ausgepackt und unter dem jeweiligen »Hauptwiderspruch« gegeneinander gestellt. Stereotype werden reproduziert, deren Konstruktionscharakter und pauschale Zuschreibungen schon seit Jahren – vor allem von MigrantInnengruppen – als westliche Projektion aufgedeckt und kritisiert wurden, was an dieser Stelle exemplarisch anhand feministischer Debatten aufgezeigt werden soll.

Auf feministischer Seite gab es nur wenige sichtbare Versuche, sich an der Debatte um den 11. September zu beteiligen. Der Einsatz für Frauenrechte muss mit einer Vereinnahmung von »offizieller« Seite rechnen: Wurden im Jugoslawienkrieg Massenvergewaltigungen als moralische Rechtfertigung für einen Kriegseinsatz benutzt, werden in Afghanistan die von radikalen Islamisten unterdrückten Frauen entdeckt, um den Krieg gegen die Taliban zu legitimieren und ihn als einen Kampf für Menschenrechte und Demokratie darzustellen. So Bundeskanzler Schröder: »Wer die Fernsehbilder von den feiernden Menschen in Kabul nach dem Abzug der Taliban gesehen hat – ich denke hier vor allen Dingen an die Bilder der Frauen, die sich endlich wieder frei auf den Straßen begegnen dürfen –, dem sollte es nicht schwer fallen, das Ergebnis der Militärschläge im Sinne der Menschen dort zu bewerten.« Nach dem Sturz des Talibanregimes trat das Interesse an der Situation von Frauen wieder in den Hintergrund. Dass heute noch fast alle Frauen Burkas tragen, scheint niemandem aufzufallen. Die Medienbilder haben ihre Funktion längst erfüllt. Wenige Bilder, meist von genau einer Frau mit hochgeklappter Burka in einer Gruppe ansonsten verschleierter Frauen, zeigten uns, was wir sehen wollten: entschleierten Frauen, um ihre »Befreiung« durch die Militärschläge zu beweisen. Bilder von Frauen bestimmen den »Grad der Zivilisation« eines Landes, wobei Zivilisation mit »dem Westen« gleichgesetzt ist. Hat die »unverschleierte Würde des Westens« (*Spiegel* 52 / 01) nun endlich auch den fernen Osten erreicht

oder werden Frauen die abgeworfenen Miniröcke (statt Bomben, Vorschlag von M. Houellebecq) bloß unter ihren Burkas tragen können?

Einem eher bürgerlichen Frauenspektrum ging es vor allem darum, gegen den Krieg zu demonstrieren und sich für die Rechte der Frauen in Afghanistan einzusetzen. Mit Argumenten wie »Die Geschichte Afghanistans zeigt: Reine Männerherrschaft deformiert eine Gesellschaft; Fundamentalismus lässt sich nur besiegen, wenn die Frauen gestärkt werden« wird ein überholt geglaubter Feminismus reaktiviert. »Alles Ambivalente und Abweichende geriet zur Bedrohung einer wackeligen, unreifen Männlichkeit, die sich nur über Kampf und Krieg zu stabilisieren wusste. Männer, denen andere Männer Verstand und Gefühle verschleiert haben, die um Leben, Lust und Glück betrogen wurden, können zu Killern werden, Opfer und Täter zugleich.« (Ute Scheub, *taz* 29.11.01) Einen weiteren ›geschlechtsspezifischen‹ Beitrag leistete Klaus Theweleit, der die Doppeltürme des WTC als Doppelphallus, als »doppelte(n) Schwanz, der sich als mächtiges Symbol erhebt« und den Anschlag als »Tritt in die Eier« (*taz* 19.9.01) bezeichnet. Die These des »Tritts zwischen die Beine«, des innerpatriarchalen Kampfes des »Mackertums im Sandkasten« (Claudia Bernhard; *alaska* 10 / 2001) wird jedoch auch aus radikal-linkem Spektrum vertreten. Dabei hat sich aus der Geschichte der Frauenbewegung und -forschung gezeigt, dass die Kategorie Geschlecht als alleinige Analysekategorie zu kurz greift, weil andere Unterdrückungsmechanismen und Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet und dadurch reproduziert werden.



II.

Die Reduktion auf die Unterdrückung durch patriarchale Strukturen (verkörpert im »Wir Frauen« der 70er Jahre) provozierte eine massive Kritik seitens Schwarzer Frauen, Jüdischer Frauen, Migrantinnen, Women of Color, Lesbischer Frauen etc., die sich durch diesen Feminismus nicht repräsentiert fühlten. Rassistische oder heterosexistische Unterdrückung war für viele Frauen relevanter als die universelle Patriarchatsthese; eine Bündnispolitik mit weißen, heterosexuellen Frauen stellte einen erneuten Kolonisierungsversuch dar. Ignorant gegenüber anderen Strukturmerkmalen wie z.B. Klasse, »Rasse« / Ethnie, Religion tendierten diese ausgesprochen westlichen Konzepte von Unterdrückung gleichzeitig dazu, eine »Dritte Welt« oder einen »Orient« zu konstruieren, wobei Geschlechter-Unterdrückung subtil als symptomatisch für eine essentielle nicht-westliche Barbarei erklärt wurde. Die paternalistische Sicht auf die Schwarze »Schwester« als Opfer der Verhältnisse wurde als Ausdruck der hegemonialen Definitionsmacht weißer Frauen kritisiert, diskutiert wurde die Mitverantwortung weißer Frauen an rassistischen und antisemitischen Gesellschaftsmustern. Ein rein positiver Bezug auf Frauen blendet aus, dass Frauen selbst in gesellschaftliche Macht- und Ausbeutungsverhältnisse verstrickt sind, Täterinnen sein können und von bestehenden Verhältnissen profitieren. In einigen feministischen Analysen wird der passive Opferstatus der Frau auch heute noch aufrechterhalten. Der für Frauen reklamierte Opferstatus verschiebt die Schuld auf das Patriarchat und entlastet in der Solidarisierung mit anderen Opfern. Dieser Mechanismus zieht sich durch die Geschichte der »westlichen« Frauenbewegung.

Im bundesdeutschen Kontext, der durch die Nichtwahrnehmung der BRD als Einwanderungsland gekennzeichnet ist, wurde die »Ausländerin« als »defizitäres Wesen« gegenüber dem eigenen Selbst konstruiert. Die Position weißer, deutscher Feministinnen als moderne, emanzipierte, westliche Frau hat sich durch Abgrenzung von der »fremden Frau, die noch nicht so emanzipiert« ist, definiert und gestärkt. Die Produktion von Fremdheit dient der Herrschaftssicherung. Als scheinbar faktisch Differentes gesetzt wird das »Fremde« als Projektionsfläche bzw. Spiegelbild des Selbst geschaffen und festgeschrieben. Das herrschende Selbst erlangt so die Definition und Kontrolle über das Andere. Das als gesellschaftlich Andere Gesetzte ist Teil binärer Oppositionspaare (wie Natur / Kultur, Barbarei / Zivilisation), die das gesamte abendländische Denken durchziehen. Sie beinhalten zugleich eine Hierarchisierung und sind damit in ein Macht- und Beherrschungssystem eingebettet bzw. produzieren es. Zentral ist das darin implizierte Differenzdenken und die Ausgrenzung der/s als AndereN GesetzteN. Mit diesem identitätslogischen Denken verbunden ist ein totalisierender Universalismus, der vereinheitlicht und kategorisiert, indem er zuordnet. Eine Zweiteilung in eindeutige Dichotomien verursacht künstliche Trennungen und verschleiert die Vereinnahmung von Uneindeutigkeit. Der Umgang mit Differenz lässt sich so als gesellschaftsimmanenter struktureller Unterdrückungs- und Ausschlussmechanismus analysieren. Es ist genau dieser inhärente Mechanismus, der sich mit dem Einzug der Moderne etablierte und ausdifferenzierte, der zum zentralen Gegenstand poststrukturalistischer oder dekonstruktivistischer Gesellschaftskritik geworden ist. (Dies scheint ein Teil der Linken seit dem 11.9. zu vergessen, wenn sie unkritisch das Glücksversprechen der Moderne anpreisen.)

Erst Ende der 70er Jahre tritt die »ausländische Frau« in der BRD als Arbeitsmigrantin oder »Gastarbeiterin« unabhängig vom allgemeinen Migrationsdiskurs in Erscheinung, z.B. im Bild der »kinderreichen, muslimischen, unterdrückten Türkin«, der sozialarbeiterisch geholfen werden muss. Ihr Selbstverständnis und Lebensbedingungen wurden zumeist auf der Grundlage eines grundlegenden (Kultur-) Unterschieds bzw. mit der Dichotomie Tradition / Moderne erklärt. Selten wird der Rassismus in Deutschland als konstitutives Element migrantischer Lebens-

situationen in eine Analyse miteinbezogen. Für die Thematisierung von Rassismus waren und sind meist MigrantInnen zuständig, das Thema bleibt ein »Sonderfall« auch innerhalb feministischer Forschung. Erst 1991 erschien in Deutschland in der Reihe *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* der Band »Geteilter Feminismus«, wo fast einheitlich festgestellt wurde, dass im weißen Feminismus Rassismus, Migration und Antisemitismus bisher keine Themen waren.

Hinter den Bildern der »muslimischen Frau« lässt sich ein altbekanntes Muster erkennen: die Konstruktion eines »Orients« als westliche Projektionsfläche. Mit Beginn des 19. Jh. wurden Orientalinnen in der Malerei, in der Literatur etc. als exotisch und erotisch besonders anziehend dargestellt. Das geheimnisvol-le Haremsleben wurde in zahllosen Reiseerzählungen ausgiebig geschildert und ausgeschmückt, wobei diese vielmehr Aufschluss über die erotischen Phantasien des weißen westlichen Mannes geben dürften als über den »wahren« Orient. Die fremde Frau wurde zum Inbegriff des Begehrens. Dieses Interesse für eine unbeherrscht ausgelebte »orientalische« Sexualität muss dabei im Kontext der damaligen Sexualitätsnormen Europas gesehen werden. Handlungen, die damals offiziell verboten waren, konnten auf diese Weise phantasmatisch in den Orient verlagert werden. Das Ideal der europäischen Frau als keusch, zurückhaltend, kultiviert etc. blieb unangetastet bzw. wurde dadurch gestärkt. Es gibt in den Diskursen der Jahrhundertwende ein Thema, das sich bis in unsere Zeit durchzieht: die Feststellung, dass sich die Orientalin in einer hoffnungslos unterdrückten Lage befindet und dass der Westen sie aus dieser Situation erlösen müsse. So zählt »die türkische Frauenfrage« seit der Jahrhundertwende zu einem »Lieblingsthema der Deutschen« (M. Akkent / G. Franger 1987: Das Kopftuch – Basörtü). Orientzeitschriften, Boulevardzeitschriften oder deutsche Frauenzeitschriften äußern sich zu der Frage, wie die türkische Frau sich aus ihrer Lage emanzipieren könne. Zu den unumstößlichen »Wahrheiten« über die Orientalin gehört auch (neben ihrer »Schönheit«) die symbolische Veräußerung ihrer Unterdrückung durch das Kopftuch oder den Schleier.

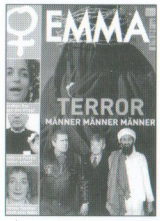
Dieses »Orientalismusparadigma« (H. Lutz 1992: Rassismus und Sexismus, Unterschiede und Gemeinsamkeiten) hat an Erklärungspotential und Aktualität nichts verloren. Orientalismus steht dabei für die »fundamentale Andersartigkeit des Orients gegenüber dem Westen«. Der Islam wird zu einem dominanten Erklärungsprinzip für die Unterdrückung der Frau erhoben, wobei implizit und explizit die christliche, westliche Kultur den unmarkierten Maßstab bildet. Es gibt bei türkischen Frauen heute ganz unterschiedliche Motive für das Tragen eines Kopftuchs (vgl. Franger / Akkent), bei vielen gehört es einfach zur Kleidung und hat keine religiöse oder politische Bedeutung oder es wird bewusst als Zeichen von Autonomie und Widerstand getragen. Dies wird hierzulande jedoch kaum als ernstzunehmende Wahl dargestellt.

Das Kopftuch ausschließlich als Symbol für patriarchale Unterdrückung und Religiosität zu sehen, hat auch innerhalb der weißen deutsche Frauenbewegung Tradition, vor allem in Abgrenzung zum Islam oder zu »den Musliminnen« als scheinbar homogener religiöser Gruppe. Innerhalb der »Kopftuchdebatte« hat sich besonders die Zeitschrift *Emma* mit stereotypen Zuschreibungen hervorgetan. Auch die Beliebtheit des Buchs »Nicht ohne meine Tochter« von Betty Mahmoody (1988), die Debatten um die Anstellung einer Lehrerin mit Kopftuch im Schuldienst oder die *Emma*-Sondernummer zum Golfkrieg (1991) sind in diesem Kontext zu betrachten. Dort heißt es: »Eine zerfetzte Jeans anziehen, sich die Haare gelb oder blau färben, das sind Befreiungsakte gegen die geltenden Konventionen. Aber seine Haare unter einem Kopftuch verstecken, das ist ein Akt der Unterwerfung. Er überschattet das ganze Leben einer Frau.« (E. Badinter) Fatima Mernissi wird vorgestellt als eine »moderne Scheherazade«. Sie ist »im Harem aufgewachsen, hat in den USA studiert und lehrt heute als Soziologieprofessorin in Rabat. Ihre Mutter war Analphabetin und ging verschleiert. Die Tochter hat nie einen Schleier getragen und in all ihren Büchern dagegen gekämpft. In ihrer Wohnung stehen ein Computer und ein Fax.« Kopftuchträgerinnen werde zu »Marionetten von Männerbünden«. (alles in *Emma* 1991)

Die immense Bedeutung und die Aversionen gegen das Kopftuch verleiten vielmehr zu Rückschlüssen auf dessen konstitutive Bedeutung für die weiße Frauenbewegung als auf die Bedeutung, die es für die Trägerinnen selbst hat. Scheinbar benötigen »unsere« Vorstellungen und Bilder von westlicher und moderner Emanzipation immer wieder die Vergewisserung und damit die Rekonstruktion der Unterdrückung und Rückständigkeit der Anderen – der »islamischen Frau«. »Denn die Hierarchie zwischen einheimischen und eingewanderten Frauen wird wesentlich über den Emanzipationsdiskurs abgesichert. Das hat zur Folge, dass Emanzipation vielfach mit ethnischer Privilegierung verwechselt wird.« (B. Rommelspacher, *taz*-dossier zum 8.3.02)

III.

Diese scheinbar alten Kopftuch-Debatten erlangen neue Wichtigkeit, da einige der rassistisch konnotierten Bilder und Argumente – unter dem Vorzeichen weiblicher Emanzipation oder der Rettung des zivilisierten Abendlandes – in den Auseinandersetzungen um den Krieg in Afghanistan wieder auftauchen. Nach dem 11.9. werden Frauen und Mädchen mit Kopftuch in der BRD verstärkt wahrgenommen und diskriminiert. Kopftuch = Islam = Unterdrückung = Gefahr, so lautet die reflexartig einsetzende Assoziationskette. Der Islam gerät zum neuen Feinbild, zur



scheinbar äußeren Bedrohung unserer Werte, die es gemeinsam zu verteidigen gilt und uns darin alle zu »Amerikanern« (oder Deutschen) werden lässt. Ohne die unterschiedlichen Formen der Verschleierung gleichzusetzen (dies käme einer Verharmlosung von Burka oder Taliban gleich), geht es an dieser Stelle um die *Symbolik* von Verschleierung, um die Bilder, die im aktuellen Diskurs aktiviert und funktionalisiert werden. Es geht um eine differenzierte Positionierung jenseits eines Pendelns zwischen paternalistischer Viktimisierung bzw. rassistisch konnotierten Bildern der »Orientalin« und kulturrelativistischen Positionen, die letztendlich handlungsunfähig machen.

Das Kopftuch als Symbol wird insbesondere in der Medienpräsenz der verschleierten Frau bzw. der entschleierten und damit ›befreiten‹ Frau aufgegriffen. (Bezeichnender Weise hat *Emma* nicht nur Artikel sondern sogar das Titelblatt der Golfkriegsausgabe für das Heft nach dem 11.9. – nach dem Motto »Wir haben es schon immer gewusst« – wiederverwendet). Die Zeitungen waren voll mit Bildern afghanischer »unsichtbarer« Frauen, die es zu befreien galt. Doch welche Assoziationen werden bei uns selbst geweckt, wenn der Ganzkörperschleier gelüftet wird: das Geheime und Verbotene kommt zum Vorschein, und – welch Überraschung – eine wunderschöne ganz und gar nicht barbarisch aussehende »Orientalin« steckt darunter. Eine Verschränkung von rassistischen und sexistischen Konstruktionen wird deutlich: Das »Andere« wird nicht nur zum angstbesetzten Verworfenen, das das eigene Selbst bedroht, sondern auch zum exotisierten und erotisierten Begehrensobjekt. Das zum »Fremden« und »Unzivilisierten« homogenisierte Andere bleibt jedoch nicht im fernen Afghanistan, sondern bedroht uns potentiell im eigenen Land. Nur so ist es möglich, dass der nach Multikulti-Manier wohlintegrierte ausländische Student oder Computerinder, im nächstem Moment zur größten Gefahr für die innere Sicherheit in Form eines potentiellen »Schläfers« werden kann. In den hiesigen Medien werden Bilder des »gefährlich Fremden« und Nichtintegrierbaren – z.B. in Form einer Frau mit Kopftuch (bspw. *Spiegel* 24.9.01, S. 52 oder *Berliner Zeitung* 20.3.02, S.6) – innerhalb der Diskurse um Innere Sicherheit und Einwanderung genutzt, um sog. Sicherheitspakete und massive Einschränkungen der AusländerInnen- und Bürgerrechte durchzusetzen.

Aus antirassistischer und postkolonialer Perspektive wird das Kopftuch auch als Möglichkeit des Widerstands gegen den Assimilationszwang in die deutsche weiße Leitkultur interpretiert und damit als widerständige Emanzipationsmöglichkeit, als »Schleier vor der exotisierten Konsumierbarkeit der Anderen«. Die schleiertragenden Migrantinnen entziehen sich der Sichtbarkeit und exotisierenden, erotischen Konnotation des westlichen männlichen Blicks und repräsentieren das gefährliche nicht integrierbare Fremde. Die Migrantinnen besetzen das Symbol der Fremdheit für sich positiv und fordern selbstbewusst eine Integration, indem sie z.B. eine Anstellung in den Staatsdienst einfordern. Und insofern – das zeigen auch die empört-aggressiven Reaktionen – lösen sie eine »Krise der hegemonialen Repräsentation aus, wie sie gerade über die Massenmedien vermittelt wird.« (M. Terkessidis 1999: Globale Kultur in Deutschland) Das Kopftuch einzig als Gegenbild und Provokation der deutschen Norm anzusehen, greift jedoch zu kurz, das Geschlechterverhältnis wird dabei ausgeblendet. Nur der weibliche Körper wird verhüllt und damit wieder markiert.

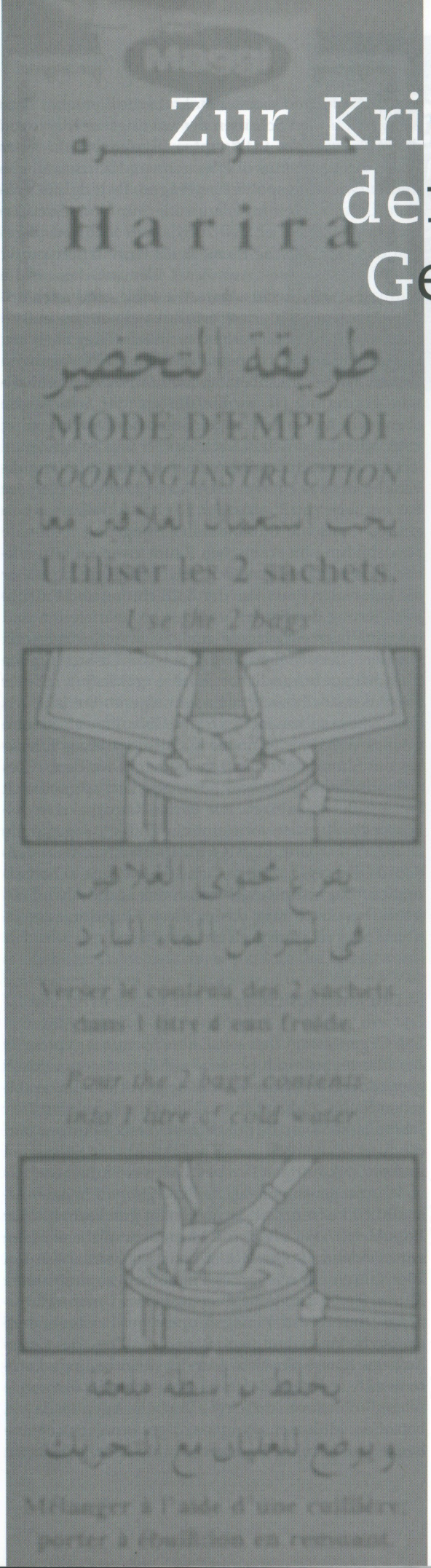
Debatten, die sich mit dem politischen Islam beschäftigen, sind nicht per se als rassistisch zu bewerten, jedoch können sie schnell zu solchen werden, bedient man sich der herkömmlichen Stereotypen, die Unterschiede und innere Widersprüche verschwinden lassen und einheitliche Gruppen konstruieren. Das angeblich Differente wird immer wieder aufs Neue geschaffen und als scheinbar homogene Gruppe dargestellt: die »Ausländer«, die »Türken«, die »Moslems«. Nur die »Deutschen« erscheinen so als differenziert, individualistisch, tolerant etc., was die eigenen Konstitutionsbedingungen verschleiert. Allein das »Stückchen Stoff« Kopftuch hat gezeigt, wie verschiedene Machtverhältnisse miteinander verknüpft sind, in welchen unterschiedlichen Kontexten und auf unterschiedlichen Ebenen sie wirkungsmächtig werden.

Differenzen existieren nicht im luftleeren Raum, sie bezeichnen strukturelle (Macht-)Verhältnisse. Daher ist eine Kritik von Phänomenen wie z.B. des politischen Islams und seinem unbestrittenen antisemitischen Gehalt zwar unerlässlich, jedoch muss der historische Kontext (Kolonialismus, Orientalismus, Rassismus), die eigene Verwobenheit in unterschiedliche Machtverhältnisse und der eigene Sprechort (Weißheit, AngehörigeR der Dominanzkultur) und die gesellschaftspolitische Relevanz (bezogen auf den bundesdeutschen Kontext z.B. Migrationsdiskurs, Innere Sicherheit) mitgedacht werden. Der Islam definiert sich nicht bloß über eine Negation der Moderne oder durch religiöse Traditionen. Vielmehr beinhaltet der Islam sowohl Anknüpfung als auch Kritik am westlichen Projekt der Moderne und ist nicht reduzierbar als dessen Antipode.

Eine feministische Analyse muss immer in Bezug zum »Außerhalb« gedacht werden, weg von einer internen Feminismusdebatte hin zu den »externen« Kontexten. Dazu gehört nicht nur eine Analyse weiblicher Unterdrückung, sondern auch antisemitische, rassistische und hegemoniale Strukturen in diese mit einzubeziehen und die Verwobenheit der eingenommenen Perspektiven und Aussagen innerhalb eines sozialen / ökonomischen, historischen und diskursiven Raums zu betrachten. Für eine radikale Linke ergibt sich die Notwendigkeit, sich ihrer Partikularität bewusst zu werden statt sie zu leugnen, und sie als solche auszuweisen statt sie erneut zu universalisieren. Eine Kritik wird durch die Einsicht in die Komplexität der Machtverhältnisse nicht verunmöglicht, sondern könnte sich neue Impulse und Anknüpfungspunkte schaffen. Mit neuen Polaritäten, vereinfachten Feindbildern und eindimensionalen Analysen wird das sicher nicht gelingen.

Anette Dietrich, Andrea Nachtigall

Zur Krisensituation der arabischen Gesellschaften



Die ideologische Konstruktion »Bin Laden« stellt einen virtuellen Konflikt, ein globales Krisenszenario dar, in dem im Lichte der neuen Terroranschläge in den USA vergangene, gegenwärtige und zukünftige Gewaltphänomene verdichtet, homogenisiert, in ein Zwei-Welten-Schema eingeteilt und simplifiziert werden. Zwei Welten, die antithetisch erscheinen: die zivile Welt gegen die Barbarei, die freie Welt gegen die Tyrannei, die christliche gegen die islamische Welt. Dabei wird die Konstruktion des absolut Bösen, des islamischen Fundamentalismus bemüht, die längst einen wissenschaftlich wie politisch institutionalisierten common sense darstellt. Die unsinnige Formel »Bin Laden« kontra »Weltallianz« vermittelt nichts anderes, als dass der Terror eine Definitionssache der Gewaltmonopolisten ist: Wer Terrorist ist, das bestimmen wir!

In den arabischen Ländern deutet dieser virtuelle Konflikt zugleich auf einen »realen« Konflikt zwischen einem nach Teilhabe an Macht und Herrschaft strebenden, oppositionellen konservativ-liberalen Block und den herrschenden Militärdiktaturen hin.

Die Krise des staatszentrierten Entwicklungsmodells

Seit den 70er Jahren befinden sich die arabischen Länder in einer tiefgreifenden strukturellen Krise. Sie erleben Umstrukturierungsprozesse, die nicht zuletzt mit der Krise des Fordismus in den metropolitanen Ländern und den dadurch bedingten Globalisierungsprozessen zusammenhängen. Ökonomisch äußert sich die Krise im Scheitern der jeweiligen, hauptsächlich staatszentrierten Entwicklungsstrategien und in den dadurch bedingten Liberalisierungs- und Strukturanpassungsprozessen. Ideologisch drückt sich die Krise nicht nur in der Verschiebung weg vom arabischen Nationalismus hin zum Islam-Diskurs aus, sondern vor allem im Kampf um die Definition der Krise selbst.

Das Auftreten von neuen politischen Akteuren in den arabischen Ländern ist unmittelbar mit der Problematik der Krise verknüpft. Die Kräfteverhältnisse in den arabischen Ländern befinden sich heute in einer entscheidenden Phase der Verschiebung, was zu neuen gesellschaftlichen Konfigurationen führt. Den wichtigsten Teil der hierin verwickelten Akteure stellen die *islamitischen Gruppen* dar.[1]

Aus der Perspektive der kapitalistischen Zentren geben Letztere ein neues Feindbild ab, das seit dem Fall der Mauer international als Ersatz für den Antikommunismus dient. Die islamitischen Gruppen werden zum einen in Verbindung mit der Immigration muslimischer Arbeitskräfte in den Industrieländern als kulturelle Bedrohung inszeniert und zum anderen zur Bedrohung von Stabilität und Sicherheit im ökonomisch und geostrategisch wichtigen Raum Arabien hochstilisiert. Die antidemokratisch-autoritären Praxen der herrschenden Regime in diesem Raum erfahren dadurch eine Legitimation ex negativo: nicht die jeweiligen Bevölkerungen entscheiden selbstbestimmt über die Rechtmäßigkeit und das politische Überleben dieser Regime, sondern ihre Funktion als nationale und regionale Gendarmerie beschert diesen Regimes eine politische Rente. Dadurch werden alle Akteure, gleich welcher Couleur, auf einen Haufen geworfen. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Die gewaltsame Unterdrückung hält weiter an, und jede friedliche Austragung von Konflikten wird verunmöglicht.

Neue politische Akteure

Bei den islamitischen Kräften handelt es sich als zugleich populistischen und populären Akteuren weder vorrangig um kulturelle noch um religiöse, sondern um genuin politische Bewegungen. Sie sind nicht nur auf einzelne *Issues* orientiert, sondern soziale Bewegungen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal oder reformistisch verändern wollen. Diese Bewegungen sind Teil und Ausdruck der Krise der Gesellschaftsformationen im arabischen Raum, ihr Auftreten ist nicht zuletzt den Strategien des Krisenmanagements der herrschenden Machtblöcke zu verdanken.

Um jeden einfachen Kausalnexus auszuschließen, ist festzuhalten, dass es einige dieser Akteure schon vor der Krise gab, und dass sie bei der Auslösung der Krise mitwirkten. Erst im Zuge der Krise in den 70er Jahren jedoch traten die islamitischen Gruppen in größerem Umfang auf der politischen Bühne auf. Ab 1977 durften z. B. in Ägypten qua Gesetz politische Parteien gebildet werden und sich zur Wahl stellen, wobei das Gesetz zunächst so konzipiert war, dass es konservative Parteien wie die *Muslimbrüder* sowie kommunistische und nasseristische Parteien ausschloss. Die Organisierung der islamitischen Gruppen als politische Parteien war ein entscheidender Moment in der Umgruppierung der Klassenverhältnisse, die im Folgenden noch dargestellt wird.

Die Sehnsucht nach dem Ursprung, nach den sogenannten Fundamenten des wahren Islams ist diskursanalytisch als ein performativer Akt zu verstehen. Der Islam als Diskurs ist weit mehr als eine Religion im engeren Sinne. Bei dem *Islam-Diskurs* haben wir es mit einer Formation zu tun, in der sich diverse ideologische Elemente artikulieren: nationalistische, panarabistische, sozialistische, sozialdemokratische, feudale etc. Im Islam-Diskurs sind aber auch Elemente der traditionellen religiösen Institutionen als Teil der »ideologischen Staatsapparate« im Sinne Althussers sowie lokale und regionale kulturelle Praxen wiederzufinden. In den 50er Jahren dominierten im Islam-Diskurs sozialistische und sozialdemokratische Elemente. Dies zeigt sich in den Schriften der wichtigsten Ideologen der *Muslimbrüder* in Ägypten, Syrien etc. In jener Phase des Fordismus überwogen wohlfahrtsstaatliche und entwicklungspolitische Fragen. Es ging um »soziale Gerechtigkeit im Islam« oder um den »Sozialismus des Islams«. Seit den 70er Jahren fungierte dagegen das legalistische Element als Gravitationspunkt des Islam-Diskurses. Auf dieses Element, das auf die Bildung eines »Rechtsstaates« abzielt, sind auch andere Momente hin orientiert: Privateigentum, individuelle Freiheiten, Sicherheit, rechtliche Gleichheit etc. Die einzige allen Gruppen, Parteien und Bewegungen von rechts bis linksliberal gemeinsame programmatische Forderung ist die Einführung der *Scharia*, die eben nicht nur in dem engen Sinne der Durchsetzung einer alten islamischen Rechtssprechung zu verstehen ist, sondern auch im allgemeineren Sinne der Verwirklichung eines Rechtsstaates.[2] Das legalistische Element hat insofern zur Popularität des Islam-Diskurses beigetragen, als die Entkolonialisierung und nationale Staatsbildung im arabischen Raum zwar ein bürgerliches Gesetzbuch formal mit sich brachte, de facto aber die kolonialen Praktiken der Entrechtung und Entsubjektivierung der Bauern und der proletarisierten und marginalisierten Klassen und Schichten fortgesetzt wurden.[3] Letzten Endes wird im Islam-Diskurs um die Einführung bürgerlicher Rechte gekämpft. Dieser »Rechtsstaat« braucht aber sein eigenes Subjekt. Als ein wichtiges Element des Islam-Diskurses, als ideologisches Verhältnis, kann die Konstitution eines Subjektes (im Sinne Althussers) ausgemacht werden, eines »islamischen« Subjektes: der gesellschaftspolitisch handelnde »Gläubige«. Die in der Retrospektive diskursiv konstruierte vorislamische Zeit, die sogenannte *Jahilliya* (»Barbarei, Unwissenheit«) stellt nichts anders dar als die gegenwärtige, krisenhafte Gesellschaftssituation. Die historische Mission des islamischen Subjektes bestünde nun darin, diese Situation revolutionär oder reformistisch umzuwälzen.

Die Muslimbrüder

Die Organisation der *Muslimbrüder* aus Ägypten ist der älteste, politisch prominenteste und geopolitisch grenzübergreifendste islamitische Akteur im arabischen Raum. Anhand ihrer Entwicklung seit den 70er Jahren lassen sich die politischen Verschiebungen und die Veränderungen der Konfliktformen, Strategien und der zukünftigen Perspektiven verdeutlichen.

Warum gewannen solche Bewegungen in einer erstaunlich kurzen Zeit dermaßen an gesellschaftlicher Popularität? Vor allem die Migration spielt hier eine entscheidende Rolle. Migration ist spätestens seit den 70er Jahren ein relevantes Phänomen im arabischen Raum. Sie ist durch die ökonomischen Umstrukturierungs- und Privatisierungsprozesse und insbesondere durch die Vertreibung von Bauern im Zuge des *Comeback* der Klasse der Großgrundbesitzer bedingt. Letzteres führte zu gravierenden sozialen und ökonomischen Problemen. Am schwersten war Ägypten davon betroffen. Millionen waren dazu gezwungen, sich insbesondere in den Ölmonarchien als Arbeitskräfte zu

verdingen. Politisch wurde diese Situation am raffiniertesten von den *Muslimbrüdern* ausgenutzt, die ihre Anhänger nunmehr in alle Zielländer der Migration schickten und die bei der Politisierung der jeweiligen Bevölkerungen, vor allem ihrer Bildungseliten, eine zentrale Rolle spielten. Dabei wurde insbesondere die Golfregion ins Visier genommen, was dadurch erleichtert wurde, dass die *Muslimbrüder* bei den konservativen Monarchien einen höheren Status genossen. Die Wirkung dieser Politisierung zeigt sich bei der Formierung von islamitischen Gruppen und Parteien in dieser Region, die mittlerweile eine entscheidende Rolle neben den Liberalen in der Opposition spielen.

Zivilgesellschaft und Demokratisierung im arabischen Raum

Die gescheiterten Versuche der politischen Veränderung gegen und durch den Staat in den 70er Jahren führten in den 80er Jahren, verstärkt Anfang der 90er, zu Auseinandersetzungen hauptsächlich im Vorfeld des Staates. Wir können drei Phasen in dieser Entwicklung unterscheiden:

In den 70er Jahren ging es vor allem um Umstrukturierungsprozesse in den Machtverhältnissen, bei denen es sich einerseits um die Ausgrenzung von alten politischen Akteuren (meist linken Kräften) aus den Staatsapparaten, ihre Verdrängung von der politischen Bühne handelt, während an ihrer Stelle neue Kräfte einziehen. Der bürokratische und militärische Apparat wird umstrukturiert, neue Parteien bilden sich, alte werden reformiert. Längst verdrängte Kräfte erleben ihr Comeback, insbesondere die Großgrundbesitzer nach den Landreformen in der 70er und 80er Jahren. Vertreter der sich neu formierenden Finanz-, Handels- und Industriegruppen, Gruppen des tertiären und informellen Sektors usw. gewinnen in den Staatsapparaten an Einfluss. Andererseits treten auf der gesellschaftlichen Ebene verstärkt neue politische Akteure auf: die islamitische Bewegung, die Frauenbewegung, Menschenrechtsgruppen, die Studentenbewegung und Gewerkschaften. Die etablierten politischen Regime spielen die diversen politischen Akteure in ihren Strategien des Krisenmanagements und denen der Konsolidierung ihrer Machtposition gegeneinander aus und entwickeln eine der Machtkonsolidierung im Staat komplementäre Fraktionierungsstrategie.

Sieht man von einigen Splittergruppen wie z. B. dem *Jihad* in Ägypten, die weiterhin gewaltförmig agieren, ab, so findet in den 80er Jahren eine Verschiebung der konfrontativen Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den gesellschaftlichen Akteuren hin zu einer gesellschaftlichen Debatte um Zivilgesellschaft und Demokratie statt, welche sich auch im reformistischen, koalitions- und kompromissfähigen Charakter der politischen Akteure und im Boom von diversen privaten Vereinigungen und Organisationen zeigt. Dabei ist der Versuch der *Vereinnahmung* der Begriffe seitens der diversen Akteure zu registrieren. Die islamitischen Gruppen versuchen z. B. den historisch-gesellschaftlichen Kontext und den ideengeschichtlichen Hintergrund von Begriffen zu verschieben: »Gemeinschaft« tritt an die Stelle von Zivilgesellschaft; der »Gläubige« an die Stelle des Bürgers, universale Menschenrechtskonzeptionen werden durch Menschenrechte *im* Islam ersetzt, der »Kommunalismus« wird als ein Widersprüche und Konflikte ausmerzender Romantizismus propagiert. Anfang der 90er Jahre lassen sich die Entstehung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Teilerfolge bei der Durchsetzung demokratischer Forderungen beobachten.

Indessen zeichnet sich Ende der 90er Jahre ab, dass die Reformversuche gescheitert sind und das Machtmonopol der herrschenden Regime weiter besteht. Dies hat nicht zuletzt mit der Durchsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen im Laufe der 90er Jahre zu tun. Seit Mitte der 90er Jahre sind erneut verstärkte Repression, willkürliche Verfolgungen und Inhaftierungen sowie die Bekämpfung von zivilgesellschaftlichen Institutionen und politischen Parteien zu registrieren.

Das »Islam-Kapital«

Was ist eine islamische Ökonomie? Gibt es so was wie eine theologische Ökonomie? Oder ist diese Frage falsch gestellt, weil dieser Begriff einen Widerspruch in sich darstellt bzw. zwei distinkte Praxen diskursiv vermengt? Ich werde zunächst die ökonomische Praxis des *Islam-Kapitals* komprimiert darstellen, um dann die ökonomisch falsch gestellte, jedoch ideologisch und politisch brisante Frage nach einer islamischen Ökonomie zu beantworten, d. h. sie ökonomisch zurecht zu rücken und den gesellschaftspolitischen Kern dieser Konstruktion zu präzisieren.

Mit dem Begriff des *Islam-Kapitals* bezeichne ich ökonomisch bestimmte nichtmonopolistische Kapitalfraktionen (in Industrie, Handel und Finanzwesen) und den politisch-ideologischen Kitt dieser Fraktionen. Dadurch wird eine Grenze innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten gezogen, anhand derer Widersprüche und Konflikte in der herrschenden Klasse sichtbar gemacht werden können.

Der entscheidende Punkt des Islam-Kapitals ist in diesem Kontext sein Verhältnis zum Zins. Dieser wird als Wucher definiert und dementsprechend verboten. Die Strategie der zinslosen Investitionen war einerseits durch die globale Krise der Regulation des Geldes und die Privatisierung der Kapitalmärkte und andererseits durch die Ölkrise bedingt. Die Überakkumulation an Geldkapital nahm mit den gigantischen Öleinnahmen im arabischen Raum die Form des »Pe-

trodollars« an. Mit den Petrodollars fand spätestens seit 1974 eine ökonomische, geostrategische und politische Achsenverschiebung statt: von einer ehemals dominanten panarabistischen und sowjetisch orientierten Konstellation hin zu einer konservativ-neoliberalen unter der Schirmherrschaft der USA und der Regionalmächte Ägypten und Saudi-Arabien. Die neoliberale Strategie zielte in Ägypten darauf ab, die Petrodollars durch die Liberalisierung in das Land zu locken. Gleichzeitig verfolgte Saudi-Arabien ein konservatives Hegemonieprojekt, das auf die Zurückdrängung nationalistischer, panarabistischer und sozialistischer Kräfte abzielte, was eine Interessenidentität mit dem ägyptischen Sadat-Regime bedeutete. Aus dieser Zeit datiert das finanzielle Netzwerk des Islam-Kapitals.

Doch welche ökonomische Praxis bildete den Hintergrund für diese Entwicklung? Einerseits gab es lokale, kollektive Sparpraktiken unter den Lohnabhängigen. Die Verteilung des kollektiv gesparten Geldes erfolgte nach dem Rotationsprinzip. Andererseits spielt hier die Gründung besonderer lokaler Sparkassen im Jahre 1963 in Ägypten unter Nasser eine Rolle. Deren Funktion war es, lokale Kleinprojekte von Bauern und Kleinbetrieben mit zinslosen Krediten zu versorgen und gleichzeitig Sozialfürsorge durch einen speziellen Zakatfund (arabisch: »auf individueller, freiwilliger Basis bezahlte Almosensteuer«) zu betreiben. Diese, eher nichtkapitalistischen Produktionsweisen entsprechenden ökonomischen Praxen stellen den Hintergrund für das Islam-Kapital dar.

In den 70er Jahren, verstärkt in den 80ern, entwickelte sich ein Netzwerk von Banken, Versicherungen, Immobilienfirmen, Sparkassen etc. in den Golfstaaten und in Ägypten, später auch mit Niederlassungen im Ausland (London, Dänemark, Schweiz etc.), wobei sich der Schwerpunkt tendenziell vom Industriekapital hin zum Handels- und Geldkapital verschob. Das islamische an diesen Geldinstitutionen ist vor allem ideologischer Natur. Ökonomisch kann das Zinsverbot durch institutionelle, diskursive und finanztechnische Praktiken ad absurdum geführt werden (so z. B. durch die Delegation der Spekulation an stellvertretende, ausländische Geldinstitutionen, durch die Umdefinierung des Zinses in Preis, Dividende oder durch Gewinnbeteiligungen etc). Das Etikett Islam kann qua institutioneller »Anrufung« (Althusser) als absatzfördernde Marke, zur Kundengewinnung und zur Mobilisierung von Geldkapital, das ansonsten schwer vom Staat und ausländischen Geldinstitutionen akkumuliert werden kann, dienen. Denn ein Problem liegt darin, dass viele Menschen entweder dem Staat und dem Auslandskapital aufgrund vergangener Erfahrungen nicht trauen oder moralische Hemmnisse dagegen spüren. Zum Zweiten investieren einige aus sozialen und ideologischen Gründen, weil sie erwarten, dass diese Institutionen islamische Einrichtungen unterstützen. Der Islam-Code fungiert also als ein ideologisches Moment der Regulation des Geldes und der Konkurrenz. Er wird so zu einem »Standortvorteil« des nichtmonopolistischen Kapitals in der Konkurrenz gegen die mit dem Staat verbundene Kompradorenbourgeoisie und das ausländische Monopolkapital.

Überwiegt noch bis Anfang der 70er Jahre in den fordistischen und sowjetischen Produktionsweisen das kollektiv-korporative Moment und die monopolistische Regulation, so werden Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre im jetzt dominanten Neoliberalismus individuelles Privateigentum, Marktwirtschaft und eine konkurrenzgesteuerte Regulation propagiert. Diese Verschiebung deutet auf einen Konflikt innerhalb der herrschenden Klassen hin: im Islam-Kapital drückt sich das nichtmonopolistische Moment in relativer Abgrenzung zum Monopolkapital aus, das in diesem Raum mit den Staatsunternehmen und dem ausländischen Kapital der multinationalen Konzerne zusammenfällt. Dementsprechend wird vom Islam-Kapital ein liberales Konzept des Staates und des *laissez-faire* gefördert, dessen Funktion darin liegt, Sicherheit und freie Konkurrenz zu gewährleisten. Ausbeutung wird indes mit Monopolkapital und Staatsökonomie gleichgesetzt. Diese Vorstellung ist aus der Sicht des Islam-Kapitals insofern konsequent, als durch die über den Staat vermittelte Monopolstellung gewisse Großunternehmungen von den Begünstigungen profitieren, die sich aus exklusiven Rechten zur Ausbeutung von strategischen Ressourcen, Lizenzen, Kreditvergaben etc. ergeben. Durch die Vermittlung von Finanz- und Handelscliquen sowie bürokratischen Eliten entstehen auf der Basis von Joint-ventures zwischen dem internationalisierten Kapital und dem Staat exportorientierte Enklaven und freie Handelszonen. Dagegen werden mit der Liberalisierung der Ökonomie durch den Wegfall von Subventionen und Schutzzöllen kleine und mittlere Betriebe, die lokal und national agieren und die nicht mit dem Monopolkapital vernetzt sind, vernichtet, da sie der internationalen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert sind. Daher propagiert das nichtmonopolistische Kapital die ethische und soziale Verantwortung in Konkurrenz zum Staat, dem ausländischen Monopolkapital und den Finanz- und Handelscliquen. Unter diesen Umständen unterstützt es strategisch die kollektiven und genossenschaftlichen Produktionsformen von kleinen und mittleren Betrieben sowie Bauernkollektiven, wobei hierin ein politisches und ideologisches Moment steckt, eine grenzübergreifende Entwicklungsstrategie unter der Dominanz des konservativ-liberalen Blocks, der tendenziell auf eine monarchistische Regimeform zusteuert.

Dieses Kapital versucht auch, sich seinen eigenen »inneren« Markt zu schaffen, indem es zur Generierung einer islamitischen Konsumnorm beiträgt. Seit Ende der 70er Jahre lässt sich die Tendenz der Durchsetzung von Lebensstilen, Konsumgewohnheiten und

kulturindustriell vermittelten Mustern der Freizeitgestaltung islamitischer Prägung beobachten. In dieser Konsumformation artikulieren sich diverse Elemente unter der Dominanz einer islamitischen Lebensweise, die durch »feine Klassen- und Schichtenunterschiede« hierarchisiert ist und deren Produktions- und Zirkulationsnetz von der Textilindustrie über Modehäuser, Werbeagenturen, Design- und Verkaufzentren bis hin zur kulturellen Raumgestaltung reicht. Die angestrebte, klassenübergreifende islamitische »Uniformierung« ist bloß optisch, reproduzieren sich doch de facto die Unterschiede und die hierin immanente Konkurrenz in einer spezifisch konservativen Form. So werden die Konsumgewohnheiten und Waren für die bürgerlichen und aristokratischen Klassen von renommierten Industrien und Modehäusern in den Zentren produziert, die für das Kleinbürgertum in der Semiperipherie und die für die Bauern und LohnarbeiterInnen hausindustriell und lokal.

Neoliberale Öffnung und konservative Wende

Von der Strategie der neoliberalen *Infitah* (arabisch: »Öffnung«) ab dem Jahr 1974 profitierten nicht zuletzt die Großgrundbesitzer durch die Reprivatisierung von Grund und Boden und finanzielle Entschädigungen für die Landreformen der 60er Jahre. Die Großgrundbesitzer verwandelten sich durch Kapitalkonzentration, Mechanisierung der Landarbeit und Exportbegünstigungen von Agrargütern in Agrokapitalisten. Gleichzeitig wurde mit der Transformation der Landwirtschaft eine massenhafte Vertreibung der Bauern in die Städte und in andere Länder (meist in die Golfstaaten) in Gang gesetzt.

Verlierer der neoliberalen *Infitah* waren neben den marginalisierten Bauern die Lohnabhängigen (wegen Inflation, Reallohnstagnation, Arbeitslosigkeit), kleine Warenproduzenten, lokale Industrien, einfache Angestellte (nicht jedoch die bürokratischen Eliten). Die subalternen Klassen formierten »spontane« Widerstände gegen den Staat, die militärisch blutig niedergeschlagen wurden.

Gemäß der Ethik des Islam-Kapitals werden zivilgesellschaftliche Projekte (der Aufbau von privaten Moscheen als Sprachrohr, von sozialen Einrichtungen, Bildungsstätten, Berufsverbänden, Menschenrechtsorganisationen etc.), die auf eine klassenübergreifende bzw. klassennegierende Netzwerkbildung abzielen und die Funktion von »Schutzgräben« (Gramsci) erfüllen, und politische Wahlkampagnen finanziert, was die wechselnden Allianzen zwischen konservativen, liberalen und linksliberalen Parteien und Bewegungen erst möglich macht bzw. forciert.

Diese, auf demokratischer und reformistischer Basis verfolgte Strategie der schrittweisen Eroberung des erweiterten Staates kann nach Gramsci als Stellungskrieg bezeichnet werden, der sich fundamental von dem durch radikale Gruppen wie *al-Jihad* oder *Takfir wa al-Hijra* in Ägypten an der Peripherie dieses Blocks verfolgten konfrontativen Kurs unterscheidet. Letzterer, der gewalttätige und direkte Angriffe auf Staatsapparate, Entscheidungsträger und prominente Intellektuelle umfasst, kann als Bewegungskrieg charakterisiert werden. Seine Hauptakteure sind hauptsächlich radikal-konservative Studenten und eine traditionelle Intelligenzia, deren Wissen entwertet wurde. Diese Akteure haben die Hoffnung auf eine friedliche und graduelle Verschiebung der politischen Verhältnisse längst verloren.

Radikale islamitische Gruppen: Studententerror?

Bis Mitte der 70er spielten linke Kräfte noch eine wichtige Rolle, vor allem in der Studentenbewegung. Die linken Gruppen waren den von den etablierten Regimes mittlerweile geduldeten islamitischen Studentenvereinen überlegen, jedoch verschob sich das Dominanzverhältnis vor allem seit 1977 zugunsten der letzteren: Grund dafür war vor allem der pragmatische, alltagsorientierte Kurs der Konservativen, der im Gegensatz zu dem eher abstrakt-allgemeinen, staatsfixierten und international orientierten Diskurs der linken Studenten stand. Dies wird am Beispiel der Brotrevolte, des vielleicht größten Aufstands in Ägypten seit Anfang des 20. Jahrhunderts deutlich. Obwohl der Aufstand spontan war und sich vor allem gegen die Entsubventionierung von Nahrungsmitteln richtete, gelang es den islamitischen Kräften, ihre Popularität zu steigern. Wichtig ist, dass die islamitischen Studenten sich selbst radikalisierten, indem sie die Linken verdrängten: Der Radikalismus war ein studentisches Phänomen und zunächst gegen einen inflationären Ausbau der Sicherheitsapparate gerichtet. Gleichzeitig reagiert er auf die Deregulierung und die Entwertung der staatlichen Intelligenzia und des intellektuellen Wissens des traditionellen Kleinbürgertums sowie auf die Aufwertung des neoliberalen Experten- und Managementwissens bürokratischer Eliten.

Die radikalen Kräfte haben auch ihre traditionellen Intellektuellen, die sogenannten Rechtsgelehrten, die ihre Aktionen politisch-moralisch eigenmächtig, d.h. ihrem Selbstverständnis als autonome, rechtsprechende Instanz folgend legitimieren. Dieses Selbstverständnis deutet im Zuge der Unterhöhlung des Staates auf eine nomadisch-bäuerliche Praxis hin, d.h. auf eine privatisierte Form der Gewalt an der Peripherie des Staates. Und in der Tat lässt sich an den Peripherien der arabischen Gesellschaften (auf dem Lande, aber auch in den Städten) eine gewisse Autonomie in der sozialen Organisation feststellen, die von der Bewaffnung und Selbstverteidigung über die Schaffung einer eigenen Rechtsordnung bis hin zur Organisation von Zufluchtsorten für illegale bzw. illegalisierte Kräfte reicht.

In diesem Kontext gewinnt das Phänomen der Migration nicht nur ökonomische und politische, sondern auch ideologische Schattierungen. Einerseits bringt die Migration demographische Verschiebungen mit sich (vom Land zur Stadt und zwischen den Nationalstaaten). Andererseits bedeutet Migration (arabisch *Hijra*) für die Radikalen intellektuell wie räumlich Rückzug zwecks Potenzierung der inneren Kräfte, um Ziele (hier Gesellschaft und Staat) in Angriff zu nehmen, was das nomadische Moment zum Ausdruck bringt.

Gegenwärtige Tendenzen

Über die nationalen Gesellschaftsformationen hinaus finden konservativ-liberale Blockbildungsprozesse statt.

Es gibt jedoch Widersprüche innerhalb dieser und innerhalb der organischen Intellektuellen. Die aktuelle gesellschaftliche und politische Verschiebung lässt sich am deutlichsten anhand eines Segments dieser Intellektuellen aufzeigen. Die traditionelle Intelligenzia entsprach den fordistischen Idealtypen (Ingenieure, Techniker, Technokraten etc.), war staatsfixiert und nationalistisch gesinnt. Selbst bei ihrem radikalen Teil drückte sich die Kriegführung gegen den Staat in konventionellen Mitteln und Techniken aus. Seit Mitte der 90er Jahre zeichnet sich dagegen die Bildung einer neuen Intelligenzia ab, die ich analog zur inneren Bourgeoisie als *innere Intelligenzia* bezeichnen möchte. Diese kann weder in dem schlichten soziologischen Sinne der technischen Kräfte der Staatsapparate verstanden werden, noch allein als ein Segment der organischen Intellektuellen des konservativ-liberalen Blocks in der Zivilgesellschaft. Sie zeichnet sich durch ihre Autonomie, ihr hoch technisiertes Wissen und ihren Internationalismus aus. In ihrer radikalen Variante ist sie durch die Verschiebung des Konfliktterrains und »liberale« Strategien der Kriegsführung gekennzeichnet, d. h. durch die Rekrutierung von Freiwilligen, von Söldnern oder stellvertretenden Kämpfern und durch die private Finanzierung der Terror- und Gewaltakte. Die Kriegsführung des radikalen Teils der »inneren Intelligenzia« steht im Widerspruch zu dem dominant-reformistischen Kurs des oppositionellen Blocks.

Dieser strategische Widerspruch muss in Bezug auf die regionale Unordnung, die Widersprüche innerhalb der inneren Bourgeoisie und die Widersprüche zwischen dieser und den herrschenden Regimes dekodiert werden: Weder erwiesen sich die herrschenden Regime als reformfähig bzw. -willig, noch gelang es dem oppositionellen Block, eine politische Verschiebung herbeizuführen, noch waren die USA, an deren militärische und politische Präsenz ursprünglich viele (unbegründete) Hoffnungen des konservativ-liberalen Blocks geknüpft waren, bereit, den bestehenden Status quo zu verändern.

Was *al-Qaida* und Bin Laden angeht, so ist deren Geschichte als eine amerikanisch-saudisch-pakistanische Co-Produktion der 80er und 90er Jahre bekannt. Politisch ist jedoch von Bedeutung, dass *al-Qaida* in radikaler Form zum Ausdruck bringt, was auch der konservativ-liberale Block politisch anstrebt: Rückzug des amerikanischen Militärs aus der Region, politische Teilhabe in den jeweiligen Staaten und, unter seiner Führung, eine grenzübergreifende Bildung eines einheitlichen arabischen Raumes, die gegen die Fraktionierung dieses Raumes in einen von der EU dominierten nordafrikanischen Raum sowie einen durch die Ölförderung bestimmten »Energieraum« (die Golfregion) und einen Nahostraum im engeren Sinne (Ägypten, Jordanien, Palästina, Israel und Syrien) unter der Kontrolle der USA gerichtet ist. Diese an den Panarabismus der 50er und 60er Jahre erinnernde Strategie ist populär, auch bei den Linken.

Aus der Sicht der USA kommt diese Strategie nicht nur dem politischen Zustand vor dem Golfkrieg im Jahre 1990 gefährlich nahe, sie erscheint noch weit gefährlicher zu sein: Es droht nicht nur der Verlust der verbündeten Monarchien am Persischen Golf, sondern es droht auch noch der neu zu besetzende Energieraum im mittleren Asien verloren zu gehen. Relevant ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass Bin Laden und sein Netzwerk einen Quasi-Staat in Afghanistan darstellen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es dann zweitrangig, ob Bin Laden und *al-Qaida* tatsächlich hinter dem Terrorakt vom 11. September stehen, ob Beweise dafür vorliegen oder nicht. Eins ist allerdings sicher: die USA wie auch Großbritannien haben ein starkes Interesse daran, den nahöstlichen und den zentralasiatischen Raum entsprechend ihren Erfordernissen umzustrukturieren. Für dieses riskante Projekt ist das globale Bedrohungsszenario »Bin Laden« außerordentlich nützlich.

Indessen bestehen die regionalen Konflikte und Instabilitäten weiter. Die Strategie der Terrorbekämpfung der USA bedeutet indes noch mehr militärische Präsenz und Unterstützung, ja eine noch nie da gewesene Legitimierung der herrschenden Regime. Dies kann nur zur Verschärfung der Situation führen.

Sabah Alnasseri

1 — Wegen des propagandistisch-denunziatorischen Charakters der Schlagwörter »islamistisch« oder »fundamentalistisch« ziehe ich den Ausdruck »islamitisch« vor. Er ist eine Hilfskonstruktion, die eine möglichst vorurteilsfreie Analyse ermöglichen soll.

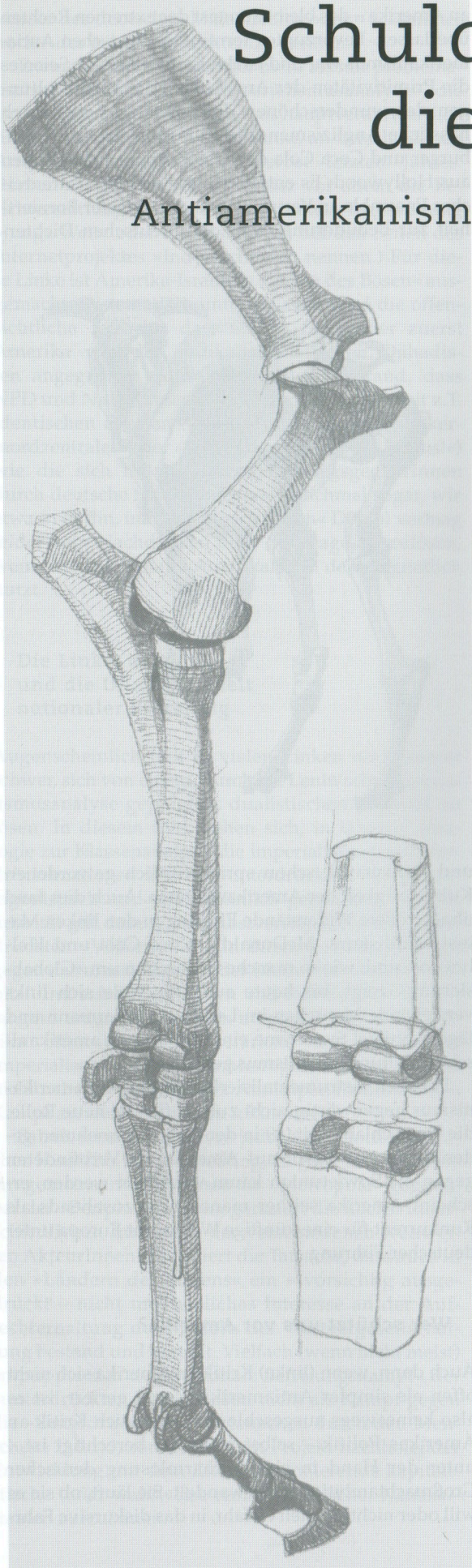
2 — Die Artikulationsform Scharia im Islam-Diskurs muss von autoritär-patriarchalischen Formen der Scharia-Praxis unterschieden werden. Sie stellt weniger eine programmatische Forderung mit konkreten Inhalten dar, vielmehr ist sie ein diskursives Terrain mit widersprüchlichen Elementen, die von der Vorstellung bürgerlicher, individueller Freiheitsrechte, über rechtstaatliche Forderungen (vor allem im Bezug auf Gewaltenanteilung) bis hin zu Vorstellungen von Gerechtigkeit und formaler Gleichheit vor dem Gesetz reichen. Die Träger dieses Diskurses sind keine Rechtsgelehrten, sondern meist städtische Intellektuelle, die nicht nur die Rechtsgelehrten (die traditionellen Intellektuellen), sondern auch die Institutionalisierungsform der Scharia kritisieren.

3 — Die Institutionalisierung der Scharia als Teil des Zivilrechts in den arabischen (und islamischen) Ländern ist dem Kolonialismus geschuldet, der – neben der Einführung des bürgerlichen Rechts für die aristokratischen und embryonal entstandenen bürgerlichen Schichten und vor allem für die europäischen Kolonialisten – die islamische Rechtssprechung als eine Herrschaftstechnik verstaatlichte. Seit den 70er Jahren wird nun diese alte Polarisierung durch die islamitischen Intellektuellen in neuer Form artikuliert.

Eine längere Version dieses Textes wurde in Prokla *125, Dez. 2001, Seite 557 – 577, veröffentlicht.*

Schuld sind immer die Amerikaner

Antiamerikanismus und Antiemanzipation



A Malicious World

Als am 11. September zwei Passagierflugzeuge von Selbstmordattentätern in das New Yorker World Trade Center und ein weiteres in das US-Verteidigungsministerium gelenkt wurden, kam es in den unterschiedlichen Weltgegenden erwartungsgemäß zu höchst unterschiedlichen Reaktionen: Die Stimmung in Amerika schwankte zwischen Trauer, Wut, patriotischen Bekenntnissen und dem Willen nach Vergeltung, in Lateinamerika überwog eine mal, mehr mal weniger offen geäußerte Schadenfreude darüber, dass der ungeliebte große Bruder aus dem Norden nun auch einmal etwas abbekommen hat, und in den palästinensischen Autonomiegebieten schließlich tanzten viele Menschen vor Freude ausgelassen auf den Straßen. Der große und mächtige Verbündete des verhassten Israel zeigte sich verwundbar und damit wuchs die Hoffnung, auch Israel bald verwunden und schließlich besiegen zu können.

In Europa ist die Stimmungslage vordergründig weniger eindeutig. Die ersten Reaktionen – besonders die medialen und politikoffiziellen – schienen denen in den Vereinigten Staaten sehr ähnlich: Pathetisch vorgetragene Abscheu über die 3000 Toten in NYC und eine regierungsamtlich verkündete bedingungslose Solidarität mit den erwarteten Vergeltungsaktionen der amerikanischen Streitkräfte.

Insbesondere Deutschland schien sich – nachdem das Verhältnis zu Amerika in den letzten Jahren merklich abgekühlt war – wieder als wichtigster und treuster Verbündeter auf dem europäischen Festland zu empfehlen. Gleichwohl zeigte sich bald, dass auch hierzulande die Meinung, die USA seien irgendwie auch selbst schuld an den Anschlägen, von nicht Wenigen geteilt wird. Was zunächst nur hinter vorgehaltener Hand geäußert wurde, drückte sich bald auch im medialen Diskurs aus. Interessiert und wohlwollend wurden etwa die Thesen der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy zum 11. September quer durch alle politischen Spektren, von der rechtsextremen *Jungen Freiheit*, über *FAZ* und Uli Wickerts Tagesthemen bis hin zu diversen linken Zeitschriften aufgenommen. Von Korea über Vietnam, Chile, »Palästina«, Irak und Jugoslawien werden die Verbrechen der USA aufgezählt, um in der Feststellung zu münden, dass Amerika eigentlich verdammt Glück gehabt habe, erst zum zweiten Mal in seiner Geschichte für seine »Untaten« zur Verantwortung gezogen worden zu sein. Das erste Mal

war, nach Roy, übrigens der japanische Angriff auf Pearl Harbour, so dass hier perfiderweise selbst der Vernichtungskrieg der Achsenmächte als eine Reaktion auf vorangegangene Aggressionen der USA erscheint.

Zwar ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die amerikanische Geschichte, eine Geschichte von Unterdrückung, Krieg und Ausbeutung ist. Dies gilt aber für die Geschichte des Kapitalismus insgesamt und somit auch für die Geschichte anderer kapitalistischer Nationen. Mensch denke nur an die blutige Unterwerfung Lateinamerikas durch Spanien, das British Empire, den Terrorkrieg des faschistischen Japan, den italienischen Faschismus und nicht zuletzt an die historisch singulären Verbrechen der Deutschen.

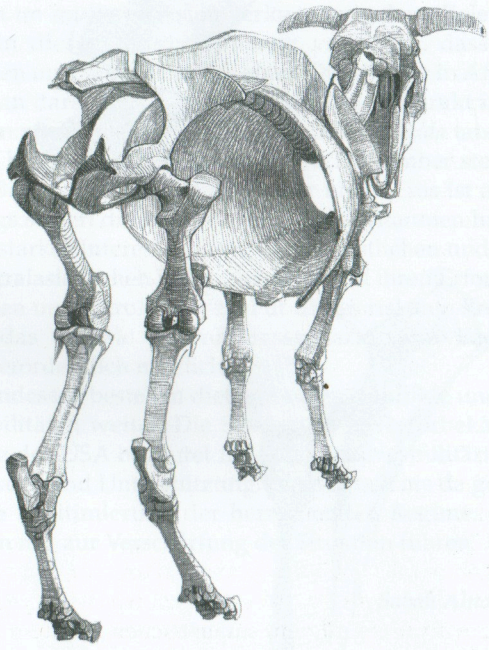
Erlaubt sei an dieser Stelle deshalb die Frage, ob denn in diesem Land mit einer ähnlich abgeklärten Ursachenforschung zu rechnen gewesen wäre, hätten die Attentäter ihr Augenmerk auf Deutschland gerichtet und statt Pentagon und WTC beispielsweise den Frankfurter Messeturm, den Berliner »Reichstag« und Schloss Neuschwanstein in Schutt und Asche gelegt? Wohl kaum. Obwohl dies, ginge es denn wirklich darum, historische Schuld zu vergelten, doch die evidentesten targets sein müssten.

Zu vermuten ist da schon eher, dass es weniger die unschönen Begleitumstände der Außenpolitik der kapitalistischen Weltmacht number one sind, derenthalben kritische deutsche BürgerInnen nun plötzlich Verständnis für die Unterdrückten dieser Welt zu heucheln beginnen, als vielmehr der Umstand, dass es sich hier um genuin *amerikanische* Untaten handelt.

Angriff auf die deutsche Kultur: Big Mac oder Bratwurst

Wenngleich Amerika nach dem verlorenen Krieg für die Deutschen einen gewissen Vorbildcharakter bekam, sich die deutsche Gesellschaft in vielen Bereichen von Politik über die Wirtschaft bis hinein in das kulturelle Feld weitgehend amerikanisiert hatte, haben die Deutschen Amerika den Sieg über den Faschismus doch nie ganz verziehen. Die Titulierung der in Deutschland stationierten US-Soldaten als »Besatzer« und die Verwendung des bis in die 80er Jahre beliebten Slogans »ami go home!«, der seine semantische Nähe zum »Ausländer raus!« des deutschen Alltagsrassismus eigentlich kaum verbergen kann, demonstrierten schon vor Jahren eine prinzipielle Anschlussfähigkeit vorgeblich linker Amerika-Kritik an das antiamerikanische Ressentiment der deutschen NormalbürgerInnen: Tatsächlich empfanden die meisten Deutschen die siegreichen amerikanischen und sowjetischen Truppen eher als Besatzer denn als Befreier. Dass aber ausgerechnet eine Linke, der bewusst hätte sein müssen, dass die Deutschen den Nationalsozialismus niemals selbst hätten besiegen können, da sie selbst in ihrer Mehrheit Nazis waren, ausgerechnet hier den historischen Grund für die Anwesenheit »fremder« Truppen in Deutschland ausblendete, ist mit Ignoranz allein wohl kaum hinreichend zu erklären.

Das antiamerikanische Ressentiment äußert(e) sich zwar selten in einer offenen politischen Kampfansage an Amerika – das bleibt zumeist der extremen Rechten überlassen. Bevorzugtes Terrain des deutschen Antiamerikanismus war und ist das kulturelle Feld: Seien es die Primitivitäten der Ami-Musik, die Verunstaltungen der wunderschönen deutschen Sprache durch hässliche Anglizismen, die Zumutungen von Hamburger und Coca Cola oder die Schundproduktionen aus Hollywood: Es entfaltet sich hier ein facettenreiches Ensemble an Vorurteilen und nationaler Borniertheit zur Bebilderung einer dem deutschen Dichter-



und Denkervolk schon sprichwörtlich gewordenen Kulturlosigkeit der AmerikanerInnen. Auch dies fand ohne größere Widerstände Eingang in den linken Mainstreamdiskurs: McDonald's, Coca Cola und Hollywood sind, wie so manche Diskussion um »Globalisierung« zeigt, bis heute auch für viele sich links verstehende Menschen im Land von Ballermann und Jägerschnitzel Synonyme eines bösartigen amerikanischen Kulturimperialismus geblieben.

Politisch instrumentalisierbar ist der Antiamerikanismus gegenwärtig nicht zuletzt für die neue Rolle, die Deutschland seit '89 in der Welt einzunehmen gedenkt. Konnte zuvor auf Amerika als Verbündeten gegen die Sowjetunion kaum verzichtet werden, erscheint Amerika seither manchem/r zusehends als Konkurrent für eine künftige Weltmacht Europa unter deutscher Führung.

Wer schützt uns vor Amerika?

Auch dann, wenn (linke) Kritik an Amerika sich nicht offen als simpler Antiamerikanismus geriert, ist es also keineswegs ausgeschlossen, dass sich Kritik an Amerikas Politik – selbst wenn sie berechtigt ist – unter der Hand in eine Verharmlosung deutscher Großmachtambitionen verwandelt. Sie läuft, ob sie es will oder nicht, schnell Gefahr, in das diskursive Fahr-

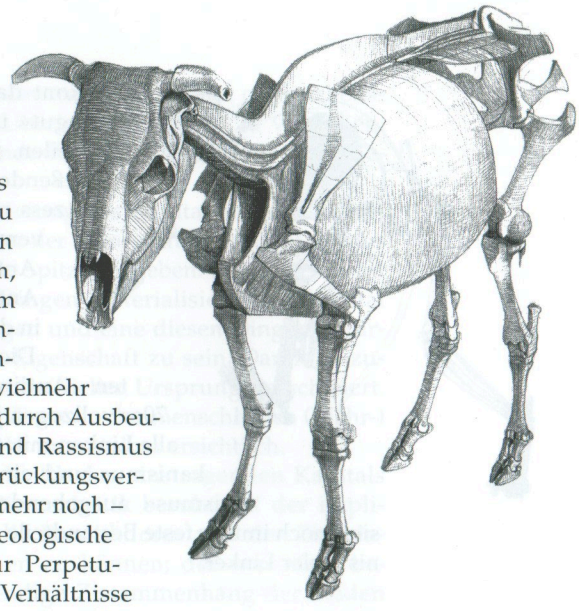
wasser des deutschen Mainstreams oder – schlimmer noch – der extremen Rechten zu geraten.

Exemplarisch zeigt sich der mehr als nur problematische Charakter einer »Imperialismusanalyse«, die ein einziges Land – Amerika – als hauptverantwortlich für den Zustand der Welt benennt, an verschiedenen Antikriegskampagnen im Herbst letzten Jahres. (Neben vielen anderen wäre hier vor allem die Berichterstattung der deutschen linken Tageszeitung »Junge Welt« oder die Diskussion auf den Seiten des Internetprojektes »Indymedia« zu nennen.) Für diese Linke ist Amerika-Israel als »Achse des Bösen« ausgemacht. Systematisch unterschlagen wird die offensichtliche Tatsache, dass am 11. September zuerst Amerika von den radikalislamistischen Djihadisten angegriffen wurde. Selbst der Umstand, dass NPD und Nazi-Kameradschaften mittlerweile mit z.T. identischen Parolen (»USA – internationale Völkermordzentrale!« oder »Stoppt den US-Imperialismus!«) wie die sich links dünkenden KriegsgegnerInnen durch deutsche Straßen ziehen (manchmal sogar, wie etwa in Berlin, inmitten einer »linken« Demo) vermag leider kein Nachdenken über die Frage auszulösen, wem eine solch platte Amerikakritik denn eigentlich nutzt.

Die Linke, das Volk und die Unmöglichkeit nationaler Befreiung

Augenscheinlich fällt es vielen Linken noch immer schwer, sich von einem, durch die Lenin'sche Imperialismusanalyse geprägten, dualistischen Weltbild zu lösen. In diesem Bild stehen sich, in falscher Analogie zur Klassenanalyse, die imperialistischen Unterdrückernationen und die »unterdrückten Völker« antagonistisch und unversöhnlich gegenüber. Die Solidarität gilt dann ganz selbstverständlich den unterdrückten »Völkern«, die in ihrem Befreiungskampf gegen das umstandslos in der Metropole verortete Kapital und seinen politischen und militärischen Handlangern unterstützt werden müssen. Wenn nun Amerika offensichtlich die stärkste und mächtigste imperialistische Macht der Metropole ist, liegt es dann nicht nahe, so die Frage der AntiimperialistInnen, den Kampf auf diese Nation zu fokussieren?

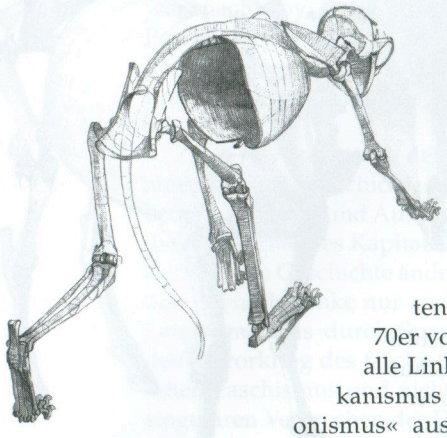
Falsch ist diese Analyse jedoch gleich in mehrfacher Hinsicht: Die Vorstellung, es gäbe so etwas wie ein gemeinsames Interesse *der* »Metropole« gegenüber der »Peripherie«, homogenisiert die höchst unterschiedlichen Interessen der verschiedenen weltweiten AkteurInnen. Es negiert die Tatsache, dass auch in den »Ländern des Südens« ein – vorsichtig ausgedrückt – nicht unerhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Modells der Wertvergesellschaftung bestand und besteht. Vielfach (wenn nicht meist) entpuppte sich der »nationale Befreiungskampf« der »unterdrückten Völker« eben nicht als Kampf gegen die »Unterdrückung des Menschen durch den Menschen« (Marx), sondern als ein Projekt nachholender Entwicklung mit dem Ziel, funktionierende kapitalistische (oder wahlweise realsozialistische) *National*staaten aufzubauen.



Das antiemanzipative Konstrukt »Volk« wird keineswegs schon dadurch zu einem brauchbaren Begriff der Linken, dass mensch ihm das Adjektiv »unterdrückt« voranstellt. Es verstellt vielmehr den Blick auf die durch Ausbeutung, Sexismus und Rassismus geprägten Unterdrückungsverhältnisse. Es ist – mehr noch – gerade als die ideologische Voraussetzung zur Perpetuierung eben jener Verhältnisse anzusehen. Dass ausgerechnet Teile der deutschen Linken in einem Land, in dem der Begriff des »Volkes« nach dem Nationalsozialismus endgültig diskreditiert hätte sein müssen, diesen mal wieder, wenn auch (zunächst) nach außen gewendet, verstärkt aktiviert haben, wirft auf diese ein doch sehr unschönes Licht.

Eine derartige positive Bezugnahme auf den Volksbegriff begann verstärkt in den späten 60er und vor allem 70er Jahren, als viele Linke – enttäuscht vom deutschen »Proletariat«, das sich der beschworenen Revolution partout nicht anschließen mochte – ihre Hoffnungen auf ein geschichtlich wirksam werdendes »revolutionäres Subjekt« kurzerhand in den Trikont projizierten. Damit öffneten sie aber zugleich einer positiven Besetzung dieses im (linken) deutschen Kontext nach dem Nationalsozialismus weitgehend tabuisierten, aber im Grunde nie wirklich radikal kritisierten Begriffs die Tür.

War vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges, der auch in Amerika selbst zu massiven Protesten und zur Entstehung einer starken Neuen Linken geführt hatte, eine Kritik an der amerikanischen Politik und eine Solidarisierung mit dem vietnamesischen Befreiungskampf noch verständlich, zeigte sich mit der Zeit immer stärker der problematische Charakter der positiven Bezugnahme auf nationale Befreiungsbewegungen. Das Terror-Regime der Roten Khmer in Kambodscha, die wahllosen Anschläge der IRA in Londoner U-Bahnen oder die im Umgang mit KritikerInnen aus den eigenen Reihen sich zeigende autoritäre Verfasstheit von Gruppen wie etwa der PKK ließen die Parteinahmen antiimperialistischer SolidaritätsaktivistInnen zunehmend zweifelhafter erscheinen. Als sich dann nach 1989 fast alle noch existierenden Befreiungsbewegungen mehr oder weniger deutlich von der Perspektive einer sozialistischen Revolution zu verabschieden begannen, zeigten sich auch in der bundesdeutschen Antiimp-Szene deutliche Auflösungserscheinungen. Nicht zuletzt die Drohungen des irakischen Diktators Saddam Hussein während des zweiten Golfkrieges 1991, Israel mit Giftgasangriffen auszulöschen, führten bei Teilen der deutschen Linken zu einem Überdenken ihrer bisherigen Praxis: Es war nicht mehr so einfach, die Welt entlang der Trennlinie »imperialistische Metropole hier – unterdrückter Tri-



kont da« manichäisch in »gut« und »böse« einzuteilen. Im sich anschließenden Diskussionsprozess rückten dann auch verstärkt Themen wie Antisemitismus und Antiamerikanismus in den Blick.

Die Abkehr vom platten Antiimperialismus der 70er vollzogen jedoch längst nicht alle Linken mit. Gerade Antiamerikanismus und ein sich als »Antizionismus« ausgebender Antisemitismus sind noch immer feste Bestandteile im Selbstverständnis vieler Linker.

Global Backlash

So falsch es ist, Amerika allein für die ungleiche Verteilung des weltweiten Reichtums verantwortlich machen zu wollen, so falsch ist es auch, in den immer einflussreicheren islamistischen Gruppen zwischen Algerien und den Philippinen, Tschetschenien und Somalia so etwas wie eine bloß fehlgeleitete Artikulation eines an sich berechtigten Anliegens zu sehen.

Zwar ist es tatsächlich so, dass der Aufstieg des Islamismus in einem engen Zusammenhang mit den katastrophalen Auswirkungen der Krise des fordistischen Akkumulationsmodells seit den 70er Jahren speziell für ökonomisch periphere Regionen steht. Für die meisten der früher noch euphemistisch »Entwicklungsländer« genannten Staaten bedeutet diese Krise nichts weniger als den Verlust jedweder »Entwicklungsperspektive«. Die ostasiatischen Wachstumsregion vielleicht ausgenommen, drohen mittlerweile weite Teile der Welt von Lateinamerika bis Russland, Südasien bis Nahost – von Afrika ganz zu schweigen – dauerhaft von der ökonomischen und technologischen Entwicklung in den industriellen Zentren Europas, Nordamerikas und Japans abgeschnitten zu werden.

Die Entstehung einer sich gegen den drohenden vollständigen Zusammenbruch formierenden Gegenbewegung, die bereit ist, sich der ökonomischen »Degradierung« gewaltsam zu widersetzen, kommt insofern keineswegs überraschend.

Überraschender – aus linker Perspektive – vielleicht schon, dass sich dieses »Widersetzen« heute fast ausnahmslos (z.B. Chiapas) reaktionär artikuliert. Statt eines Che Guevara betreten diesmal nationalistische SeparatistInnen (Ex-Jugoslawien, Ex-Sowjetunion), Warlords (Liberia, Kongo, Somalia) und Djihadisten (Afghanistan, Algerien, Palästina) die Bühne der Weltgeschichte. Kritik eines globalen Verwertungszusammenhangs, der allem technologischen Fortschritt zum Trotz für die Mehrheit der BewohnerInnen dieses Planeten nur wachsendes Elend übrig hat, findet praktisch nicht statt. Stattdessen ist ein Prozess zu beobachten, in dem die soziale Frage ethnisiert wird, nationalistische Rhetorik zum bestimmenden Moment des öffentlichen Diskurses der »Weltgesellschaft« mutiert und Kritik der politischen Ökonomie antisemitischen Projektionen weicht.

Death to America

Im Islamismus drückt sich eine Sicht auf die (kapitalistische) Moderne aus, die dem westlichen Modus der Vergesellschaftung, welcher als Bedrohung der sozialen Existenz erfahrenen wird, mehr ideologisch denn praktisch eine vermeintlich bessere authentisch islamische Welt entgegengesetzt. Materiell sind es die längst verlorengegangenen Sicherheiten einer feudalpatriarchalen Gesellschaft, welche die Attraktivität des Islamismus zu begründen vermögen. Ideologisch ist es ein anti-westliches und strukturell bis offen antisemitisches Weltbild, das in der Lage scheint, die ökonomische und soziale Krise des Nahen Ostens zu »erklären« und einfache »Lösungen« anzubieten, ohne Herrschaftsverhältnisse und gesellschaftliche Widersprüche »im Innern« der arabischen Gesellschaften thematisieren zu müssen. Dieses Weltbild ermöglicht, potentiell alle Klassen und gesellschaftlichen Gruppen zu homogenisieren und in einer konstruierten »islamischen Gemeinschaft« gegen die imaginierten äußeren und inneren Feinde fest zusammenzuschließen. Es bietet die Möglichkeit, einer in strukturellen Krisen immer drohenden Delegitimierung der bestehenden Machtverhältnisse zuvorzukommen, ohne an ihnen tatsächlich etwas ändern zu müssen.

Diese drohende Delegitimierung ist eng verknüpft mit einem Legitimationsverlust des westlich-fordistischen Vergesellschaftungsmodells im nahen Osten insgesamt. Es verliert – der fortdauernden ökonomischen, politischen und nicht zuletzt militärischen Stärke des Westens zum Trotz – zusehends seinen hegemonialen Charakter und beginnt, einem diffusen Hass auf den Westen, insbesonders auf seine Führungsmacht Amerika, zu weichen.

Amerika erscheint in der Sicht des Islamismus eben nicht nur als die erfolgreichste kapitalistische Nationalökonomie, die einen entsprechenden Militärapparat unterhält, um den Ordnungsrahmen einer global operierenden Weltökonomie repressiv abzusichern. Es erscheint vielmehr als die Inkarnation eines politisch, ökonomisch und moralisch durch und durch verderblichen Gesellschaftsentwurfs. Das Scheitern des Modernisierungsprojekts in den arabischen Ländern wird – unter Ausblendung aller interner Faktoren – vom Islamismus, die Traditionen des panarabischen Nationalismus teilweise in sich aufnehmend, umstandslos übersetzt in eine amerikanische Verschwörung gegen den Trikont und speziell die arabisch-islamischen Länder. So sich der Kampf der Islamisten nach innen richtet, sind es die schädlichen Einflüsse des Westens, die es auszumerzen gilt.

In der islamistischen Konstruktion eines die »islamische Welt« bedrohenden Feindes sind es vor allem zwei diskursive Stränge, die sich wechselseitig verstärken: ein sich im Feindbild Amerika verdichtender antiwestlicher Diskurs und zum anderen ein verschwörungstheoretisch aufgeladener, zunehmend aggressiver auftretender Antisemitismus.

Zugleich aber – und das muss in einer Thematisierung des Islamismus aus einer Sprecherposition in einer westlichen Gesellschaft immer mitbedacht werden – ist der Diskurs um den Islamismus immer auch für rassistische Ausschlusspraktiken im Westen anschlussfähig: In dem Maße, in dem der Verdacht des Islamismus gegenüber Menschen einer bestimmten Herkunft in Anschlag gebracht wird – so etwa in den Diskussionen um die Rasterfahndung in Deutschland – wird er kompatibel zu einem Diskurs, dem es nicht um die Thematisierung des dem Islamismus zu Grunde liegenden antiemanzipatorischen Gesellschaftsentwurfs gelegen ist, sondern um die Führung des »Beweises«, dass die »westliche Kultur«, der des »Orients« überlegen sei. Auch hier gilt deshalb, dass der »Hauptfeind« zuerst im eigenen Land steht und es erste Aufgabe einer deutschen Linken sein muss, Rassismus und Antisemitismus auch zuerst in Deutschland (einem Land in dem es in dieser Hinsicht kaum an Betätigungsfeldern mangeln dürfte) zu bekämpfen.

Djihad gegen die jüdische Weltfinanz

Im Diskurs um den Angriff auf das WTC verdichten sich die Stränge des antiwestlichen, primär gegen Amerika gerichteten, und des antisemitischen Diskurses, wenn sie als Angriffe auf eines der wichtigsten Symbole New Yorks als imaginiertem »Zentrum des internationalen Finanzkapitals« verstanden werden. Diese Vorstellung eines, die ganze Welt beherrschenden »internationalen Finanzkapitals«, dessen »Drahtzieher« und »Hintermänner« an der amerikanischen »Ostküste« und speziell im New Yorker financial district lokalisierbar seien, ist seit über hundert Jahren eingebettet in einen heute global wirksamen antisemitischen Diskurs.

In der dem antisemitischen Diskurs zu Grunde liegenden verkürzten Kapitalismuskritik bleibt das zentrale Prinzip der Wertvergesellschaftung unbegriffen: Der Doppelcharakter der Ware, die immer als Tausch- und Gebrauchswert zugleich auftritt und die von Marx als Warenfetisch und Verdinglichung beschrieben wurden.

Im Kapitalismus erscheinen die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander nicht als solche, sie sind als Warenbeziehungen verdinglicht und fetischisiert. Die Ware selbst erhält so ihren Doppelcharakter: als konkret-stoffliche besitzt sie Gebrauchswert, als abstrakt-gesellschaftliche Tauschwert. Ebenso die Arbeit: einmal – konkret – als produktive Arbeit, das andere Mal – gesellschaftlich vermittelt – als abstrakte Arbeit. Im Fetisch verschwinden die gesellschaftlichen Verhältnisse hinter ihrem konkreten Schein. Die Herrschaftsbeziehungen sind durch ihre Verdinglichung verschleiert. Die kapitalistische Gesellschaft erscheint so nicht mehr als eine von Menschen gemachte soziale Form, sondern als Sachzwang. Es ist zwar unübersehbar, dass der gesellschaftliche Reichtum ungleich verteilt ist, doch bleibt die Quelle dieses Reichtums – die Aneignung menschlicher Arbeit – weitgehend unbegriffen. Während der Profit des industriellen Kapitals immerhin noch als »Unternehmerlohn« (falsch) erklärt werden kann, ist das zinstragende Kapital ohne arbeitswerttheoretische Überlegungen nicht zu verstehen. Der hier entstehende Reichtum gerät zum vollendeten Mysterium.

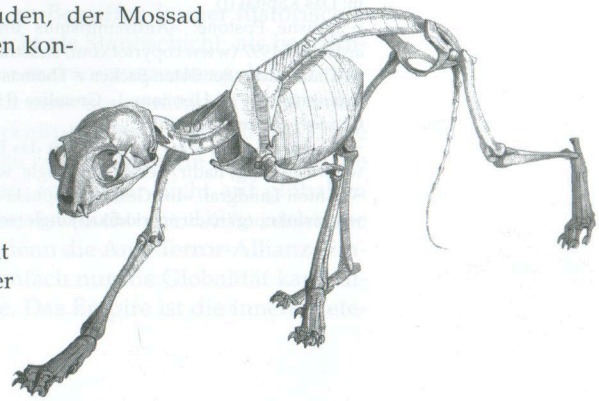
In der Fetischisierung des Kapitalverhältnisses ist der Fetischcharakter der Ware – und des Kapitalismus überhaupt – auf die Spitze getrieben. Der Zins scheint aus dem sich in Dingen materialisierenden Kapital selbst zu entspringen und eine diesen Dingen natürlich zukommende Eigenschaft zu sein. Damit ist zugleich sein gesellschaftlicher Ursprung verschleiert. Der Ursprung des Zinses in der menschlichen (Mehr-) Arbeit ist nicht mehr unmittelbar ersichtlich.

Jede auf einer Kritik des zinstragenden Kapitals verkürzte Kapitalismuskritik beruht auf der impliziten Annahme, die Produktions- von der Zirkulationssphäre trennen zu können; der von Marx beschriebene notwendige Zusammenhang der beiden Sphären wird übersehen, die Bedeutung des Handels- und Finanzkapitals für die kapitalistische Zirkulation ausgeblendet.

Der Kapitalismus wird in seinem konkreten Aspekt zu einer rationalen und nützlichen Organisationsform industrieller Produktion (Industriekapital), in seinem abstrakten Aspekt zu einer schmarotzenden, schädlichen Profitmacherei (Finanzkapital). Ideologisch kann damit das abstrakte vom konkreten Kapital soweit getrennt werden, bis das konkrete Kapital als überhistorische Notwendigkeit erscheint.

Eine auf die Betrachtung der Zirkulationssphäre verkürzte »Kapitalismuskritik« war – in Europa wie im Nahen Osten – immer schon in das diskursive Feld des Antisemitismus eingelassen: die Konkretisierung des Abstrakten im Juden, das »internationale Finanzkapital« als Ausdruck »jüdischer Weltherrschaft«.

Der antisemitische Charakter der Anschläge von NYC zeigt sich aber nicht allein im Angriff auf das vermeintliche Zentrum der »Weltfinanz«. Die Attentäter der al-Qaida verbindet mit allen anderen islamistischen Terrororganisationen auf der Welt vor allem Anderen ihr grenzenloser Hass auf Israel. Israel ist als »kleiner Satan« neben Amerika – dem »großen Satan« – für den militanten Islamismus das Feindbild schlechthin. Auf einen stark in den islamischen Gesellschaften verankerten Antisemitismus sich stützend (vgl. Osten-Sacken / Uwer), gelingt es den Islamisten immer wieder recht gut, israelische Machenschaften für alle möglichen »Missstände« in den arabischen Gesellschaften verantwortlich zu machen: Ob Wirtschaftskrise, gekränkter Nationalstolz, Ohnmachtgefühle oder der allseits beklagte, die Auflösung der traditionellen Gesellschaft begleitende »Verfall der Sitten« – schuld sind im Zweifelsfall die Juden, der Mossad oder das »von Juden kontrollierte« Amerika.



Epilogue

Festzuhalten bleibt, dass der sich seit dem 11. September wieder stärker

artikulierende Antiamerikanismus ob von »links« oder von rechts, in Europa, Arabien oder sonst irgendwo auf der Welt einen zutiefst antiemanzipatorischen Charakter hat. Er ist anschlussfähig sowohl an einen mit Amerika konkurrierende hegemoniale Projekte (Deutschland / Europa) begleitenden nationalistischen Diskurs, als auch an einen reaktionären Islamismus, der – notdürftig kaschiert durch Versatzstücke eines längst dahingeschiedenen Antiimperialismus – einen finsteren Gottesstaat propagiert.

Dabei kann es selbstverständlich genauso wenig um eine Apologie der amerikanischen Politik wie um ein Mitbasteln am ideologischen Konstrukt einer der islamistischen »Barbarei« diametral entgegengesetzten westlichen »Zivilisation« gehen.

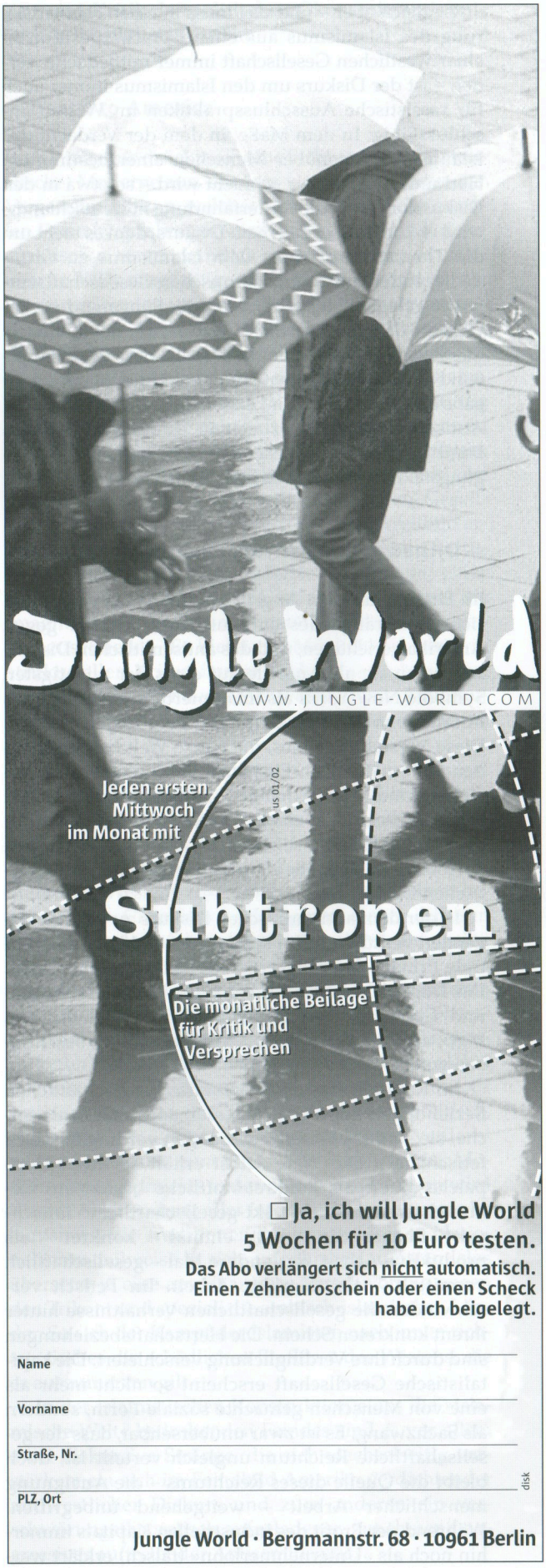
Es kommt darauf an zu erkennen, dass die weltweiten Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse durch die Vorstellung einer den Rest der Welt gegen ihren Willen beherrschenden metropolitanen Zwingburg nicht adäquat beschrieben werden können, sie – im Gegenteil – den Blick auf die tatsächliche Funktionsweise von Herrschaft verstellt. So wie sich im Innern einer jeden Gesellschaft Herrschaft nicht durch nackte Repression von Wenigen über die Vielen herstellt, sondern sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse beständig in den Köpfen der Mehrheit reproduzieren, so dass Herrschaft sich schließlich als ein gesellschaftlicher »Konsens gepanzert mit Zwang« (Gramsci) darstellt, so verhält es sich auch im weltweiten Maßstab: Die Einteilung der Welt in ein Ensemble konkurrierender Nationalstaaten mit je unterschiedlichen Positionen in der weltweiten Hierarchie und die Vergesellschaftung unter den Bedingungen von Warentausch und Wertform sind keine Verhältnisse, die der Welt noch aufgezwungen werden müssten. Sie haben sich als hegemoniale Vorstellungen längst etabliert. Gestritten wird seltener um das »ob« eines nationalstaatlich verfassten Kapitalismus als um den eigenen Platz in der internationalen Hierarchie.

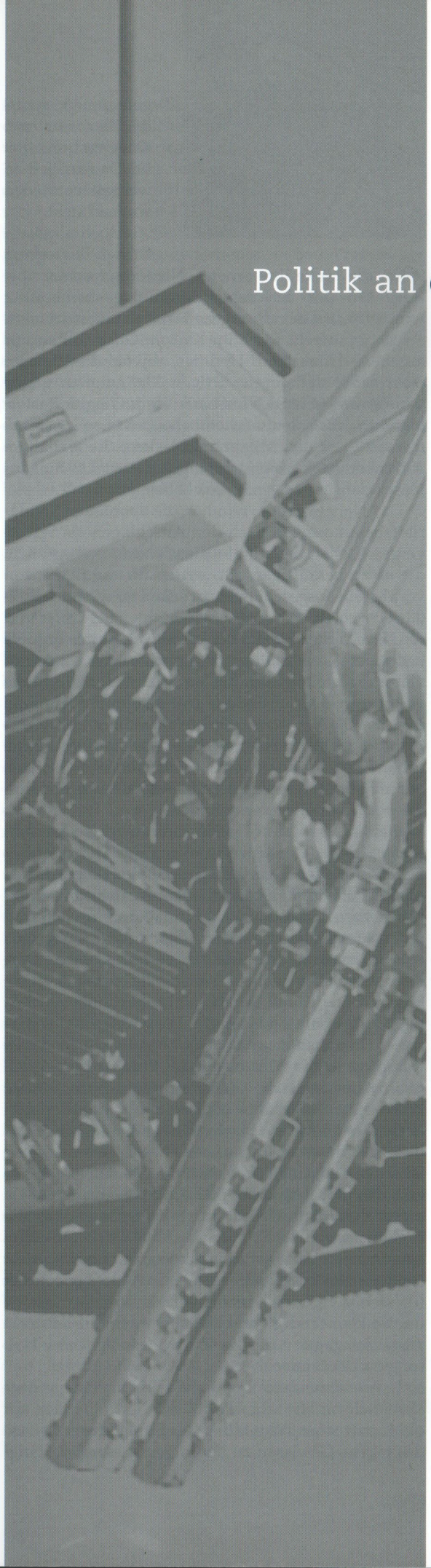
Kritik des Antiamerikanismus schließlich ist als notwendige Bedingung jeder emanzipatorischen Gesellschaftskritik anzusehen, welche die verheerenden Auswirkungen eines rassistisch, nationalistisch, sexistisch und antisemitisch strukturierten globalen Verwertungszusammenhangs nicht durch den besonderen Charakter einzelner nationalstaatlicher Akteure zu erklären trachtet, den Fehler vielmehr im falschen Ganzen sucht.

Oliver Groß

[txt]

¬ Karl Marx: »Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis«, in: Das Kapital (I)
¬ Moishe Postone: »Antisemitismus und Nationalsozialismus«, *diskus* 3-4 1997 (www.copyriot.com/sinistra/reading/postone1.html)
¬ Thomas von der Osten-Sacken / Thomas Uwer: »Der arabische Antisemitismus«, in: Hermann L. Gremliza (Hg.): »Hat Israel noch eine Chance?«, Hamburg 2001
¬ Gerhard Scheit: »Das Böse ist nicht das Böse« (*Jungle World* 41/01: www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/41/05a.htm
¬ Anton Landgraf: »Ins Gesicht gespuckt« (*Jungle World* Nr. 51/01: www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/51/05a.htm)





agent_smith service pack

Politik an der Grenze zum Empire II

Ende September vergangenen Jahres unternahmen wir den Versuch, uns den Attentaten in New York und Washington sowie deren Folgen zu nähern. Und zwar aus einer Perspektive, die es im besten Falle ermöglichen sollte, uns einen politischen Vorsprung zu verschaffen. Der zentrale Ansatz unserer Thesen in *Interdependence Day* (*diskus* Nr. 2/01) war, den Angriff auf die Twintowers und die darauf folgenden Reaktionen nicht in Begriffen von Imperialismus und vermeintlichem, wie auch immer überstrapaziertem Anti-Imperialismus zu fassen, sondern als Momente global vernetzter Machtbeziehungen.

Wir haben uns zu diesem Zweck unter anderem auf die Überlegungen von Toni Negri und Michael Hardt in ihrem Buch *Empire* bezogen. Der Begriff Empire ermöglicht, so die These, Macht anders zu denken als in Begriffen staatlicher Souveränität und der Souveränität des Widerstandes, der Exklusivität von Staatlichkeit und der widerständigen Externalität gegen sie. Denn es geht vor allem auch darum, Politik auf der Höhe des Empire zu denken.

Warum Empire ...

Das Kokettieren ist unter historischen oder kritischen MaterialistInnen eine beliebte Übung. Es lässt sich nicht verleugnen, dass der Begriff des Empire, ähnlich dem der Multitude, eine gewisse Ausstrahlungskraft hat. Empire geht leichter über die Lippen als Imperialismus. Aber es wäre zu einfach, dies als PR-Trick abzutun. Empire ist kein Ersatzwort. Ein Aktivist der Mailänder Gruppe *tute bianche* sagte jüngst in einem Interview, mit Empire könnten sie besser arbeiten, weil der Begriff ihnen auch ermögliche, sich von denjenigen abzugrenzen, die, wenn sie Imperialismus sagen, auch eine bestimmte Form der politischen Organisierung meinen, von der die *tute bianche* sich verabschieden wollen. Das verweist auf zwei Aspekte:

Zum einen klebt an Begriffen immer historischer Ballast, und zwar nicht als Staubschicht, als begrifflicher Muff, den es nur mal wegzupusten gelte. Mit Imperialismus ist auch eine souveränistische Vorstellung von Politik verknüpft, gegen die sich die These vom Empire geradezu zentral stellt. Im Empire hat die Macht kein Zentrum, schon gar nicht auf globalem Niveau. Das Empire ist nicht die USA, nicht die NATO, geschweige denn die Anti-Terror-Allianz. Empire ist auch nicht einfach nur die Globalität kapitalistischer Verhältnisse. Das Empire ist die innere Hete-

rogenisierung der Nationalstaaten und die räumliche und zeitliche Verdichtung der internationalen Beziehungen. Pointierter ausgedrückt ist das Empire das Netz, die Matrix, das sich zwischen den Global Cities über den Planeten spannt und sich überall in Form von Ungleichzeitigkeiten von Verhältnissen und Widersprüchen in einem Raum artikuliert. Die territorialen und temporären Knoten der Macht fügen sich nicht länger zu einem verbindlichen Raum-Zeit-Kontinuum.

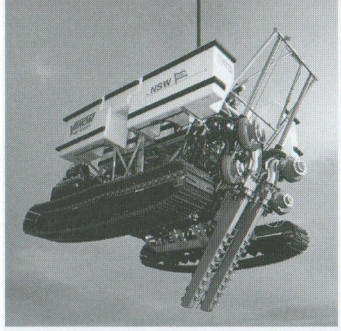
Im Begriff des Imperialismus hingegen ist ein Souveränismus implizit, der mehr ist als die Überhöhung des Staats zum allmächtigen Akteur. Souveränismus bezeichnet ein Dispositiv, eine spezifische Art und Weise, das Politische zu konzipieren. So wie bei Gramsci Statolatrie mehr bedeutet als die »Anbetung des Staates«, sondern Praktiken einschließt, die in ihren Effekten etatistisch sind, selbst wenn sie sich anti-etatistisch gerieren. Dieser Souveränitätsidee im Anti-Imperialismus korreliert eben darum eine ebenso zentralisierte und zentralisierende Vorstellung davon, wie die »Gegenmacht« zu organisieren sei. Ein Begriff wie Imperialismus ermöglicht uns scheinbar, den einen Punkt, den Willen des imperialistischen Staates etwa, zu fokussieren, der zum Ort und Nexus des politischen Kampfes wird: Wer erhebt die Tobin-Steuer?

Der andere Aspekt verweist darauf, was wir zur Analyse verwenden. Wie Katja Diefenbach und Stephan Geene in der *arranca!* (Nr. 23, S. 40–47) schreiben, ist eine Analyse nur so gut, wie das, was sie möglich macht. Den performativen Charakter und die Effekte von Theorie hier zu betonen, erscheint vielleicht müßig. Aber wir wollen dennoch eine Lanze für diesen Gedanken brechen. Denn selbstverständlich impliziert jede Theorie, auch die kritische, eine bestimmte Form der Praxis. Uns kommt es darauf an, danach zu fragen, welche Praxis mit analytischen Konzepten ermöglicht wird. Will man Flaschen mit Botschaften ins Meer oder mit einem Benzingemisch gefüllte gegen Polizeieinheiten werfen? Will man den Pfand auslösen – aber was gibt's schon für 20 Cent zu kaufen? Wollen wir uns am Flascheninhalt berauschen? Oder muß es nicht vielmehr darum gehen, den Geist ein für alle Mal aus der Flasche zu lassen?

Was hat's gebracht?

Der 11. September war ein globales Ereignis, das den Blick über die individuellen Befindlichkeiten und die nationalen Grenzen hinaus freigab. Ein Ereignis, das durch seine Unvorhersehbarkeit die gegenwärtige Verfasstheit der Welt in Frage gestellt hat – und zwar in einem sehr grundsätzlichen, weil praktischen Sinn. Erinnern wir uns: »Selbst die politischen Eliten wussten in den Tagen nach dem Anschlag nicht, was zu tun ist, und klammerten sich an ihre Routinen.« (Interdependence Day: S. 2)

Zieht man im Rückblick die Bilanz der Folgen der anti-imperialistischen Kritik an der Anti-Terror-Allianz im allgemeinen und an der deutschen Beteiligung im speziellen, muss wohl oder übel Harmlosigkeit eingeräumt werden. Fast schienen viele Linke erleichtert darüber zu sein, dass der 11.9. als Kriegserklärung aufgenommen wurde, der nur mit Krieg zu begegnen sei. Da wusste man wenigstens wieder, wo man steht.



Doch als Anti-Kriegs-Bewegung nahm die Linke ihre erneute Niederlage schon vorweg. Mit der verlorenen Bundestagsabstimmung wurde theatralisch die eigene Kapitulation inszeniert. Seitdem herrscht Ruhe im Karton. Oder sollten wir sagen: im Hinterland? Und das, obwohl die Unangemessenheit der gegenwärtigen Maßnahmen gegen den Terror fast täglich fassbarer wird: von der Rasterfahndung über den wöchentlichen Endsieg in Afghanistan bis zu den Milzbrandattacken, die wir allem Anschein nach einem durchgeknallten US-Biowaffenspezialisten zu verdanken haben.

Das Naheliegende, nämlich die spontanen Solidaritätsbekundungen nach den Anschlägen als Selbstvergesellschaftung auf globalen Niveau zu begreifen, die es zu bekräftigen gilt, schien für die Linke von vornherein ausgeschlossen zu sein. Die spontane Solidarität richtete sich an die Angehörigen der Opfer und die New Yorker. Sie ist aber keineswegs mit Schröders bedingungsloser Solidarität gegenüber der US-Administration gleichgeschaltet und damit für die Linke verloren gewesen, sondern gründete in der Ahnung, dass *wir alle New Yorker* sind. Wohlgemerkt: New Yorker, und nicht Amerikaner. New York verkörpert die urbane Lebensweise, jene individualisierten Lebensweisen der Metropolen, jene Hybridisierung der Kulturen, die wir alle so sexy finden.

Statt die spontane Solidarität als vorweggenommene Kriegsunterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung (oder gar als Manipulation) abzutun, die die Existenz von globaler Macht-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse und die ökonomischen und politischen Interessen der USA und des Westens leugne, hätte man gerade an den hier sichtbar werdenden Brüchen neoliberaler Globalisierung ansetzen können. Die Linke begab sich lieber aufs bewährt ungünstige politische Terrain. Die gängige Kritikstrategie, Globalisierung mit Neoliberalismus und den Kampf gegen den Terror mit der Bombardierung Afghanistans durch die USA gleich zu setzten, konnte keine Alternative zum Militäreinsatz deutlich machen. Denn im Kern tat diese Argumentation so, als ließe sich das Problem auf das Unterlaufen der Westfälischen Ordnung durch mächtige Staaten – im Interesse des global agierenden Kapitals – zuspitzen. Da dieser dominante Teil der Anti-Kriegsbewegung die Ereignisse vom 11.9. somit nicht als Kristallisation einer realen globalen Problemkonstellation beschrieb, sondern die Bedrohung vor allem als Ideologie ansah (da sich ja eigentlich nichts verändert habe), konnte der Linken ständig vorgehalten werden, nur abstrakt moralisch gegen Krieg zu sein. Mithin bloß eine Haltung zu zelebrieren.

In *Interdependence Day* haben wir für eine andere Verlaufsform kritischer Politik plädiert, die nicht auf die kurzfristige Zuspitzung der Situation setzt – um das eigene Gewissen zu beruhigen – , sondern lang-

fristig agiert, neue Bewertungsmaßstäbe setzt und damit auch alltägliche Handlungsweisen verknüpft und propagiert. Deshalb haben wir betont, dass der 11. September nicht der Beginn eines neuen Krieges sei. Denn, der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht als klassischer Krieg, als Krieg zwischen zwei Staaten oder zwischen einem Staat und einem anderen in spe, als Krieg zwischen zwei Souveränen, gewonnen werden.

Gegen eine mit Waffengewalt und Überwachungstechnik abgesicherte Weiterführung der bisherigen Lebensweise, die eben unter Berufung auf den zu verteidigenden Status quo nichts so belassen wird, wie es gegenwärtig ist, haben wir eine weite Vorstellung von Sicherheit gesetzt, die für die allgemeine Interdependenz die Verantwortung übernimmt und der es gerade deshalb um Dezentralisierung geht: von der Abschaffung globaler Risikotechnologien bis hin zum Aufbau lokaler Ernährungssicherheit.

Alltagspraktische Interdependenzen in den Blick bekommen

Unseres Erachtens bot der 11. September die Gelegenheit, jenen umfassenden Wandel aktiv zu nutzen, der bislang, seit dem Beginn der Krise des Fordismus, die Linke schier verzweifeln ließ. Gemeint ist vor allem die alltagspraktische Interdependenz, der sich niemand voluntaristisch entziehen kann. Schon gar nicht die Bewohnerinnen des Nordwestens.

Was verstehen wir unter alltagspraktischer Interdependenz? In erster Linie, dass sich der Konnex zwischen den einzelnen Alltagspraktiken extrem verdichtet hat: Die Alltagshandlungen entfalten ihre unmittelbare Relevanz im globalen Maßstab. Und der Konnex hat sich auf eine Weise verdichtet, die keine (Auf-)Lösungen mehr zulässt. Genau deshalb markiert der 11. September unserer Einschätzung nach ganz zu recht den Angriff auf ›uns‹, unsere Lebensweise, unsere Zivilisation.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht einfach darum, wieder einmal festzustellen, dass »alles mit allem irgendwie zusammenhängt«. Mit dem Fordismus, seinem Kommodifizierungs- und Verrechtlichungsschub, gerieten die Lebensweisen der Abhängigen und Beschäftigten, ihre Konsumgewohnheiten, ihr Sozialverhalten und ihre Freizeitbeschäftigungen, selbst zum Moment der Kapitalverwertung. Doch die Krise des Fordismus kennzeichnet darüber hinaus, dass schließlich noch die Kritiken der standardisierten Lebensweisen, die Erfindung immer neuer Lebensstile, die Wünsche und Affekte zum Träger neuer Verwertungsstrategien wurden. Es stimmt schon lange nicht mehr, dass die Menschen nur ihre Ketten zu verlieren hätten. Sie haben aber auch nicht nur schlicht *mehr* als ihre Ketten zu verlieren: zumindest sofern sie aus dem Nordwesten kommen, steht ihre gesamte materielle wie psychische Existenzweise zur Disposition. Will die metropolitane Linke also eine wie auch immer geartete (Rück-) Aneignung des Politischen erreichen, muss sie diese Problematik in den Blick bekommen.

Krise der neoliberalen Globalisierung

Im Ereignis des 11. September und seinen Folgen wird eins immer deutlicher: das Ende des neoliberalen Typus der Globalisierung. Dieser Prozess wird selbstverständlich nur im Zusammenhang mit den vorherigen Tendenzen verständlich: die fordistischen Institutionen sind längst ausgehöhlt und in ihr Gegenteil verkehrt. Zu einer institutionellen Neuordnung kam es allerdings nicht. Was das bedeutet, kann an der zunehmenden Wirkungslosigkeit der monetaristischen Instrumente abgelesen werden. Wirtschaftspolitik wird zur Psychologie.

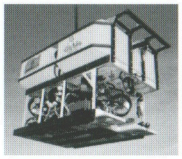
Es hat den Anschein, dass der Neoliberalismus im selben Moment, in dem er Gemeingut wurde, seine visionäre Kraft verlor. Und hier kommt der 11. September mit seinen katalysatorischen Wirkungen ins Spiel: Denn im selben Maße, wie die Mobilität von Waren und Daten, Eliten und Wissen zum Sicherheitsrisiko wird, im selben Maße also, wie die immer neuen Differenzen verdächtigt und an ihrer gesellschaftlichen Entfaltung gehindert werden, verliert die neoliberale Globalisierung ihren Antrieb.

Die langfristigen Folgen des 11. September sind noch längst nicht abzusehen. Am deutlichsten ist noch der Abschied von den territorialen Nationalstaaten als Basisentitäten des internationalen Systems und die damit zusammenhängende *nichthegemoniale Situation*. Zwar ist eine globalen US-amerikanische Präsenz durchaus denkbar, aber wie die weiterhin unüberschaubare Lage in Afghanistan deutlich macht, nicht die Lösung aller lokalen Probleme. Stabile Verhältnisse sind dort gerade wegen der Ankündigung massiver Bodentruppenpräsenz wenig wahrscheinlich.

Noch schwieriger sind die Konsequenzen dieses neuen Prinzips der »globalen präventiven Aufstandsbekämpfung« (Balibar) abzuschätzen, wenn man den Blick auf Indien / Pakistan oder Israel / Palästina richtet. Wie die USA als angegriffener Riese einerseits das Völkerrecht in Permanenz überschreitet, so steht und fällt ihre militärische wie politische Handlungsfähigkeit mit der Aufrechterhaltung der heterogenen Anti-Terror-Allianz. Mit anderen Worten droht dieses Prinzip, das sich die USA zu Nutze macht, in den Händen regionaler Bündnispartner permanent zur Destabilisierung der inner- wie zwischenstaatlichen Verhältnisse beizutragen.

Unklar muss auch bleiben, ob die militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen überhaupt ihr erklärtes Ziel erreichen. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein einziger Anschlag auch nach Monaten die Erfolgsbilanzen auf den Kopf stellt, und die Spätfolgen des II. Golfkrieges wurden erst zehn Jahre später sichtbar – in Gestalt von bin Laden.

Noch weniger klar sind schließlich die ökonomischen Auswirkungen, vor allem der militärischen und polizeilichen Sicherheitspolitiken und ihre Unvereinbarkeiten mit dem bisherigen Typus von Globalisierung. Auf unvermutete Weise kehrt die Politik in die ökonomisierte Gesellschaft zurück, wird zum Faktor der neuesten Verwertungsstrategien: als Flugzeugbombe und Sicherheitsbranche. Als Stahlprotektion und Rüstungskonsumtion.



Zugespitzt formuliert: Die US-Politik seit dem 11.09. ist selbst aus der Sicht der USA den globalisierten Verhältnissen nicht angemessen. Ihre Politik befindet sich nicht auf der Höhe des Empire. Kein Grund zum Triumph – denn dieser Zustand könnte recht lange fortdauern.

So ungewiss die weitere Entwicklung ist, so scheint sich doch auf politischem Terrain die Zahl möglicher Optionen rasch wieder reduziert zu haben: von einer weltpolitischen Initiative, gar sozio-ökonomischen Perspektive keine Spur, weder für den Globus, noch auch nur für Afghanistan. Weder eine freihändlerische Perspektive, noch eine im Sinne sozial-ökologischer Ordnungspolitik. Stattdessen lautet das Versprechen, alles könne grundsätzlich so bleiben wie es ist. Für die Linke ist die Veränderung dieser Sicht notwendig: Auch wenn die USA unangemessen handeln, verschlechtert deren Simulation globaler *politischer* Hegemonie die Chancen für die Linke, weil nicht deutlich wird, dass wir bereits im Empire leben. Und solange die Linke nicht im Stande ist, ihrerseits mit inadäquaten politischen und ökonomischen Routinen zu brechen, solange kann sie selbst die offensichtlichen Schwächen in der Matrix des Empire nicht zu ihren Gunsten nutzen.

Subpolitik

So sehr die neue Qualität allgemeiner Abhängigkeit jeden großen politischen Entwurf, jede Erlösung desavouiert, eröffnet sie doch zugleich ein neues sub-politisches Potential. *Subpolitik* zielt auf die Revolution des Molekularen (Guattari), ist der Versuch, Kriterien für ein emanzipatives Projekt in der post-fordistischen Konstellation zu bestimmen. Zwar ist in der Tat die Alltagspraxis der Dreh- und Angelpunkt der Subpolitik. Die Alltagspraxis ist sogar das einzig relevante Kriterium. Dennoch kennzeichnet es die Subpolitik gerade nicht, traditionelle, staatliche Politik zu negieren. Mit dem Begriff der Subpolitik sollen gerade nicht die alten Gegensätze zwischen Bewegung und Partei oder Reformismus und Revolution wieder aufgewärmt werden. Ganz im Gegenteil, jeder Versuch, Politik in diesen Kategorien zu denken oder zu machen, wäre dem Empire nicht angemessen. Der Blick, den dieses Konzept ermöglicht, liegt vielmehr quer zur exante Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, die als Gegensätze spätestens seit dem Fordismus nicht mehr zur Bestimmung von (emanzipativen) politischen Projekten taugen.

Subpolitik steht vielmehr im Gegensatz zu souveränistischer Politik. Und souveränistische Politik ist auf staatlichem Terrain ebenso zu finden wie in den Zonen der Gegengesellschaft. Nicht-Souveränistische Politik ist also nicht mit anti-staatlicher Politik gleichzusetzen. Auf einer sehr allgemeinen Ebene zeichnet sich Souveränismus dadurch aus, dass er verspricht, die Probleme zu lösen, indem er das Übel ausmerzt, das stets von außen kommt, und damit ebenfalls souverän gesetzt wird. Souveränismus performiert Politik als Mittel zu den Schalthebeln der Macht, sei's militärischer, sei's staatlicher, sei's ökonomischer – sei's auf globaler, nationalstaatlicher oder individueller Ebene. Die molekulare Revolution reflektiert die allgemeine Interdependenz und weiß um die Illusion, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen einfach mal herauszutreten. Subpolitik zielt auf materielle und immaterielle Vervielfältigung lokaler Optionen, auf die Absicherung abweichenden Verhaltens, durch welche wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Aktionen diese auch immer zu erreichen sind. Sie glaubt nicht an ein Zentrum der Macht, weder an ein ökonomisches, noch an ein staatliches, weiß aber um die Ungleichzeitigkeiten und die Knoten der Macht. Die Welt können die lokalen Akteure nur selbst verändern, nicht andere für sie, auch wir nicht. Hier müssen die neuen Lebensweisen erfunden werden, hier ist die Quelle der freundschaftlichen Vergesellschaftung, das ist die Multitude.

Die Bewegung von Seattle bis Genua

Vielleicht lässt sich das Konzept der molekularen Revolution vor allem im Unterschied zu zwei in der deutschen Linken gängigen Positionen deutlich machen, zu denen es quer liegt. Beide Positionen verkennen – obwohl sie sich auf die neuen globalen Bewegungen beziehen – auf sehr unterschiedliche Weise das emanzipatorische Potential, das in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vorhanden ist. Denn die unterschiedlichen Politiken und Kritiken der verschiedenen linken, trimondialen, feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen haben seit Beginn der 70er Jahre selbst zur Krise des fordistischen Kapitalismus beigetragen. Dass sich aus den Kritiken am fordistischen (Staats-)Kapitalismus auch ein im Vergleich zur Arbeiterbewegung verändertes emanzipatorisches Projekt ergeben muss, ist im Verlauf der 80er Jahre, aber spätestens mit der Implosion des Realsozialismus 1989 deutlich geworden.

Die erste Position, die man als *aufgeschobenen Souveränismus* bezeichnen könnte, ist die ganzen 90er Jahre über vor allem im Umfeld der verschiedenen Bewegungen und Initiativen sehr verbreitet. Sie greift die anti-fordistischen Kritiken und Praxen der Bewegungen auf, spitzt sie jedoch einseitig auf eine abstrakte Kritik der Totalität der Verhältnisse zu. Damit kann sie das Empire zwar aus einer anti-staatlichen, anti-sexistischen, anti-rassistischen usw. Perspektive kritisieren. Durch diese rein *negative Verknüpfung* wird es aber unmöglich, die anti-fordistischen Kritiken zu einem Projekt zusammenzubinden. Denn jede erfolgreiche Politik, jede Bewegung, die politische Effekte bewirkt, muss aus dieser Perspektive als potentiell systemstabilisierend bzw. staatsförmig angesehen werden. Politischer Erfolg ist dieser Position per se verdächtig. Vielmehr wird die eigene Wirkungslosigkeit geradezu zum Nachweis politisch korrekter Integrität erhoben. Der Souveränismus dieser Position speist sich letztlich aus *dem* imaginierten Punkt des revolutionären Umschlags, der Vorstellung einer – ständig aufgeschobenen – singulären Aufhebung von Staat und Kapital. Dieser Punkt darf paradoxerweise freilich niemals genauer bestimmt werden, denn jede politische Konkretion würde stets wieder unter das eigene Verdikt fallen. So muss sich die kritische Bewe-

gungslinke hauptsächlich auf die Entlarvung ihrer Gegner beschränken, seitdem mit dem Niedergang des sozialistischen Projekts die positive Vision der besseren Gesellschaft fehlt. Die unzähligen alltagspraktischen und soziokulturellen Ansätze lässt sie nur als Gegengesellschaft gelten, deren Niedergang sie konsequent voraussagt. Damit fördert diese Haltung langfristig genau diejenigen neoliberal-individualistischen Tendenzen, die sie zu bekämpfen vorgibt: Denn als Gegengesellschaft gedacht, lassen sich alternative Praktiken nur für einen begrenzten Zeitraum durchhalten. Oder die radikale und kritische Haltung hat schlicht nichts mit der Gestaltung des täglichen Lebens zu tun, weil das ›richtige‹ Leben in eine unbestimmte Zukunft nach einer unbestimmten Revolution verschoben wurde.

Die zweite Position, man könnte sie *national-sozialstaatlichen Souveränismus* nennen, wird vor allem im Umfeld von ATTAC, in Gewerkschaften und sozialistischen bzw. linkssozialdemokratischen Parteien vertreten. Im Unterschied zur ersten Position setzt sie auf die Mobilisierungsfähigkeit der neuen globalen Bewegungen. Die Schwierigkeit der anti-fordistischen Kritik, ein passendes politisches Projekt zu formulieren, will sie lösen, indem sie für die Rückkehr zum Fordismus votiert. Ganz nach dem Motto: Was vor 50 Jahren für die Arbeiterbewegung gut war, kann heute nicht falsch sein! Ziel ist die Wiederherstellung der durch das neoliberale Projekt ausgehöhlten alten fordistischen Institutionen, die dem global agierenden Kapital schutzlos ausgesetzt seien. Dies soll beispielsweise durch die Einführung der Tobin-Steuer geschehen. Damit ist diese *Anti*-Globalisierungsposition trotz berechtigter Kritik am repressiven, normierenden und ausschließenden Charakter dieser Institutionen gezwungen, den Staat und mit ihm die nationale Souveränität zu verteidigen und damit das »goldene Zeitalter des Kapitalismus« zum Maß ihrer Bewegungspolitik zu machen. Diese Position ist in gewisser Weise das in den Metropolen übriggebliebene sozialistische Pendant zu dem in der Peripherie bis in die späten 70er Jahre verfolgten Konzept der nationalen Befreiung, das mit dem gescheiterten Projekt nachholender Entwicklung verbunden war und dem heute keiner mehr eine Realisierungschance einräumen würde (vgl. Michael Hardt: »Zu wenig Konflikt. Das Social Forum und die Politik der Multitude«, www.jungle-world.com/_2002/11/sub08a.htm).

Dieses politische Projekt bietet aber nicht nur global gesehen keine Perspektive, sondern die Verteidigung der ausgehöhlten fordistischen Institutionen dient auch vor Ort oft nur noch der rückwärtsgewandten Verteidigung der sozialstaatlichen Leistungen des gesellschaftlichen Kerns gegen den immer breiter werdenden Rand. Es ist ein Irrtum zu meinen, die Linke müsste nun *endlich beginnen*, Politik zu machen. Sie hat die ganzen vergangenen dreißig Jahre Politik gemacht: nur die falsche. Sie schreckte davor zurück, die Konsequenzen aus ihrer Kritik des sozialistischen Projekts zu ziehen, und verlegte sich stattdessen darauf, zu verteidigen, was der Verteidigung nicht mehr wert war. Stattdessen käme es darauf an – und die neue globale Bewegung bietet dafür durchaus Ansatzpunkte – diese Alternativ-Positionen zu verlassen.

Subpolitik ist also nicht jene Politik der Gegengesellschaft und in der befreiten Zone, die bestenfalls darauf wartet, selbst staatlich zu werden, schlimmstenfalls ihre Irrelevanz zum Ausweis von Integrität erhebt. Nicht zuletzt ist die herausragende Eigenschaft der Multitude, das eigene Wissen um Produktionsprozesse und soziale Beziehungen in eigenen Projekten produktiv zum Einsatz zu bringen, eine unhintergehbare Voraussetzung für Subpolitik.

»Die vernetzte Gesellschaft ist unsere Erfindung und unser Welt. Wir brauchen in unserer eigenen Umgebung keine Kontrolle, keine Sicherheit. Was wir brauchen sind Freiheit und Freundschaft. (...) Wir rufen alle dazu auf, zusammenzukommen, sich zu vernetzen und zueinander in Beziehung zu setzen. Wir rufen auf, soziale Foren zu gründen und uns selbst zu organisieren – außerhalb des Wahnsinns von Turbokapitalismus und seinen fundamentalistischen Klonen. Wir brauchen mehr Autonomie, mehr Demokratie, und zwar auf der ganzen Welt. Wir brauchen weder Grenzen noch eine von oben verordnete Mobilisierung, wir brauchen den neuen Horizont eines gemeinsamen Projektes! (...) Make world, not war!« (Münchener Volksbad Deklaration: www.make-world.org)

no spoon

Eine gekürzte Version dieses Artikels erscheint in *Fantomas* Nr. 1.

[nospoon@niatu.net]

¬ no spoon: Interdependence Day. Politik an der Grenze zum Empire, *diskus* Nr. 2/2001: S. 2–3. (online auch in *com.une.farce* Nr. 5: www.copyriot.com/unefarce/no5/id.html)
¬ no spoon: Die Empire-Anomalie, *arranca!* Nr. 24

autoren buchhandlung marx & co
Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
autorenbuchhandlung.ffm@t-online.de

Marx an der Uni
Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE

»Nachhaltige Globalisierung«?

Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports (deutsch: Hauff 1987) setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neues Stichwort durch, welches fortan richtungsweisend sein sollte: *sustainable development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich die Idee »nachhaltiger Entwicklung«; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Wie erfolgreich dieser Prozeß war, ist Gegenstand der Diskussionen vor und nach dem *World Summit on Sustainable Development* (WSSD) in Johannesburg Mitte des Jahres 2002.

Seit Rio haben sich Entwicklungsvorstellungen wesentlich verändert. Eine auf »Globalisierung« setzende Politik ist zur richtungsweisenden Koordinate geworden, zu der sich alles andere in Bezug setzen muss, auch die Nachhaltigkeit. Oder wie es UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Zukunftsvision formuliert: »Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.« (Annan 2001)

Diese Umorientierung hat jedoch Konsequenzen für den Umgang mit ökologischen Problemlagen.

Postfordistische Naturverhältnisse

Aus dem Auge gerät dabei der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als *Übergang vom Fordismus zum Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der einen Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften

auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die Überlastung der Umwelt durch Schadstoffe. Auf der anderen, symbolischen Seite thematisierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d.h. es wurden die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen versucht. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker unter den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet. Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, »postfordistischer Naturverhältnisse« beigetragen (Görg / Brand 2001). Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung zunehmend stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen.

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox* als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in der Politikwissenschaft meist nur die eine Seite erwähnt: ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen, die sog. »Wissensgemeinschaften / epistemic communities« etc.). Doch er hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt. Allerdings heben diese Abkommen und Regime die zwischenstaatliche Konkurrenz sowie die zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen keineswegs auf. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen im hohen Maße, und zwar desto mehr, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert werden.

Der Postfordismus ist von zwei Elementen gekennzeichnet. Erstens kommt es zu einer neuen Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich verliert der Nationalstaat zwar in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats* und gleichzeitig in Richtung einer *Internationalisierung des Staates* (Hirsch 2000; Brand u.a. 2001). Auch auf internationaler Ebene geht es in zunehmendem Masse um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft gerade die internationale Umweltpolitik.

Bezogen auf ökologische Problemlagen hat sich der postfordistische Kapitalismus zwar in gewisser Weise durchaus auf diese eingestellt, jedoch nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Vielmehr ha-ben vor allem *Strategien ökologischer Modernisierung* Aussicht auf Erfolg, die entweder auch die Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Nicht mehr die Forderung nach einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft, sondern Effizienz und Standortsicherung prägen nun Umweltschutz-Diskurse. Eine vertiefte Ursachenanalyse wird von einem von »oben gedachten« technokratischen Modernisierungsdiskus verdrängt.

Zugangssicherung zu weltweiten Naturresourcen

Im Hinblick auf die Nord-Süd-Problematik läßt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Auch hier werden unter dem Deckmantel der internationalen Umweltpolitik oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben werden. An der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen zeigt sich dies deutlich. Zugespitzt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die Welthandelsorganisation (WTO). Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institution sehr weitreichende Folgen hat. Die »Liberalisierung des Welthandels« hat nicht nur direkte, ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik oftmals auch um die Durchsetzung neuer Technologien und den dazu gehörenden

politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz. Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i.e.S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen.

Am Beispiel der *Konvention über die biologischen Vielfalt* (CBD) lassen sich die Konsequenzen gut verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg / Brand 1999, 2001). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen. Sie treiben damit eine Ökonomisierung der Natur voran.

Das Hegemoniedefizit der »neuen Weltordnung«

Wie bereit 1992 liegt auch heute der Schatten der »neuen Weltordnung« über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszukommen. Wurde das Datum »1989« noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Denn der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar / Februar 1991 waren eine weltpolitisch entscheidende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine »Neue Weltordnung«. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der »Weltprobleme«, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik.

Der 11. September, das ist heute bereits absehbar, wird nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991 bedeuten, sondern auch auf der ideologischen. Denn mehr und mehr wird deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – und d.h. von machtförmig und konkurrenzhaft strukturierten und auch potentiell kriegerischen Verhältnissen zwischen den Staaten – wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, die die einst formulierten Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung ernst nehmen will.

Wir haben es auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der jeder Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das »Ende der Westfälischen Ordnung« auch nicht mit einem »Ende des Nationalstaats« zu verwechseln. Denn die reale Souveränität von Staaten war schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt - auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwas die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen eines Angriffskriegs missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert.

Damit wird eine Entwicklung verschärft, die sich schon vor den Anschlägen abgezeichnet hat, und die sogar als eine ihrer tiefer liegenden Ursachen angesehen werden muss – das *Fehlen von Hegemonie im internationalen System*. Denn die einzige verbleibende militärische und politische Supermacht, die USA, ist in einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Regimen weder Willens noch in der Lage, die politische Führung zu übernehmen. Dazu würde neben politisch-militärischer und wirtschaftlicher Stärke auch die Bereitschaft gehören, Akteure mit an-

deren und möglicherweise gegensätzlichen Interessen in einen Kompromiss einzubinden, notfalls auch durch punktuelle Zugeständnisse. Nur dadurch ließe sich auch die Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme rechtfertigen, denn diese setzt voraus, dass auf den Einsatz von Machtpotentialen zugunsten einer Lösungsstrategie verzichtet wird, der verschiedene Akteure nach Vorgabe des Hegemons bzw. hegemonialer Diskursstrategien zustimmen, in die sie eingebunden werden können.

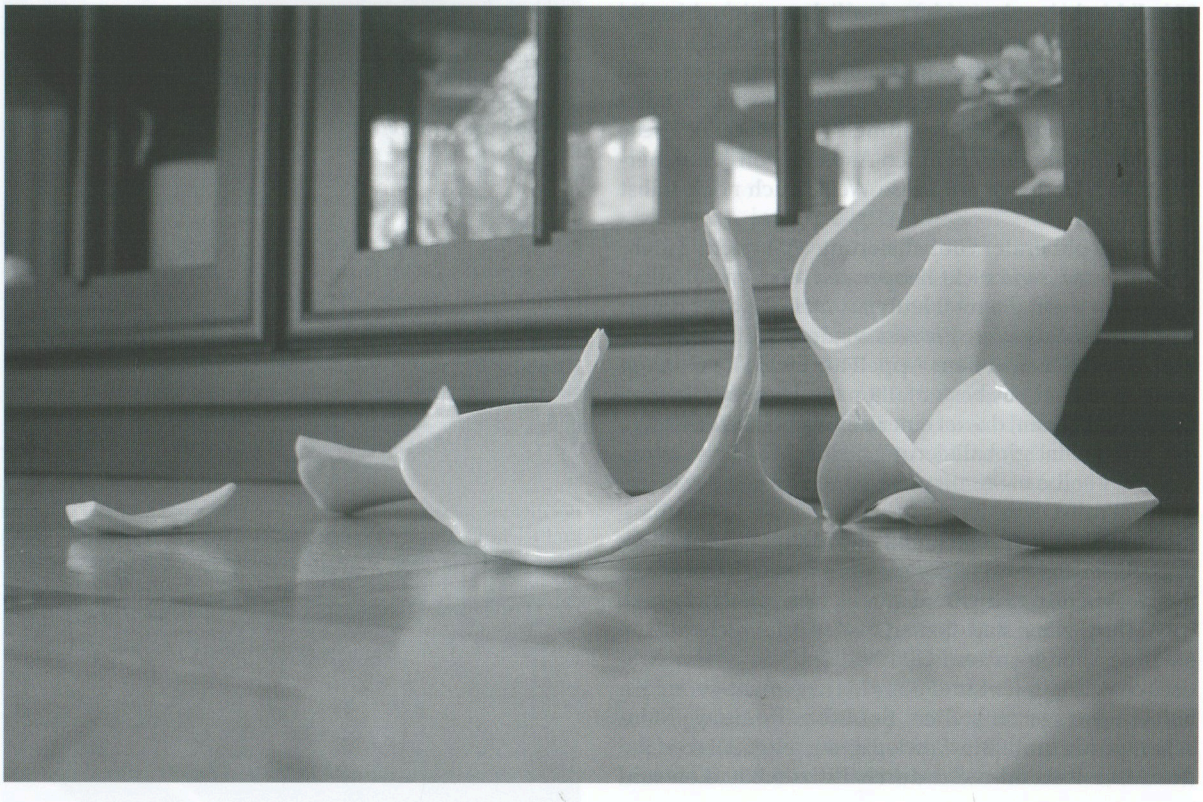
Selbst diese kooperative Problembearbeitung wäre dann vordringlich durch den Interessenkompromiss der beteiligten Akteure bedingt und daher per se keineswegs sachangemessen bzw. eine wirkliche Problemlösung. Durch die Politik des »America first« wird aber selbst diese Minimalbedingung für eine kooperative Reaktionsstrategie in zunehmenden Maße erschwert. Ironischerweise geschieht dies sogar in den internationalen Regimen, bei deren Gründung die Interessen der USA eigentlich eine zentrale Rolle gespielt haben, wie in der WTO, oder die gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Rolle spielen könnten, wie die Biowaffenkonvention. Während die US-Regierung im WTO-Prozeß zu keinen Zugeständnissen bereit ist und damit um Umfeld der Doha-Konferenz der WTO als wichtigster Bremser angeklagt wurde, ist sie aus anderen Regimen inzwischen faktisch ausgestiegen oder betätigt sich allein als Verhinderer – nicht nur in der Biowaffenkonvention, sondern auch im Rahmen des Kyoto-Protokolls der Klimarahmenkonvention und in anderen internationalen Abkommen.

Diese Entwicklung lässt auch den Umgang mit ökologischen Problemlagen nicht unberührt. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verquickt werden. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass in den Zeiten »nachhaltiger Globalisierung« die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Eine kritische Position muss sich bei dieser Problematik vergegenwärtigen, dass die Alternative »Multilateralismus versus Bilateralismus« falsch gestellt ist. Auch in multilateraler Politik und internationaler Verrechtlichung ist keineswegs klar, inwieweit die Interessen schwächerer Akteure eine Rolle spielen. Darum geht es aber ganz entscheidend.

Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie »Seattle« und »Genua« stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um negative Auswüchse der neoliberalen Globalisierung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende »Risiken« oder zu behebende Begleiter-



scheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die skizzierten dominanten Trends »nachhaltiger Entwicklung« keineswegs unwidersprochen. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, »Weltprobleme« ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED erstmals derart breit propagierte Politiktypus der »globalen Runden Tische« (an denen auch und gerne viele NGOs saßen) und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt.

Die größte Gefahr für die Bewegung dürfte in nächster Zeit von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die »zivilgesellschaftlichen« Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der »großen« Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem konfliktiv »von oben«. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der »Hofferei« (Wolf-Dieter Narr) im nun anlaufenden Johannesburg-Prozess verschenkt werden. »Nachhaltige Globalisierung« – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden.

Wichtig wäre statt dessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das »Management« von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der »nachhaltigen Entwicklung« beziehen, erscheint zweitrangig. Wichtiger scheint dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d.h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: der Glauben an die Unhintergehbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine »nachhaltige Globalisierung«, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann »nachhaltig« genannten Gesellschaft.

Ulrich Brand, Christoph Görg

[txt]

¬ Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC, www.johannesburgsummit.org

¬ Brand, Ulrich / Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich – das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, Hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn

¬ Hauff, Volker; Hg (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven

¬ Kant, Immanuel (1977): Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Werkausgabe Bd. XI, Frankfurt / Main

¬ SAPRI (2002): Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung. Zusammenfassung der Ergebnisse der Structural Adjustment Participatory Initiative. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Sonderdienst Nr. 1–2 / Januar 2002

¬ UNEP (2000): Global Environmental Outlook 2000, United Nations Environmental Program, London

¬ Unmüßig, Barbara (2001): Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 5 / Dezember, S. 1–3

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine auf ein Viertel gekürzte und leicht veränderte Version aus: Christoph Görg / Ulrich Brand (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«, das im Mai im Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster) erscheint.

forschung und alltag am institut für vergleichende irrelevanz

[I.] die idee ...

die uni muss sich verändern! sie muss in anbetracht eines weltweiten standortwettbewerbs um unternehmen und arbeitsplätze den elfenbeinturm der unabhängigen wissenschaft verlassen. will deutschland seinen wohlstand und seine rolle als wirtschaftlich führende nation in der welt wahren, müssen große anstregungen unternommen werden. an diesen sollen sich alle gesellschaftlichen kräfte mit ihren fähigkeiten und mitteln beteiligen. dabei wird den hochschulen eine wichtige rolle zugedacht: wertvolles wissen, technische, geistige und organisatorische innovationen müssen produziert sowie fachkräfte ausgebildet werden. wie diese angehenden fachkräfte und wissensproduzenten gesellschaftlich verortet sind, ihr geschlecht ist irrelevant, heißt es, das objektive auswahlkriterium der größten und besten leistung genügt. der globale wettbewerb erfordert eine konzentration auf bestimmte qualifikationen (bwl/jura/naturwissenschaften) und deren praxisnähe bzw. unmittelbare verwertbarkeit. also muss die hochschule umstrukturiert werden: ressourcen müssen verschoben, der abstieg aus dem elfenbeinturm durch die belohnung derjenigen sichergestellt werden, die für diese wissensproduktionen mittel »aus der gesellschaft« (drittmittel) respektive der wirtschaft mobilisieren können.

[II.] ... ist eine alte idee

trotz aller romantik vom schlage »früher war alles besser und es gab noch die forschungsfreiheit« ist diese argumentationsweise nicht neu. so werden zum beispiel die sozial- und geisteswissenschaften schon lange knapp gehalten und ausgetrocknet.[1] um die vermeintliche funktionalität der hochschule für die standortsicherung und berufsausbildung sicherzustellen, werden anstrengungen unternommen, die innere organsisationsform der hochschule zu ändern: so wird die kaufmännische buchhaltung eingeführt (wobei alles auf seine scheinbar unmittelbaren kosten und die dagegenstehenden einnahmen überprüfbar wird), außerdem wird der wettbewerb der hochschulen untereinander um studierende und finanzierung vorangetrieben. die hierfür angestrebte ausbildung von (forschungs-)schwerpunkten wird durch die gestärkte hochschulleitung vorgegeben. in diese schwerpunkte können sich dann die fachbereiche »hineindefinieren«,

was starke inhaltliche vorgaben impliziert.[2] natürlich können auch nur solche forschungsschwerpunkte auf finanzierung durch die in finanziellen fragen gestärkte hochschulleitung hoffen, die in dieses raster passen.[3]

gleichzeitig mit der konkurrenz der universitäten und fachbereiche verschärft sich auch die konkurrenz von studierenden und wissenschaftlerinnen untereinander. der wettbewerb erfordet nicht nur inhaltliche qualifikationen (bwl/jura/naturwissenschaften), sondern auch soziale wie selbstbewußtsein und sicheres auftreten, bluff-vermögen und ellenbogenmentalität und reproduziert somit maskuline muster. die verwertung geschlechtlicher qualifiktionen und konstruktionen schlägt sich in hierarchien in arbeitsprozess und entlohnung nieder (weibliche sekretärin/männliche professorin).

die dienstleistungshochschule im globalen standortwettbewerb bedeutet somit eine stärkung von konkurrenz und hierarchien auch entlang der klassischen linien (gender, race, konformität)

[III.] universität, gesellschaft und subjekt

der neoliberale umbau der universität vollzieht sich nicht im abgeschotteten raum, sondern ist teil einer zunehmenden gesamtgesellschaftlichen ökonomisierung (ausdehnung der warenförmigkeit). eine zunehmende ausrichtung weiter teile des lebens auf wirtschaftliche »notwendigkeiten« ist unbestreitbar. damit ist ein massiver abbau von (materiellen) leistungen für alle, die auf das arbeiten für geld (lohnarbeit / studijobs) und staatliche unterstützungsleistungen (BAföG etc.) angewiesen sind, verbunden. viele risiken, so auch das ausbildungsrisiko, werden immer mehr weg von staatlicher organisation und hin auf die einzelne verlagert. die unternehmerin, die nichts als ihre eigene arbeitskraft »produziert«, hat diese hegemoniale deutung bereits selbst übernommen und macht ihren körper zum werkzeug (produktionsmittel). immer mehr studierende erwarten von der hochschule die bestmögliche ausbildung für die sofortige verwertung ihrer selbst. schnell viel verdienen, um dann zum ausgleich auch viel freizeit konsumieren zu können. in den wirtschaftlichen und berufs- und karriereorientierten studiengängen, die diese hegemonialen deutungen selbst scheinbar wissenschaftlich begründen, ist diese einstellung naheliegend, aber auch in den ehemals »kritischeren« gesellschaftswissenschaftlichen fächern, deren studentinnen gemeinhin als interessengeleitet und weniger karriereorientiert gelten werden vermehrt forderungen nach einem am markt orientierten studium vernehmbar.. nicht die selbstbestimmten entscheidungen nach interessen und vorlieben der einzelnen stehen dabei im vordergrund, sondern die zurichtung auf die wirtschaftliche verwertung (mehrwertproduktion).

[IV.] die idee ist schlecht, doch die welt trotzdem noch nicht bereit

so glatt und bruchlos wie das ideologische programm ist dessen umsetzung allerdings nicht, denn die umbaupläne sind in sich widersprüchlich und umkämpft: so werden zum beispiel bestehende (nicht-)zusammenhänge einfach zu (neuen) schwerpunkten umdeklariert, irrelevante und weniger verwertbare fächer werden an den rand gedrängt und schließlich ganz aufgegeben, inhalte werden marktkompatibel ausgesucht und somit oft theoretisch inkonsistent, die verwaltung versagt nach zielloser umorganisation in immer weiteren bereichen ihren (sinnvollen?) dienst. allen förderungen und werbungen zum trotz schreiben sich zu wenig studierende in die naturwissenschaftlichen fächer ein und wollen zu allem übel auch

noch am bedarf vorbei sozialwissenschaften oder auf lehramt studieren. immer wieder entziehen sich einzelne professorinnen, mitarbeiterinnen oder studierende der unmittelbaren formierung (und verwertung) und ziehen sich in (forschungs-)nischen zurück. ebenso kämpfen »minderheiten« in berufungskommissionen und einstellungsverfahren, um mehr gesellschaftskritische wissenschaftlerinnen und die gleichberechtigung und förderung von frauen.

[V.] gegenidee ...

wenn wir aus einer universitären perspektive heraus für andere, emanzipative politiken argumentieren und handeln, ist es kaum vermeidbar, dass wir dabei bestehende repressive und ausschließende strukturen und mechanismen (mit- und re-)produzieren. wir stehen niemals außerhalb von ihnen und sind gezwungen, in ihnen zu agieren. dabei reproduzieren wir ei-

nen beträchtlichen teil ihrer selbst mit. somit ist diese reproduktion von verhältnissen die vorbedingung unserer interventionsfähigkeit. agieren wir im feld der universität und ihrer strukturen, erkennen wir sie an. das bedeutet, dass der widerstand gegen die bestehenden verhältnisse immer auch von innen kommt. nehmen wir dies zur kenntniss, muss die strategie der veränderung an bestehende verhältnisse (in dem falle universitäre strukturen) andocken, um emanzipatorische gegenentwürfe sichtbar, denkbar und lebbar zu machen, sie im besten fall hegemonial zu machen. der hegemoniale diskurs bringt die möglichkeiten zum eingreifen dabei selbst hervor, von seinen rändern lässt sich starten: durch vergangene kämpfe haben sich in den universitären räumen strukturen und freiräume etabliert und gefestigt, auf die heute zurückgegriffen werden kann. auf dauer muss um diese aber auch immer wieder neu gekämpft werden.[4] eine solche politik ist allerdings ein gefährliches spiel und birgt immer die gefahr in sich, instrumentalisiert und funktional eingebaut zu werden. sie wird dann oft zum zeichen für eine vorzeigeliberalität, die jedoch repressive verhältnisse überdeckt und selbstbestimmung nur in enger begrenzung zulässt. selbst diese selbstdarstellung wird aber immer mehr aufgegeben und es werden mittlerweile unverhohlen autonome räume zerstört.

[VI.] ... und gegenstrategie (wie tun?)

was bedeutet dies für linke politik? die bisherige reaktion auf »missstände« war leicht gefunden: durch die blockade von (vorlesungs-)räumen, hörsälen (dem turm) einen ausschluss provozieren, der dann spontan zu selbstorganisierten arbeitsgruppen und widerständischen aktionen führt. die störung des normalen ablaufes brachte (bisher) reflexion und aktion, so die erfahrung der vergangenheit.[5] dieser automatismus ist fraglich geworden: die forderung nach einer allein auf das spätere berufsleben ausgerichteten, schnellen und praxisorientierten hochschulausbildung wird immer stärker nicht nur von der offen interessegeleiteten wirtschaft vorgebracht, sondern auch von den studierenden selbst. »augen zu und durch« lautet dann die devise. so wurden die kreativen aktionen der gruppe »raumspiel«, die zu beginn des wintersemesters an der frankfurter uni auf raumnot und kaputtsparen aufmerksam machen sollten, oft mit desinteresse links liegen gelassen, sogar als – zusätzlich zu den eh schlechten studienbedingungen – störend bezeichnet.

unter solchen bedingungen läuft der widerstand oft auf eine verteidigung (alter) staatorganisatorischer lösungen mit forderungen nach mehr geld hinaus (materiellen zugeständnissen). das verteidigen bisheriger zugeständnisse ist jedoch nur am status quo orientiert und reicht für eine emanzipatorische politik, die herrschaftsverhältnisse überwinden will, nicht aus. weder befürworten wir eine ökonomistische zurichtung aller gesellschaftlichen bereiche entsprechend der kapitalistischen verwertungslogik, noch eine kritiklose verteidigung der bisherigen institutionen. diese sichern zwar (erkämpfte und aufgezwungene!) nischen, die sich scheinbar der logik des ganzen entziehen oder ihr widerstehen, aber sie sind gleichzeitig auch teil repressiver strukturen. unser ziel ist vielmehr freie selbstbestimmung aller ohne den ständigen kampf um die materielle und geistige reproduktion.

in dem beschriebenen klima unter den studierenden und an der universität birgt die blockade des lehrbetriebs also die gefahr in sich, lediglich zu einer noch stärkeren ablehung alternativer ansätze zu führen. das kritische potential (das durch die weiter gehende verinnerlichung herrschender ökonomistischer normen schwächer geworden ist) muss immer wieder neu hergestellt werden, bzw den raum zur entfaltung finden. waren bisher an der uni die kräfteverhältnisse im vergleich zu anderen bereichen der gesellschaft ein wenig günstiger für alternative ansätze, ist dies in veränderung begriffen.[6] die kräfteverhältnisse sind eben nichts unbewegliches und die gegenkräfte müssen immer wieder neu aufgebracht werden. mit anderen worten: wir müssen sogar befürchten, dass durch unsere aktionen (z.b. durch blockaden und aussperrungen arbeitsgruppen entstünden, deren forderungen entweder bestehende strukturen weitgehend kritiklos verteidigen oder sogar eine noch effizientere ausrichtung der hochschule beinhalten würden. solche forderungen und positionen stehen für uns nicht zur diskussion und sind auszuschließen. daraus ergeben sich auch konsequenzen für unser verständnis von öffentlichkeitsarbeit und linker praxis allgemein.

[VII.] gegenpraxis (was tun? das tun.)

für eine aktionswoche an der universität frankfurt wurde ein leerstehendes institutsgebäude der universität besetzt und darin das institut für vergleichende irrelevanz gegründet . die gründung des instituts als zusammenhang von unterschiedlichen personen und organisationen des »linken spektrums« knüpft an den bestehenden verhältnissen und widersprüchen an. die forderung nach frei nutzbarem raum entspricht den unmittelbar erlebten bedingungen der studierenden. die form sich freiraum selbst zu nehmen und zu versuchen, ihn alternativ zu nutzen, weist aber über bestehende verhältnisse, zum beispiel der unmittelbaren »raumnot« in der universität hinaus. das institut bot neben alternativen praxen und der gemeinsamen sozialen (raum-)gestaltung auch die möglichkeit, theorie und forschung als gestaltbaren raum zu erfahren und selbstbestimmt zu lernen. es wurde diskutiert, gewohnt und gemeinsam gelebt. der raum der universität wurde in diesem sinne erweitert um einen lebensraum, in dem soziale praxen reflektiert und gegenentwürfe erfahrbar wurden. im gegensatz dazu macht der universitäre raum momentan viele lebensentwürfe und soziale praxen unsichtbar. diese werden aktiv und bewusst durch die vertreibung und aussperrung von obdachlosen oder die permanente nichtthematisierung von gesellschaftlich marginalisierten gruppen (bspw schwulen und lesben) in der theoriebildung und lehre unmöglich gemacht.

der name »institut für vergleichende irrelevanz« stellt zum einen den universitären bezug her, bricht diesen dann aber ironisch, da zum einen vergleichende irrelevanz (universitäts- und wissenschafts-)

logisch unmöglich ist und zum anderen sich darunter die irrelevantisierten der herrschenden diskurse und strukturen wiederfinden.

da institut sowie universität nicht im luftleeren raum existieren, sondern in einem stadtteil, auf dessen entwicklung die universtität einfluss hat, verweist die besetzung eines leerstehenden institutsgebäudes, das auch wohnraum werden könnte, auf das umkämpfte städtische umfeld der universität. zum einen ist anzunehmen, dass die umzugs- und verkaufspläne der frankfurter hochschulleitung eine ganze gewachsene stadtteilstruktur zerstören werden und zum anderen

fehlt in der stadt der zahlungskräftigen bänkerinnen der für studierende bezahlbare wohnraum sowie der raum für alternative, nicht an der kleinfamilie orientierte lebensformen. solcher wohn- und lebensraum passt nicht in das leitbild der städtischen politik von einer prosperierenden »global city«. an diesem leitbild orientiert werden derzeit massive anstrengungen unternommen, damit frankfurt zu einer »globalen stadt« wird. dabei wird versucht, möglichst viele firmenzentralen, »finanzdienstleistungen« und banken in frankfurt anzusiedeln, um zum »steuerungszentrum« weltweiter verwertungsbeziehungen zu werden und so ein möglichst großes stück vom gesellschaftlich produzierten reichtum abzubekommen. die hoffnung ist, dass zum einen die unternehmen dann hier steuern in den gemeindesäckel zahlen und zum anderen deren gut verdienenden angestellten hier einkommensteuer zahlen und einen großen teil ihres einkommens auch ausgeben. es wird deswegen für den entwicklungsraum für immobilien gesorgt und die stadt an vermeintlichen bedürfnissen der globalisierten oberschicht ausgerichtet. dafür soll die stadt sauber und von »bedrohlichen« randgruppen und minderheiten frei gehalten werden, damit sich alle (?) »sicher« fühlen und ungestört konsumieren (einkaufen) können.[7] an dem dabei entstehenden verdrängungsdruck beteiligt sich die universität munter mit einem privatisierten sicherheitsdienst. die besetzung des leerstehenden institutsgebäudes verortet das institut in diesen auseinandersetzungen gerade durch das zeitweise ermöglichen einer anderen praxis.

[VIII.] gegenöffentlichkeit

wir haben es vermieden, anfangs mit konkreten forderungen oder analysen aufzutreten; sondern haben in den auf dem campus verteilten flugblättern und der ersten pressemitteilung dazu eingeladen, diese während der woche in den diskussionen gemeinsam zu erarbeiten. in der organisation des alltäglichen trat dann die außenwirkung in den hintergrund, so dass wenig von dem, was tatsächlich geschah, nach außen drang und wenig zeit zur inhaltlichen positionierung blieb. dafür wurden wir zum teil heftig kritisiert. die entgegnung, dass eigene alternative praxen und eine selbstverständigung erst stattfinden müsse, ist weiter umstritten. tatsächlich blieb die theoretische verständigung hinter unseren erwartungen zurück. ob das an der form der aktion lag, wird sich bei den nächsten aktionen zeigen müssen.

darüber hinaus hat sowohl die inhaltliche / diskursive als auch die stark räumliche fokusierung (das haus stand abseits vom alltäglichen universitätsbetrieb) bestimmte gruppen gänzlich unberücksichtigt gelassen, mensch könnte sagen ausgeschlossen, da sie kaum die möglichkeit hatten, sich zu informieren oder einzubringen. sosehr wir uns auf »allgemeinpolitische« probleme beziehen, wird hier sichtbar, dass sich unsere zusammenhänge zum größten teil aus studentinnen der geistes- und gesellschaftswissenschaften zusammensetzen und auch genau diese wieder angesprochen werden. wir wollten in unserem auftreten deutlich machen, dass trotz heterogener und offener zusammensetzung der konsens besteht, dass die herrschenden verhältnisse nicht nur zu reformieren, sondern die gesellschaft grundlegend anders zu gestalten ist. die »massen« sollten nicht um den preis eines verzichts auf die grundlegende analyse und kritik des kapitalismus mobilisiert werden.

[IX.] alltag und institut(ion)

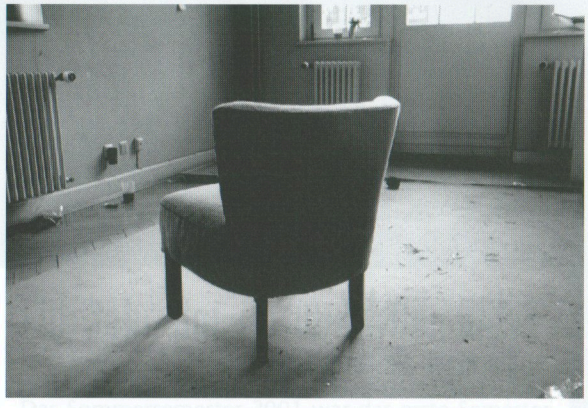
die vorherrschenden verhältnisse erzeugen nicht nur durch (materielle) zugeständnisse zustimmung. sie gewinnen ihre stärke gerade dadurch, dass zum einen nur bestimmte soziale praxen dauerhaft möglich sind und zum anderen der raum sowie die struktur von politischen auseinandersetzungen festgelegt ist. dies aufzubrechen muss gelingen, um emanzipative formen zu ermöglichen. denn was gedacht, gelebt und gefordert werden kann, hängt von den bestehenden hegemonialen verhältnissen (alltagspraxen) und deutungs-

mustern ab. ohne die reale erfahrung, dass anderes möglich ist, als vorgesetztes (auswendig) zu lernen, werden auch die deutungsmuster von einer reinen ausbildungshochschule nicht durchbrochen werden. damit wird die forderung nach mehr raum für selbstbestimmtes leben und lernen erst dann stark, wenn positiv besetzte erfahrungen dahinter stehen. diese müssen sowohl an bestehendes anknüpfen, als auch über die herrschenden strukturen hinaus gehen. dabei bedingen sich diskurse und altagspraxen gegenseitig und können nicht jeweils allein radikal verändert werden. das heißt aber auch, dass nicht jede, die mehr raum fordert, die logisch-sachliche begründung dafür abspulen können muss, sondern dass auch die konkrete erfahrung der selbstbestimmten formen diese rechtfertigt. wenn nun herkömmliche protestformern bestehende ideologien reproduzieren, dann hat die form des instituts das ziel, jene zu überwinden, um sich von diesen lösen zu können. idealerweise sollte das institut die herrschenden ideologien in frage stellen und durch die gelebten gegenentwürfe ihre widersprüche sichtbar machen.

die alternativen praxen, die über das bestehende hinausgehen, werden aber nur möglich, wenn sie zum einen bestehenden strukturen abgetrotzt werden und zum anderen die akteure es als erstrebenswert ansehen, sie dauerhaft zu reproduzieren. für das erstere wurde ein institutsgebäude besetzt und eine duldung durch die universitätsleitung in kauf genommen, die vorhandenen möglichkeiten also bis zur repressionsgrenze ausgenutzt und ausgeweitet. das zweite führte zu der feststellung, dass widerstand auch spaß machen muss. der eigentliche gründungsakt des instituts war nach der besetzung deshalb auch die erste party. als offizielles »programm« fand nur statt, was leute lust hatten anzubieten. das eigentlich wichtige forschungsprogramm des instituts war auch nicht die theoriebildung, sondern die alltägliche praxis: die unzähligen diskussionen beim bier oder zwischen tür und angel, das zusammenleben mit den leuten der initiative »gemeinsam leben im 21. jahrhundert« oder die abschlussdemonstration. vor dieser war deutlich, dass keine massen erscheinen würden. 30 leuten liefen dann vorwärts und rückwärts durch bockenheim und erzeugten einige irritationen in der umwelt. ausgangspunkt war nicht »scheiße, nur so wenige«, sondern das wissen um die berechtigung der eigenen position und der willen spaß bei ihrer artikulation zu haben; das frusterlebnis einer gewaltsamen räumung wäre sicher in anderer erinnerung geblieben. die strategie war, an die repressionsgrenze zu gehen, den reiz des grenzbereiches des »legalen« auszunutzen und dabei spaß zu haben.

[X.] drinnen beiben / zukunft

notwendigerweise gab es aber auch anschlüsse an das kritisierte: eine klare aufgabenverteilung wer kocht und wer theoretisiert, wer saubermacht und wer feiert, war eine der konkreten erfahrungen der besetzungswoche: in weiten teilen kam es zur reproduktion von maskulinität. dass gerade das bestehende geschlechterverhältnis so offensichtlich reproduziert wurde, ist sicher kein zufall. geschlechtliche identität ist diejenige, die uns sehr früh als handlungsfähiges subjekt konstituiert. zweigeschlechtlichkeit und heterosexismus sind in uns allen und im bürgerlichen diskurs stark verankert und internalisiert. obwohl das ziel die auflösung von eindeutigen geschlechtszuweisungen und zweigeschlechtlichkeit ist, ist gleichstellungspolitik aufgrund der realen und alltäglichen diskriminierung von frauen auch bei uns unverzichtbar. genau dies gilt es in der reflexion der eigenen praxen festzustellen und an der überwindung in den eigenen praxen zu arbeiten. themen, die in der theoretischen



auseinandersetzung wenig raum eingenommen haben, werden dabei genauso zu benennen und zu reflektieren sein, wie die verschiedenen ausschlüsse in den alltagspraxen. die geschlechterhierarchie steht hier nur als ein herausgegriffener punkt als aufgabe für die zukunft des instituts.

dieses trifft sich weiterhin und hat, vor in ähnlichen formen auch im nächsten semester im bereich der universität durch besetzende forschung aktiv zu bleiben. der bedarf an freiräumen ist groß, wird mit der zunehmenden zerstörung autonomer räume immer größer. das institut hat es sich zur aufgabe gemacht, diesen notstand nicht nur zu thematisieren, sondern auch abhilfe zu schaffen.

nico hausmeister, tapete 75

1 — dies ist in frankfurt vielleicht besonders leicht zu sehen: der afeturm ist seit dreißig jahren nahezu unverändert. bauerhaltungsmittel der universität wurden in neubauten und berufungsmittel anderer fachbereiche umgeleitet. das verhältnis studierender zu professorinnen liegt im spitzenfeld zu ungunsten der studiereden

2 — vgl. oliver brüchert: www.links-netz.de/K_texte/K_bruechert_hopo.html

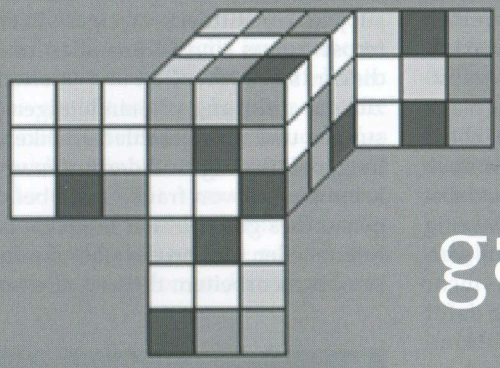
3 — vgl. den frankfurter hochschulentwicklungsplan: www.uni-frankfurt.de/ltg/entwicklung/HEP/Inhalt.html

4 — siehe die texte zu tuca und ig-farben campus in diesem heft, *red.*

5 — vgl. *hibiskus* aus dem letzten streik 1997: www.copyriot.com/diskus

6 — siehe auch www.raumspiel.de.vu

7 — vgl. susanne heeg: Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik in spw 118/2001, www.spw.de die autorin war referentin auf einer veranstaltung im institut.



garip dünya

»Hey, Sie!«

– Die Stadt als Vorgarten

»*Hey, Sie da!*« sagt's von hinten. Sich angesprochen fühlen. Also rumdrehen. Die rote Karte vor der Nase. Platzverweis. Man ist ertappt–blamiert–raus. 15,– 20,–40,–150,– Euro. Wegen der unsachgemäßen Behandlung von Wertstoffen. Wegen der KippeDosePommes. Ermahnungen anhören. Besserung gelobigen. Sich hinter dir Ohren schreiben, dass eine schöne Stadt eine ordentliche Stadt ist. Eine Stadt sittlicher Bürger, ohne ~~JunkiesPennerNichtsnutze~~-KippenDosenPommes. Eine Stadt des Vorhersehbaren, des gestriegelten Rasen, aufgeräumter Gesichter und blitzeblanker Kundenräume.

»*Hey, sehen Sie!*« sagt's vom Plakat. Sagt die Stadt, der grüne Sauberkeitsbeauftragte, die Gewählten. Wir tun was, allesamt, weil wir wissen, was sich gehört. Weil wir die Probleme der Stadt und auch die Sorgen des kleinenMannesBankersKonsumenten kennen und zu lenken wissen. Schluss mit pädagogischer Aufklärung. Strafe und PR bzw. Strafe als PR müssen sein. Und die ganze Stadt mit Plakaten zugeschissen. Eine Demonstration plakativ-repressiver Bürgernähe.

»Hey, sehen Sie die da!« – Wer Zeitung liest, der sieht's. Das, was die Plakate nicht zu sagen wagen. Jene, die sich durch KippeDosePommes vergehen, sind jene, deren Namen mit -ivic enden oder Kringel am C tragen. Kulturkonflikt. Sagen die Zeitungen. Und ein Nachbarskonflikt. In Höchst sind 20 000 Rote Karte »vergriffen«. Um sie Kollegen und Nachbarn in die Hand zu drücken. Ich bin stolz, ein Denunziant zu sein.

»*Hey, ich da!*« – Die *Hey, Sie*-Ordnungsmacht im eigenen Kopf. Wohin bloß mit der Kippe? Schaut der zeitungsbekannte dicke kleine Bulle, Feldkommisar Ackermann, um's Eck oder durch die Kamera? Verdammt noch mal, ich brauche einen Taschenaschenbecher. Oder doch lieber beiläufig subversiv sein. Fragen im neuen Frankfurter Alltag.

Und solange all das so ist, so lange bleibt Müll funky. Da gibt es kein Pardon.

Innenstadtgruppe FFM_02

Den Nazis auf die Pelle rücken (Part Zwei)

– Kein Naziaufmarsch am 1. Mai 2002 in FFM.

Letzte Informationen zum Nazi-Aufmarsch am 1. Mai und zum Stand der Mobilisierung gibt es am 29. April um 20.00 Uhr im Exzesss, Leipziger Straße 91, Frankfurt/M.

http://antifa.frankfurt.org/

»Ausgerastert«

– Hessische Fahndung rechtswidrig

6000 Studierende sind in Hessen in das Netz der Rasterfahndung geraten – rechtswidrig, wie das Urteil des Frankfurter Oberlandesgericht vom 21.02.2002 feststellt. Zunächst weist es darauf hin, dass die Studierenden durch die Rasterfahndung in ihrem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 I iVm. Art. 1 I GG) verletzt werden. Der Einzelne hat das Recht, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden. An einen Grundrechtseingriff werden daher hohe Anforderungen gestellt. Das Hessische Polizeirecht verlangt deswegen eine richterliche Anordnung des »Datenabgleichs« und das Vorliegen einer »gegenwärtigen Gefahr« für hohe Rechtsgüter (§ 26 I + IV HSOG). Dies ist die höchste Steigerungsform des ausdifferenzierten rechtlichen Gefahrenbegriffs, die erst dann vorliegt, »wenn die Einwirkung des schädigenden Ereignisses bereits begonnen hat oder unmittelbar oder in allernächster Zeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bevorsteht« (OLG). Somit reicht weder die bloße Möglichkeit terroristischer Anschläge noch eine angebliche »Dauergefahr«. An einer solchen gegenwärtigen Gefahr fehlt es aber gerade. Die Bundesregierung hatte selbst unmittelbar nach den Anschlägen erklärt, dass es »zur Zeit keinen Anlass zur Besorgnis gibt«.

Daneben signalisiert das Gericht außerdem, dass selbst bei Vorliegen einer solchen Gefahr die Maßnahme rechtswidrig wäre, da an der Verhältnismäßigkeit »erhebliche Zweifel« bestünden: sie ist ein Massengrundrechtseingriff, der ohne konkrete Anhaltspunkte viele sog. »Nichtstörer« ins Visier nimmt, obwohl andererseits die praktische Bedeutung »gering« ist. Entgegen dem herrschenden Eindruck in der Öffentlichkeit ist die Rasterfahndung tatsächlich ein Flop. (Natürlich ist sie für eine rassistische Kriminalisierung und Normalisierung ein weitaus geeigneteres Mittel.) Selbst zu RAF-Zeiten gab es lediglich einen »Fahndungserfolg« (*ak* v. 25.10.2001).

Die Hessische Rasterfahndung war also offensichtlich rechtswidrig. Der Unipräsident Rudolf Steinberg allerdings – Jurist mit Schwerpunkt auf dem Öffentlichen Recht – sah nicht die geringste »Veranlassung, Daten zurückzuhalten« (*FR* v. 29.09.01). Somit lieferte er bedenkenlos die Daten von 500 Studierenden an das LKA weiter. Es fragt sich, ob er den »Aufgaben des Amtes« gewachsen ist, wie dies § 42 I, S. 1 des Hessischen HSchG verlangt. Aber auch die hessische Regierung, die Ende April sowohl die »gegenwärtige« Gefahr als auch die richterliche Genehmigung gleich ganz aus dem Polizeigesetz streichen will, um die Rasterfahndung nach dem Urteil fortführen zu können, scheint die OLG-Entscheidung nicht gelesen zu haben. Ein solches Gesetz entspräche schon gar nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen einer Einschränkung der informationellen Selbstbestimmung (so auch der Datenschutzbeauftragte Zezschwitz). Auch hiergegen lohnt es sich zu klagen.

Sonja Buckel

Ein Jahr Uni im IG-Farben Haus

Das Sommersemester 2001 war das erste Semester für die Kultur-, Sprach-, und Geisteswissenschaften im IG Farben Gebäude. Ein Jahr danach zeigt sich, was sich durch den Umzug der traditionell eher linken Fachbereiche jenseits der Adresse änderte: der Uni-Alltag ist vollends mit Gegenwart beschäftigt und die Gegenwart mit der Zukunft (der individuellen Lohnarbeit). Die Geschichte des Gebäudes wird immer mehr zurückgedrängt.

Zur Erinnerung: Hier hatte der IG Farben Konzern, deren Tochterfirma u. a. das Gas herstellte, mit dem in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen vergast wurden, seinen Hauptsitz. Im Oktober 2001 wurde mit der offiziellen Eröffnung die Debatte um das Gedenken der Opfer der IG Farben beendet: Die Ausstellung ist installiert und der Gedenkstein eingelassen. Den Opfern hat man nun genug gedacht und endlich kann man sich dem schnellen und zukunftsfähigen Studium widmen. Mit bewältigter Vergangenheit studiert es sich auch gleich viel angenehmer.

Disziplinierende Architektur in Richtung geradeaus

Den Uni-Präsidenten Steinberg füllt der neue Campus mit Stolz: »Wir bauen die modernste Universität Europas« und wenig überraschend ist, was mit modern gemeint ist: die Uni wird als Standortfaktor verstanden, an dem nach wirtschaftlichen Kriterien studiert werden soll – output-orientiert, effizient, schnell. Das ist heute nichts Außergewöhnliches, jedoch gelingt es im IG Farben Gebäude besonders gut ein die-Uni-ist-nur-zum-studieren-da-Klima zu schaffen. Außer Uni gibt es auf dem Campus und

drumherum nichts, außer studieren ist hier nichts möglich. Neben den Fachschaftsräumen gibt es keinen festen Raum für studentische Projekte oder Veranstaltungen. Nach 20.00 Uhr kann nur das Gelände betreten, wer von den PförtnerInnen des Sicherheitsdienstes auf das umzäunte Gebiet gelassen wird, Veranstaltungsräume länger als bis 22.00 Uhr zu bekommen ist ein großer bürokratischer Akt, der selbst dann oft nicht von Erfolg gekrönt ist, wenn die Räume frei sind (Dafür werden Räumlichkeiten gerne an Stiftungen oder Vereine vermietet, deren kostüm- oder schlipstragende TeilnehmerInnen einen abgegrenzten Bereich mit Tischdeckchen in der Mensa bekommen). Besonders deutlich zeigte sich das Raumproblem bei der ersten Vollversammlung aller Fachbereiche im IG Farben Gebäude, die mangels Alternativen im Eingangsbereich stattfand und von Zivibullen und Sicherheitskräften bestens besucht war: die Akustik war derart schlecht, dass man weder mit noch ohne Megafon etwas hörbares sagen konnte.

Es ist nicht so, dass es keinerlei kritische Veranstaltungen gibt, man bekommt jedoch schwieriger von ihnen mit. Wie auch, wenn Plakate direkt wieder vom Sicherheitsdienst abgerissen werden, wenn das Flugblatt-Verteilen in der Mensa nur mit Genehmigung erlaubt ist – was nicht heißt, dass man sich daran halten würde – es verhindert aber, dass Politik in den Unialltag selbstverständlich dazugehört. Linke Politik geht heute zum Großteil davon aus, dass sie Nischen aus vorigen Zeiten nutzt, verteidigt und von ihnen aus agiert. Vorige Zeiten linker Politik aber gibt es im neuen Gebäude nicht und somit auch keine Räume, in denen anders gelehrt, studiert oder gar gelebt wird. Alles muss neu erkämpft werden, in einem Rahmen, in dem Aushandlungsprozesse eigentlich schon gelaufen sind.

Sarah Dellmann

It's Steinbergs way

– Uni-Leitung lässt ohne Vorwarnung das TurmCafé räumen

Einige Studierende staunten am 26.03.02 nicht schlecht, als sie den Turm betraten und miterleben mussten, wie Mitarbeiter des Studentenwerks das *TurmCafé* (TuCa), das selbst von der Telekom als »ein Lichtblick im ansonsten wenig ansprechend gestalteten Uni-Turm« (Gelbe Seiten, S.91) gewürdigt wird, abrissen.

Es war eine gewissenhaft geplante Nacht-und-Nebel Aktion der Uni-Leitung, die es natürlich nicht für nötig hielt, die BetreiberInnen oder die Fachschaft über den Abriss des Cafés zu informieren. Gewählt wurde der bequemere Weg und die NutzerInnen des Turms vor vollendete Tatsachen gestellt. Entsprechend fix war dann auch die Einrichtung des Cafés demontiert und durch formschöne Fertigbauteile ersetzt. Als ca. fünf Studierende dagegen verbal protestierten, wurde einer zuerst tätlich von einem Mitarbeiter des Studentenwerks angegriffen und keine fünf Minuten später standen dreißig behelmte Polizisten bereit, die Personalien der umstehenden Studierenden aufzunehmen und das Abrisskommando zu »schützen«. Den Studierenden wurde zudem noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs angedroht, sollten sie es wagen, sich noch länger in der Nähe des Geschehens aufzuhalten. Als sich am Nachmittag dann doch mehrere Menschen einfanden, um sich ein Bild von der Situation zu machen, war der Studentenwerkskiosk schon fast vollständig aufgebaut.

Eine politische Auseinandersetzung der Uni-Leitung mit den Studierenden findet aber auch sonst nicht statt. Konflikte werden bevorzugt durch Einsatz des uni-eigenen Sicherheitsdienstes oder notfalls der Polizei »gelöst«. Nicht zuletzt die studentische Aktionswoche im letzten Semester zeigte, dass es mittlerweile offensichtlich schon zur Normalität dieser Universität geworden ist, studentische Proteste – so zaghaft, harmlos und friedlich sie auch sein mögen – durch bewaffnete Zivilpolizisten begleiten zu lassen.

Die private Schlägertruppe, mit deren Hilfe das Universitätsgelände seit einigen Semestern von Obdachlosen freigehalten wird, reicht scheinbar nicht mehr aus. Dem Sicherheits- und Sauberkeitswahn sind keine Grenzen gesetzt, alles was der Vorstellung von Uni-Präsident Steinberg, Kanzler Busch und ihren Lakaien zuwider ist, muss weg – mit allen Mitteln.

Mit dem *TurmCafé*, dem letzten selbstverwalteten Raum an der Universität, trifft es diesmal ein besonderes »Steckenpferd« der Uni-Leitung: In den vergangenen zwölf Jahren – so lange existiert das TuCa nun schon – gab es immer wieder Versuche, das studentische Café durch einen Kiosk des Studentenwerks zu ersetzen. Regelmäßig scheiterten diese Versuche aber am Widerstand der Studierenden im Uni-Turm. Zuletzt versuchte die Uni-Leitung vor eineinhalb Jahren, das Café unter dem fadenscheinigen Vorwand des »Brandschutzes« zu schließen: Selbst Metalltische mit Pressspahnplatten, wie sie überall in den Räumen der Universität zu finden sind, galten der Unileitung, die sich in solchen Fällen für keine Absurdität zu schade ist, plötzlich als »überdurchschnittliche Brandlast«.

Vermutlich gewährt ein Kiosk im bekannt muffigen uni-style am zuverlässigsten, dass die »Studis« nach einer Pause schnell wieder in ihr Seminar und nicht auf »dumme« Gedanken kommen. Die Sterilität der Räume ist letztlich nur räumlicher Ausdruck

für die stromlinienförmige Zurichtung der Studierenden zu standortgerechten Modulen.

- Die Räumung ist nicht hinnehmbar!
- Für die Widereröffnung des *TuCa*!
- Für die bedingungslose sofortige Herausgabe aller beschlagnahmten Sachen und Einrichtungsgegenstände!
- Für die Erkämpfung selbstverwalteter Räume – jetzt erst Recht!

TuCa lebt!

Übergriff bei Palästina-Soli-Veranstaltung

Am Abend des 15. März fand in Frankfurt eine Veranstaltung der Gruppe »Linksruck« statt, bei der es zu einer Schlägerei kam.

Der Linksruck hatte für diesen Abend zu einer Veranstaltung gegen Israel geladen. Der Titel war immerhin nicht allzu plakativ, was vielleicht auch einer der Gründe für den relativ schwachen Besuch war. »Israel und der palästinensische Widerstand: Gibt es eine Lösung?« So stand es auf unzähligen Plakaten (nicht nur) rund um den Frankfurter Uni-Campus. Auf dem Podium saßen ein Vertreter der Frankfurter PDS, ein Sprecher der Palästinensischen Gemeinde Frankfurt, der Vorsitzende der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und ein führendes Mitglied des Linksruck.

Da uns, VertreterInnen diverser Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet, die zutiefst antiisraelische und antisemitische Grundhaltung des Linksruck bekannt ist, die immer mit einer geradezu lächerlichen Verherrlichung der »Völker« einhergeht (auch das deutsche »Volk« bestehe vor allem aus »Millionen von Widerstandskämpfern« heißt es in einem LiRu-Text über den Nationalsozialismus), hatten wir beschlossen, die Veranstaltung zwar nicht zu sprengen, aber immerhin unsere Kritik deutlich zu machen. Deshalb hatten wir uns an der Treppe zum Versammlungsort platziert und verteilten dort unsere Flugblätter mit Texten von sinistra: »Antizionismus und Antisemitismus«: www.copyriot.com/sinistra/magazine/09.pdf) und Jean Améry: »Der ehrbare Antisemitismus« (http://germany.indymedia.org/2002/02/16467.html). UnterzeichnerInnen des Flugblatts waren: sinistra! radikale linke, Feministisch-Autonome Unifrauen, Les Croquembouches, Antideutsche Gruppe Mainz/Wiesbaden, Antifa-Referat des AStA der Uni Frankfurt, AK Kritische Theorie FH Frankfurt und die Anti-Antisemitismusgruppe R/M.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die VertreterInnen des Linksruck friedlich verhalten, wollten wohl ihren Pluralismus demonstrieren, boten uns sogar an, im Saal mitzudiskutieren. Wir hatten dazu aber keine Lust. Nachdem nun die Veranstaltung begonnen hatte und die Tür zum Saal geschlossen worden war, hörten wir schon nach sehr kurzer Zeit von drinnen Geschrei und Getrampel. Es hatten nämlich einige von uns drinnen ein Transparent mit dem Slogan »Solidarität mit Israel!« aufgerollt. Die Veranstaltungsleiterin versuchte noch, so etwas wie eine Kanalisierung des Protests, indem sie uns aufforderte, an der Debatte teilzunehmen. Abgesehen davon, dass das nicht in unserer Absicht lag, hätte dazu auch keine Möglichkeit bestanden, denn schnell stürzten sich aus einer tobenden Menge von zwanzig bis dreißig Personen heraus zwei (mutmaßliche) Mitglieder der Pali-Gemeinde gemeinsam mit einem Linksruckler (den wir kennen und genau gesehen haben, hinterher wollten die Linksruckis es nicht gewesen sein!) auf die drei Personen mit dem Transparent, entrissen es ihnen und schlugen mit unvermittelter und durch nichts als dieses Transparent provozierter Gewalt auf sie ein. Dabei ging ein Genosse zu Boden, nachdem er zwei kräftige Schläge ins Gesicht abbekommen hatte und wurde – am Boden liegend – von dem oben schon erwähnten Mann mehrfach getreten, eine unserer Genossinnen wurde ebenfalls geschlagen. Zum Glück wurden die Schläger von ihren Freunden einigermaßen gebändigt, weshalb die angegriffenen nach einigem Geschrei den Saal verlassen konnten. Unser Genosse hat nun ein blaues Auge, Schmerzen im Kiefergelenk und blutende Schürf- und Kratzwunden auf der Brust unterhalb des Halses davongetragen. Trotz mehrfacher Aufforderung, die Veranstaltung wegen der Gewalttätigkeiten aufzulösen oder zumindest die Schlägertypen rauszuschmeißen, wurde die Veranstaltung völlig normal abgewickelt und der Vorfall im Saal nicht weiter thematisiert.

Dies bedeutet für uns eine offenkundige Solidarisierung der kadermäßig strukturierten Politsekte Linksruck mit den Schlägern und wir gehen davon aus, dass mittlerweile bereits die Bekundung einer Solidarität mit Israel für diese Leute ausreichend ist, Gewalt anzuwenden. Natürlich wurden wir als »Nazis«, »Faschisten« und »Zionistenschweine« beschimpft, während sich drinnen die Soli-Gemeinde mit den antisemitischen Schlägern (zumindest stillschweigend) solidarisierte. Womöglich ist es auch Ausdruck eines letztlich rassistischen Multikulti-Konsenses, dass man Vertretern eines »unterdrückten

Volkes« kleine Gewaltausbrüche einfach durchgehen lässt oder sie schlicht für berechtigt hält. Das ist aber natürlich nur Spekulation, schließlich hatten wir keine Lust mehr auf eine Debatte mit derartigen Leuten.

Wie wir nachher noch von einer Person erfahren durften, die das zweifelhafte Vergnügen hatte, dem Fortgang der Veranstaltung im Inneren des Saales weiter beiwohnen zu dürfen, kam es erwartungsgemäß zu heftigen antisemitischen Ausfällen: Der Linksruck-Vordenker Volkhard Mosler sprach auf dem Podium, den unsäglichen Topos von »Auschwitz als Besserungsanstalt« bemühend, davon, dass die »Lehre« [!] aus dem Holocaust die Bekämpfung des Rassismus [!] sein müsse und dass, wenn einstige Opfer nun selbst Faschisten geworden seien, diese »Lehre« doch auch und gerade für Israel gelten müsse. Als im Fortgang der »Diskussion« ein dezidiert propalästinensischer Zuhörer zu bemerken wagte, er habe zwar Verständnis für die Aktionen militanter Palästinenser im Westjordanland, könne aber Splitterbombenanschläge gegen israelische Zivilisten nicht gutheißen, kam es zu tumultartigen Szenen und der Diskutant wurde niedergebrüllt. Dass in einer derartigen Stimmung dann auch mit der völkisch-rassistischen These »Araber sind doch schließlich auch Semiten« der Antisemitismusvorwurf gegen Israel zu wenden versucht wurde, vermag da kaum noch zu verwundern. Den »Höhepunkt« der Veranstaltung bildete dann aber die von einigen ans Mikrofon getretenen Besuchern expressis verbis vorgetragene Leugnung von Auschwitz: »Der Holocaust wurde 1948 von den Amerikanern erfunden«, hieß es. Auch das für Linksruck selbstverständlich kein Grund, die ekelhafte Veranstaltung aufzulösen.

Solidaität mit Israel!

Les Croquembouches &
Anti-Antisemitismus-Gruppe Rhein / Main

Crossover Summer Camp

3.-11. August 2002, bei Berlin

Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u. a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema.

Es geht uns dabei darum, neue Widerstandsperspektiven zu eröffnen.

Das Programm für das Camp umfasst politische Aktionen, Performances, Diskussionen, Theorieworkshops, Küchenarbeit, Tanzen, Musik, Aufräumen und noch viel mehr.

Ziel des Ganzen ist, Leute aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammenzubringen, ... Schnittstellen zu finden, neue Bündnisse zu schaffen, an Interventionsformen zu arbeiten und damit neue Impulse für eine radikale, emanzipatorische, libertaere, linke, antirassistische, feministische ... politische Praxis zu geben.

Wir suchen noch UnterstützerInnen und MitstreiterInnen. Ihr seid herzlich eingeladen!

Die OrganisatorInnen

summercamp@squat.net
www.summercamp.squat.net

summer camp c/o A6-Laden,
Adalbertstrasse 6, 10999 Berlin

[siehe auch diskus *1.01, S. 45 – 47 und* diskus *3.01, Seite 56 – 57]*

Bis ans Ende der Stadt

– Wagenplatz Rödelheim

Die Geschichte der Räumungen alternativer Wohnprojekte geht weiter. Nach Auflösung der M-Barrax, ehemaliges Kasernengelände in Höchst, letztes Jahr, nun ein Brief vom Gerichtsvollzieher an die Adresse der Rödelheimer: Es droht eine illegale (!) Zwangsräumung am 12.04.02; denn der vorliegende Räumungstitel richtet sich gegen keineN der derzeitigen BewohnerInnen. Ursache war die Kündigung jenes mündlichen Vertrages seitens der Stadt, der den BewohnerInnen diesen Platz als Ersatzgelände für frühere in Aussicht gestellt hatte; der Grund: einige übereifrige Bürger in der Nachbarschaft und ein konservativer Ortsbeirat.

Objekte politischer Willkür.

Machtspielchen. Hauen und Stechen.

Das Gelände der alten Ziegelei liegt brach, und dort zwischen Schrebergärten und Tierfriedhof, könnte man meinen, stört es nicht, wenn Menschen wohnen; aber kein Grillfest und kein Flohmarkt rotten Feindseligkeiten gegenüber Andersdenkenden aus.

Engstirnigkeit

Wir sehen keinen Grund, von der Ziegelei wegzugehen. Auch wenn sie uns bis ans Ende der Stadt jagen wollen: die Stadt ist rund! Unser Projekt bleibt. So oder so oder anderswo!

Stadt beleben.

Die Bewohnerinnen und Bewohner
des Wagenplatzes Rödelheim

Gewerkschaft heute

– IG-Metall führt Prozess gegen BesetzerInnen

Das City-West-Areal beim Westbahnhof (Nähe Voltastrasse!) ist eine Spielwiese für Grundstücksspekulanten und Immobilienanleger – und außerdem ein gutes Beispiel für die städtische Umstrukturierung, die auf immer noch effizientere Vernutzung von Flächen und Gebäuden (und Menschen) zielt. Um auf diese Missstände hinzuweisen, haben Menschen vor einiger Zeit (August 1999) einen Teil dieses Geländes mit Bauwägen besetzt. Zufälliger Weise gehörte eben jenes besetzte Stückchen Wiese nun der Grundstücks-Verwaltungs-Gesellschaft der IG-Metall, kurz IGM/GVG. (Gewerkschaften dürfen keine Gewinne anhäufen und auch nicht mit Grundstücken spekulieren; deswegen die rechtliche Abwicklung solcher Transaktionen über die Tochtergesellschaft GVG).

Der Versuch, ein paar Bauwägen loszuwerden, scheiterte zunächst an der Exekutive, die keine Gefahr im Verzuge sah und nicht räumen wollte; tatsächlich waren die BesetzerInnen ruhig und friedlich. Darauf hin wurde eine privatrechtliche Klage auf über 25 000 Euro Schadensersatz angestrengt, und so gingen sie dann doch »freiwillig« wieder, stellten aber der GVG noch ein Bein: den Vergleichsvorschlag, nie wieder ein Grundstück oder Gebäude der IGM/GVG oder einer ihrer Gesellschaften zu besetzen, nahm man nicht an und ließ es auf eine Verhandlung ankommen, nicht nur, um der IGM/GVG keine Scherereien zu ersparen, sondern auch, weil sie nicht einmal bereit war, offen zu legen, was ihr alles gehört (manche Dinge sollen eben nicht an die Öffentlichkeit gelangen ...).

In aller Ruhe sprach kürzlich die Legislative ihr Urteil: die »bösen« BesetzerInnen sind weder strafrechtlich belangbar noch schadensersatzpflichtig, müssen aber die Unkosten tragen – Räumungsklage plus ein zu Schanden geschnitzter Zaun –, macht 650 Euro.

bern

Expressive, emotional aufgeladene Bilder von der globalisierten Welt

– Die Heilige Johanna der Schlachthöfe

Das TAT »gab« Brecht. Das sonst als so experimentierfreudig verschriene Off-Theater versuchte nicht, dessen theatertheoretische Paradigmen in Frage zu stellen, sondern erfüllte sie. Johanna spielt den Ost-Teenie mit der naiven Sehnsucht nach Solidarität und Gerechtigkeit, die Fleischfabrikanten werden zu Brokern und die Heilsarmee zur Pfadfindertruppe, wie schon in so vielen Inszenierungen; das Geschehen wird historisiert und auf der aktuellen Weltbühne verortet. Um die menschliche Natur als »abhängig von der Klassenzugehörigkeit« darzustellen, verkörpern von Spielern geführte Puppen die Arbeiter: Schwarze mit dünnen Gliedmaßen, halb verhungert, affenartig. Das stilisiert sie als ohnmächtig Leidende, als Ausgebeutete. Die dritte Welt als Allegorie vermeidet nun die überkommene Darstellung einer mythischen, längst untergegangenen Arbeiterklasse, operiert dafür aber mit noch brisanteren, weil medial überbeanspruchten Assoziationen; als die hungernden Äthiopier, die global Ausgebeuteten – mit den Zeichen der Multis gebrandmarkt – oder das markenbewusste Lumpenproletariat in labelgeschmückten Fetzen treten sie auf, und enden als militaristisch ausstaffierte Guerilleros im Stile eines Che.

Stolpert nun die Inszenierung brecht-getreu moralisierend und vereinfachend über ihre eigenen guten Absichten, oder schafft sie doch den Sprung zur Parodie und zu rationaler Distanz von der Vorlage? Lustvolles Übertreiben, emotionales Überfrachten medialer Floskeln schafft verfremdend eine extrem parodistische Form der Gesellschafts- und Medienkritik, und durch die allzu expressionistischen, aber immer brillant gespielten Szenen entlarvt sich das Stück selbst als Inszenierung. Auch das so genannte humanistische Engagement (und linke Solidarität) gehen nicht leer aus: von P.C.-ness ist das Stück weit entfernt, und alle Umtriebe der Globalisierungsgegnerin J. verlieren sich zuletzt im Verdruss an der langwierigen Lobbyarbeit: Manchmal ist es doch etwas zu mühsam, die Welt zu retten.

bern

FRÜHSTÜCKSCAFÉ

ESPRESSO - BAR

MIT SOMMERGARTEN

Kiesstraße 41

Frankfurt Bockenheim

Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr

Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

CAFÉ CK KLEMM

ak *analyse & kritik* *Zeitung für linke Debatte und Praxis*

manchmal treffen wir auch ins Schwarze

Probeexemplar anfordern
oder Schnupperabo bestellen:

3 mal ak für 10 DM*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

Jetzt abonnieren: Wer ein Jahresabo bestellt oder vermittelt, bekommt die CD **akArchiv. 2** geschenkt. Sie enthält fast 5.000 Artikel der Jahrgänge von 1992 bis 10/2000.

ak *analyse & kritik*

erscheint vierwöchentlich, 36 Seiten, Zeitungsformat
Einzelpreis: DM 7,50 (Jahresabo: DM 90,-)

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · E-mail: ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

GENUSS MIT FLAIR...

VERWÖHN-RESTAURANT + BISTRO

Mélange

Hausgemachte Spezialitäten

Öffnungszeiten: Montag–Sonntag 10–24 Uhr

Warme Küche bis 23 Uhr

Jordanstr. 19 · 60486 Frankfurt/M.

Tel. 069/701287

arranca! + nummer 24 + erscheint im Juli 2002

staatsangelegenheiten

+ Interviews mit Joachim Hirsch und La Boum
+ Staat und Repression + Linke
Handlungsperspektiven in Israel und Palästina +

arranca!, 4 Euro c/o Schwarze Risse,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.
arranca@nadir.org + **www.arranca.nadir.org**

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag – Mittwoch 9:40 – 17:00
Donnerstag + Freitag 9:40 – 15:00

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

ZUGEWINN GEMEINSCHAFT

5. Werkleitz Biennale
31. Juli bis 4. August 2002

Werkleitz Gesellschaft e.V. · Straße des Friedens 26 · D-39249 Tornitz
fon: +49-(0)39298-675-0 · info@werkleitz.de

www.werkleitz.de/zugewinngemeinschaft

Abo? Backissues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26–28 · 60325 Frankfurt/Main · *Rabatte auf Anfrage*

impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 1.02 · Mai 2002 · 51. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

Tel: (069) 79 82 89 12 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 70 20 39

E-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen: Stephan Adolphs · Sonja Buckel · Wolfgang Hörbe · Tanja-Maria Müller · Alexandra Rau

Redaktion: Benjamin Adamczak · Stephan Adolphs · Katrina Blindow · Oliver Groß · Eva Hartmann (VisdP) · Sabine Hess · Wolfgang Hörbe · Serhat Karakayalı · Bodo Pallmer · Alexandra Rau · Christian Sälzer · Uta Schirmer · Uli Spenkoch · Esther Uhlig

Fotos: Florian Maak (Seite 38–47)

dtp: sws96-hinterhof-produktion

Druck: Imprenta, Obertshausen

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

ANTIQUARIAT MARX GMBH

Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher

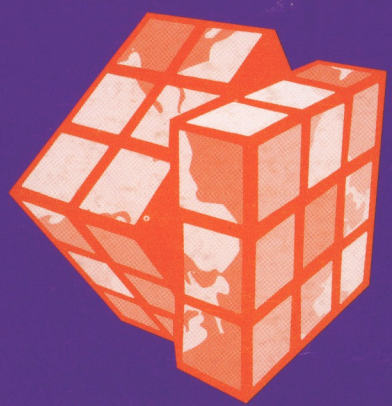
JORDANSTRASSE 13
60486 FRANKFURT
TELEFON 0 69/77 88 03
TELEFAX 0 69/7 07 54 44

galeeren

fuckomat!

körper

irrelevanz

kooperation

firepower